

forum

Nr.25/26 15.7.1978

fir kiirch a gesellschaft

Für Luxemburg ist das Problem neu. Seit dem 2. Weltkrieg hatte es hier keine Arbeitslosen mehr gegeben. Seit 2 Jahren aber steigt ihre Zahl wieder, zuerst in die Hunderte, nun schon über Tausend.

Was denkt man über Arbeitslosigkeit? über ihre Ursachen? über mögliche Massnahmen? Wir befragten die sonntäglichen Kirchengänger einer Pfarrei im Einzugsgebiet der Hauptstadt. Recht verschiedene Meinungen waren zu hören. Wir baten zwei Schülerinnen, die in einem Jahr unter Umständen ganz konkret das Gespenst vor sich haben, um ihre Stellungnahme. Arbeitslose selbst fragten wir nicht; ihre Stimme war in andern Presseorganen schon öfters zu hören. Die Lage der Frauen, der Jugendlichen, der Gastarbeiter wollten wir aber kurz umreissen, weil sie besonders hart betroffene Gruppen darstellen.

Dass es bei unserer Mini-Volksbefragung recht unterschiedliche Meinungen gab über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, ist eigentlich nicht verwunderlich. Selbst die Wirtschaftstheoretiker machen recht verschiedene Analysen. Und da unsere Regierungen noch nie ein Problem an seiner Wurzel angepackt haben, sind ihre Massnahmen bislang auch dementsprechend oberflächlich. Auch die luxemburgische Kirche hat leider die Frage kaum tiefer reflektiert.

Und doch: ein mit Anmerkungen von Hubert Hausemer versehener Beitrag von Prof.DDr. Walter Kerber in der "Orientierung" (Zürich) weist uns auf den unschätzbaren Wert der Arbeit für die Menschlichkeit des Menschen hin. Auch die katholische Soziallehre hat spätestens seit Johannes XXIII. eindeutig die Arbeit über das Kapital gestellt (vgl. den Beitrag von Prof.Dr.F.Klüber).

Hier scheint nun auch der zentrale Ansatzpunkt für mögliche Lösungen zu liegen: die Logik des individuellen Profits muss durchbrochen werden zugunsten einer Überordnung

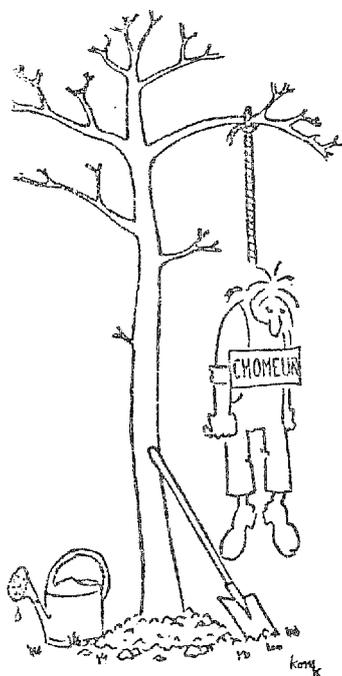
der menschlichen Arbeit über das Kapital. Die JOC hatte diesen Gedanken schon 1976 in ihrem Manifest zu popularisieren versucht. Es wird immer dringender, dass er konkret durchdacht wird und zu praktischen Lösungen verarbeitet wird. Der tschechoslowakische Wirtschaftler Richta hat dazu wertvolle Anstösse geliefert; seine Arbeit wurde leider von den Russen abgebrochen. Statt des immer höher gesteigerten Wachstums unserer Wirtschaft - symbolisiert z.B. in der Atomenergie - wird man auf einen Wirtschaftstypus umsteigen müssen, welcher die Grundbedürfnisse des Menschen vorrangig zufriedenstellt. Das wird vor allem deutlich, wenn man die Dritte Welt nicht aus den Augen verliert. Dieser Aspekt ist uns ungemein wichtig, und wir sind z.B. der französischen Kommission "Justice et Paix" dankbar, dass sie das Vorurteil zurückweist, die billigen Importe aus der Dritten Welt gefährdeten unsere Arbeitsplätze. Im Vergleich zu Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den armen Ländern sind die entsprechenden Zahlen bei uns ja noch lächerlich gering. Die Hauptstossrichtung einer auf die Befriedigung der Grund-

arbeits- losigkeit

bedürfnisse ausgerichteten Politik müsste u.E. zum Beispiel öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitsdienst, Sozialfürsorge, Wohnungsbeschaffung, Umweltschutz wesentlich verbessern. Gleichzeitig wäre die Knappheit der Nahrungs- und Rohstoffreserven zu lösen, die durch unsere Wachstumsphilosophie verschwendet werden. Dass hier noch gewaltige Arbeitsplatzpotentiale zu erschliessen sind, zeigt z.B. ein Beitrag von R.Hertle aus der "Zeit". Doch es stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung.

Unsere Leser werden verstehen, dass hier die "forum"-Redaktion auf Probleme stiess, die sie nicht mehr bewältigen konnte. Einerseits fehlt ihr immer noch der Wirtschaftsfachmann im ständigen Mitarbeiterkreis (Avis aux amateurs!), und andererseits wäre es sicher vermessen auf einem Gebiet Lösungen vorzuschlagen, auf dem Fachleute seit Jahren nichts Zufriedenstellendes realisiert haben. Nichtsdestoweniger hoffen wir mit dieser Nummer z.B. Kriterien für mögliche Lösungen geliefert zu haben, die uns bei den jetzigen Lösungsansätzen zu wenig beachtet scheinen, so dass nicht nur der arbeitslose Mensch zu kurz kam, sondern die Ansätze auch unwirksam blieben.

Die Redaktion



VOLKSGEDANKEN ZUR ARBEITSLOSIGKEIT

1. Welches Volk äusserte seine Gedanken?

Befragt wurden die Sonntagsmessbesucher in einer Pfarrei des Einzugsgebietes der Stadt Luxemburg. Die Befragung geschah mit Hilfe eines Fragebogens. Allen Messbesuchern über 16 Jahren wurde der Fragebogen angeboten. Etliche wollten ihn nicht annehmen, sei es, weil sie keine Brille zur Hand hatten, andere weil die Frage sie nicht interessierte, oder weil sie der Ansicht waren, solche Frageaktionen gehörten nicht in die Kirche. 220 Fragebogen wurden entgegengenommen. Der Rücklauf betrug 150, oder 68% der angenommenen Fragebogen. 8 davon wurden weiss zurückgegeben, so dass im Endeffekt 142 auswertbar waren.

Selbstverständlich kann diese Fragebogenaktion nicht als repräsentativ angesehen werden. Dazu war die befragte Gruppe erstens zu klein, und zweitens wenigstens in einem Punkt homogen: sie besteht nur aus Sonntagskirchgängern. Sozial gesehen waren es zur grossen Majorität Menschen aus der Mittelschicht. Sowohl extrem Bedürftige wie extrem Wohlhabende waren nicht vertreten.

Die Geschlechter waren annähernd gleichmässig verteilt:
53% Frauen, 47% Männer.

Altersmässig sieht die Verteilung folgendermassen aus:

16-20-jährige:	14	=	10.1%
21-30-jährige:	29	=	21.0%
31-40-jährige:	41	=	29.7%
41-50-jährige:	22	=	15.9%
51-65-jährige:	21	=	15.2%
65 und älter :	11	=	8.0%

$\frac{138}{138} = \frac{100}{100} \%$

Diejenigen, welche sich als Berufstätige zu erkennen gaben stammen aus dem öffentlichen Dienst:	33	=	45.2%
aus dem Privatsektor als Angestellte:	28	=	38.4%
aus dem Privatsektor als Unabhängige:	12	=	16.4%
	73	=	100 %

Letztere stammen mit grosser Wahrscheinlichkeit aus den etlichen noch verbliebenen Bauernbetrieben der Pfarrei.

2. Welche Gedanken äusserten die Befragten?

2.1. Zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Auf dem Fragebogen waren die aus der nachstehenden Tabelle ersichtlichen 10 Ursachen angeboten. Diejenige(n) Ursache(n), welche als die wichtigste(n) erschien(en), konnten dreimal angekreuzt werden, die zweitwichtigste(n) zweimal, die drittwichtigste einmal.

Aus der Anzahl der Kreuze wurde eine zehnstufige Rangliste errechnet. Die Ursache, welche am öftesten angekreuzt wurde, erhielt Rangnummer 1, jene, welche am wenigsten Kreuze erhielt, steht auf Rangnummer 10.

MEINUNGSUMFRAGE BEI BESUCHERN DER SONNTAGSMESSE VOM 10/11. JUNI 1978
URSACHEN DER ARBEITSLOSIGKEIT

Rangliste: Rang 1 = meistgenannt Rang 10= wenigstgenannt	N=	ALTERSGRUPPEN			BERUFTSTATIG IM							
		Total	Männer	Frauen	16-21	21-31	31-41	41-51	51-65	65+	Öffentl. Dienst	Privatsektor Angest.
Doppelverdiener	1	1	1	1	1	1	3.1	1	1	2.3	1.5	1.5
Zu hoher Lebensstandard	2.0	2.9	1.1	1	1.6	2.1	1	5.4	1	1	3.7	1.8
Profitorientierte Wirtschaft	3.7	2.2	5.1	6.3	1	2.1	5.1	6.8	5.9	2.1	1	5.1
Automation	5.5	4.8	6.4	4.7	1.9	5.3	4.1	9.3	10	4.2	3.7	7.5
Schwarzarbeit	6.6	6.4	7.3	9.5	4.8	8.7	8.2	4.6	3.5	8.3	5.6	1
Versagen des Staates	8.4	8.2	8.8	8.4	8.5	9.1	8.5	7.8	5.9	8.9	7.8	7.5
Erdölkrise	8.5	8.5	8.6	5.8	8.8	9.5	6.9	9.0	8.4	8.7	10	3.5
Billige Importe	8.9	8.9	9.0	10	8.0	8.6	9.2	9.5	7.5	9.6	8.6	10
Fremdarbeiter	8.9	9.1	8.7	7.4	9.1	8.9	9.2	8.5	8.4	9.1	8.6	1.8
Verfall des Dollar	10	10	10	8.9	10	10	10	10	8.4	10	10	10

EINIGE BEMERKUNGEN ZU OBENSTEHENDER TABELLE.

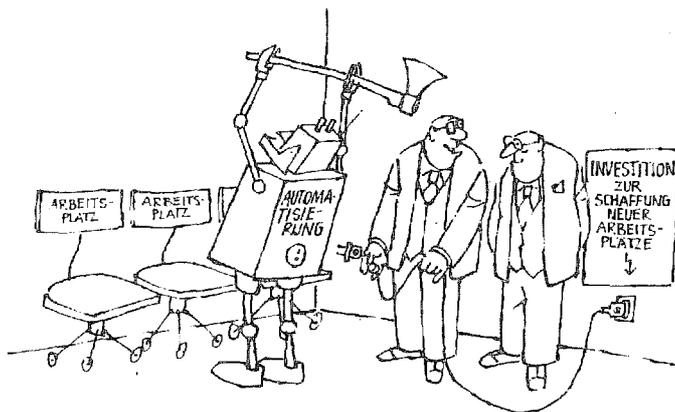
Eindeutig an erster Stelle steht die Ursache "Doppelverdiener". In den Altersgruppen verweisen lediglich die 41-50-jährigen diese Ursache auf Platz 3.1.



Auch jene, die sich als Berufstätige zu erkennen gaben, reservieren den ersten Platz einer anderen Ursache.

An zweiter Stelle rangiert die Ursache "Zu hoher Lebensstandard", jedoch mit einem "Ausreisser": in der Altersgruppe der 51-65-jährigen steht sie zwar immer noch an zweiter Stelle, jedoch mit einem grossen Abstand zu den "Doppelverdienern".

Den dritten Platz belegt die Ursache "Profitorientierte Wirtschaft", allerdings mit einer grossen Streuung zwischen den Gruppen: von Rang 1 (zusammen mit den Doppelverdienern) in der Altersgruppe der 21-30-jährigen rutscht sie hinunter bis zum Platz 6.8 bei den 51-65-jährigen. Bei den Angestellten des Privatsektors steht diese Ursache ebenfalls auf Platz 1, bei den Unabhängigen des Privatsektors jedoch auf Platz 5.1.



„Und nun passen Sie mal auf, was passiert, wenn ich das Ding hier reinstecke“

Rang 5.5 nimmt die Ursache "Automation" ein, und zwar mit einer sehr breiten Streuung: auf Platz 1.9 bei den 21-30-jährigen, auf Platz 10 bei den 65-jährigen. Der Unterschied zwischen den Angestellten und den Unabhängigen des Privatsektors ist ebenfalls bemerkenswert.

Die gleiche grosse Streuung, Zeichen der Unstimmigkeit zwischen den Gruppen, ist zu beobachten bei der folgenden Ursache, der "Schwarzarbeit". Sie wird von den im öffentlichen Dienst Beschäftigten auf Rang 8.3 eingestuft, bei den Unabhängigen des Privatsektors jedoch nimmt sie Platz 1 ein.

Ziemlich einhellig ist dagegen die Einstufung der Ursache "Versagen des Staates" auf Platz 8.4. "Ausreisser" in der Beurteilung sind die Ältesten der Altersgruppen.

Auch der Erdölkrise wird nicht sehr viel Ursächlichkeit an der Arbeitslosigkeit beigemessen, es sei denn bei den jüngsten der Altersgruppen und bei den Unabhängigen des Privatsektors.

In der Beurteilung der "Fremdarbeiter" als Ursache von Arbeitslosigkeit stellen die Unabhängigen des Privatsektors nicht nur einen Ausreisser, sondern sogar einen Aussenseiter dar.

Die "Billigen Importe" sowie der "Verfall des Dollar" stellen nach der Meinung der Befragten kaum noch nennenswerte Ursachen der Arbeitslosigkeit dar.

2.2. Zu den Abgaben für einen Arbeitslosenfonds.

Derartige Abgaben wurden als "unberechtigt" empfunden von 17 Personen (=14.9% der Antworten). Von den 65-jährigen haben zwar nur 8 auf diese Frage geantwortet, jedoch 5 davon finden die Abgaben als unberechtigt.

Für 22 Personen (=19.3%) sind die Abgaben zu hoch.
 Für 3 (=2.6%) zu niedrig.
 Die Allermeisten, nämlich 72 (=63.2%) finden aber eine derartige Abgabe angemessen.

2.3. Zu den Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Zur Beantwortung war ein Massnahmenkatalog angeboten, aus der jeder Teilnehmer an der Frageaktion jene Massnahmen auswählen konnte, die ihm als die beste, die zweitbeste oder die drittbeste erschienen, sowie auch jene, welche ihm als ungeeignet erschienen. Aus den angekreuzten Antworten wurde die nachstehende 10-stufige Rangliste errechnet:

MEINUNGSUMFRAGE BEI BESUCHERN DER SONNTAGSMESSE VOM 10/11. JUNI 1978
 GUTE BEZWL. SCHLECHTE MASSNAHMEN GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Rangliste: Rang 1 = beste Massnahme Rang 10 = schlechteste Massnahme	N=	Total			ALTERSGRUPPEN				BERUFSTÄTIG IM	
		142	Männer 62	Frauen 70	21-29	31-41	41-51	51	Öffentl. Dienst 33	Privatsektor Angest. 28
Neue Industrien ansiedeln	1	1	1.7	1.2	1.7	1	3.1	1.3	1	
Auf Doppelverdienst verzichten	2.3	2.2	3.4	2.9	1.8	2.3	4.9	1	4.5	
Schwarzarbeit unterbinden	4.3	3.5	4.8	3.3	3.9	4.8	6.6	4.0	3.9	
Wirtschaftsplanung und Profitspannen durch d. Staat kontroll. Einschränkung des persönlichen Konsums	4.8	4.0	4.5	3.0	5.8	6.1	2.8	1.5	5.4	
Automation bremsen	4.8	4.8	4.6	3.1	3.5	5.8	6.7	2.2	4.4	
Billige Importe stoppen	4.5	5.7	3.9	5.7	3.8	5.3	5.6	4.6	4.8	
Frühpensionierung	5.4	5.8	5.2	5.2	6.3	6.2	5.3	5.3	6.5	
Arbeitszeit verkürzen	5.9	4.8	6.8	6.0	4.6	5.7	6.0	5.5	4.4	
Zahl der Fremdarbeiter verringern	6.4	4.6	6.8	6.2	3.3	5.0	5.9	3.5	5.1	
Die Ölsteuern unter Druck setzen	9.2	8.7	9.2	8.5	6.5	9.4	9.0	8.2	8.5	
Steigerung des persönlichen Konsums	9.3	8.8	9.5	9.8	9.4	6.7	5.6	6.7	10	
	10	10	8.5	10	10	8.0	6.6	10	6.7	

Zu dieser Tabelle seien folgende Anmerkungen gemacht:

Die Altersgruppen der 16-20- sowie der 65-jährigen und noch Älteren haben so wenige Antworten zu diesen Massnahmen gegeben, dass eine Einordnung in die Rangliste ein falsches Bild ergäbe. Dasselbe ist zu sagen von den Unabhängigen im Privatsektor.

Zu den einzelnen vorgeschlagenen Massnahmen:

"Neue Industrien ansiedeln" wird fast einhellig als die beste zu treffenden Massnahme angesehen.

An zweiter Stelle gefolgt von "Auf Doppelverdienst verzichten". Ist es verwunderlich, dass diese Massnahme von den Angestellten des Privatsektors auf Platz 4.5 verwiesen wird, von den im öffentlichen Dienst Beschäftigten dagegen an die erste Stelle rückt, noch vor die Massnahme "Neue Industrien ansiedeln"? Auch die Frauen sind etwas zurückhaltender in der Beurteilung der Massnahme "Auf Doppelverdienst verzichten".

An vierter Stelle wird die Massnahme "Automation bremsen" genannt. Von den Frauen öfter als von den Männern. Von den 31-40-jährigen öfter als von den übrigen Altersgruppen.

"Wirtschaftsplanung und Profitspannen durch den Staat kontrollieren" halten die 21-30-jährigen sowie die 51-65-jährigen und die im öffentlichen Dienst Beschäftigten für eine geeignetere Massnahme als der Rest der Befragten.

Die "Einschränkung des persönlichen Konsums" wird mit zunehmendem Alter immer mehr als ungeeignete Massnahme zur Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit wahrgenommen. Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten sehen sie in viel stärkerem Masse als geeignet an, als die Angestellten des Privatsektors.

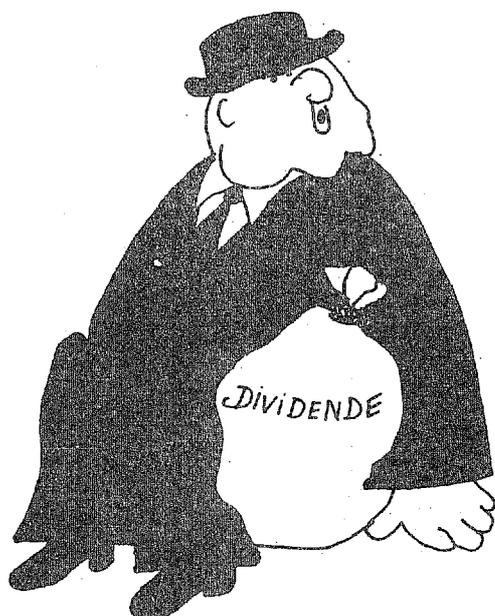
Aus der Tabelle nicht ersichtlich wird die sehr umstrittene Stellung der Massnahme "Billige Importe stoppen". Die Mittelstellung in der Tabelle nimmt diese Massnahme nur deshalb ein, weil sie sowohl sehr stark abgelehnt, wie auch sehr stark empfohlen wurde.

Interessant ist, dass die Männer der "Frühpensionierung" und auch der "Arbeitszeitverkürzung" eine grössere Chance einräumen, zur Arbeitslosigkeitsbekämpfung etwas beizutragen, als die Frauen.

Die "Zahl der Fremdarbeiter verringern" wird durchwegs als eine ungeeignete Massnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen. "Ausreisser" in der Beurteilung dieser Massnahme stellen die 31-40-jährigen dar.

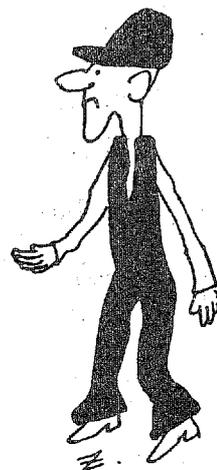
Auch die "Ölscheichs unter Druck setzen" wird als nicht geeignete Massnahme beurteilt, erstaunlicherweise jedoch klettert sie die Stufenleiter hinauf in den Altersgruppen. Desgleichen beurteilen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine derartige Massnahme viel günstiger, bei den Angestellten des Privatsektors steht sie hingegen an letzter Stelle.

Im Gesamt steht zwar die Massnahme "Steigerung des persönlichen Konsums" an letzter Stelle. Dennoch sehen die Personen der Altersgruppe 51-65 und auch die Angestellten des Privatsektors, dass die Steigerung des Konsums eine Massnahme gegen die Arbeitslosigkeit darstellt.



Gesund schrumpfen:

ich gesunde - du schrumpfst



Zu einigen "Ungereimtheiten" in der Tabelle:

Dem aufmerksamen Leser dürfte nicht entgangen sein, dass in 3 Kolonnen der Rang 1 nicht aufscheint: in den Kolonnen "Frauen", "31" und "51".

In 3 Kolonnen erscheint Rang 10 nicht: "Frauen", "41" und "51".

Das ist der statistische Preis, der zu zahlen ist, wenn mehrere Zahlen auf eine Einzige reduziert werden. Zwar wird eine Tabelle dabei lesbarer, jedoch auch ungenauer. Diese Ungenauigkeit kann dadurch ausgeglichen werden, wenn man weiss, weshalb im vorliegenden Fall in den beanstandeten Kolonnen kein Rang 1 bezw kein Rang 10 aufscheint: die Beurteilung der entsprechenden Massnahmen ist in der betreffenden Gruppe umstritten. Beispiel: "Neue Industrien ansiedeln" nimmt nicht Rang 1, sondern Rang 1.7 ein bei den Frauen. Das heisst:

für eine Anzahl von Frauen ist diese Massnahme die geeignetste, jedoch für eine nicht zu vernachlässigende Anzahl ist sie nicht die am wenigsten geeignete. Oder, in andere Worten: in jenen Gruppen, wo diese Massnahme auf Rangnummer 1 erscheint, nimmt sie auf der Seite der geeigneten Massnahmen den ersten Platz, und auf der Seite der ungeeigneten Massnahmen zugleich den letzten Platz ein.

2.4. Drei persönliche Stellungnahmen

1. Zur Person: Männlich, 31-40-jährig, Angestellter im Privatsektor, verheiratet.

Zusatz: zu den Ursachen: Weltweite Rezession als Hauptursache.

Zweitursache: Doppelverdiener.

Drittursache: Automation

Abgaben: Angemessen.

Gute Massnahmen: Steigerung des Konsums: beste Massnahme

Neue Industrien ansiedeln: zweitbeste

Frühpensionierung: drittbeste.

Schlechte Massnahmen: Kontrolle durch den Staat: schlechteste Massnahme

Ölscheichs unter Druck: zweitschlechteste

Arbeitszeit verkürzen: drittschlechteste.

2. Zur Person: Männlich, 16-20-jährig, nicht berufstätig.

Ursachen: Zu hoher Lebensstandard : Hauptursache

Automation: Zweitursache

Profitorientierte Wirtschaft: Drittursache

Abgaben: ohne Meinung

Gute Massnahmen: Arbeitszeit verkürzen: beste Massnahme

Auf Doppelverdienst verzichten: zweitbeste

Automation bremsen: drittbeste.

Schlechte Massnahmen: Steigerung des Konsums: schlechteste Massnahme

Neue Industrien: zweitschlechteste

Ölscheichs unter Druck: drittschlechteste.

Zusatz: "Entweder Lebensstandard senken, das heisst: Arbeitszeit verkürzen, Löhne senken, Bremsung der Automation und der Mechanisierung,

oder Bevölkerungszahlen künstlich senken, so dass der Lebensstandard erhalten werden kann."

3. Zur Person: Männlich, 31-40-jährig, Angestellter im Privatsektor, verheiratet.

Ursachen: Profitorientierte Wirtschaft: Hauptursache

Automation: Zweitursache

Zu hoher Lebensstandard: Drittursache

Abgaben: zu niedrig.

Gute Massnahmen: Zusatz: Umdenken, von persönlichem Profitdenken abkommen: beste Massnahme

Arbeitszeit verkürzen: zweitbeste

Automation bremsen: drittbeste

Schlechte Massnahmen: Ölscheichs unter Druck setzen: schlechteste

Neue Industrien ansiedeln: zweitschlechteste

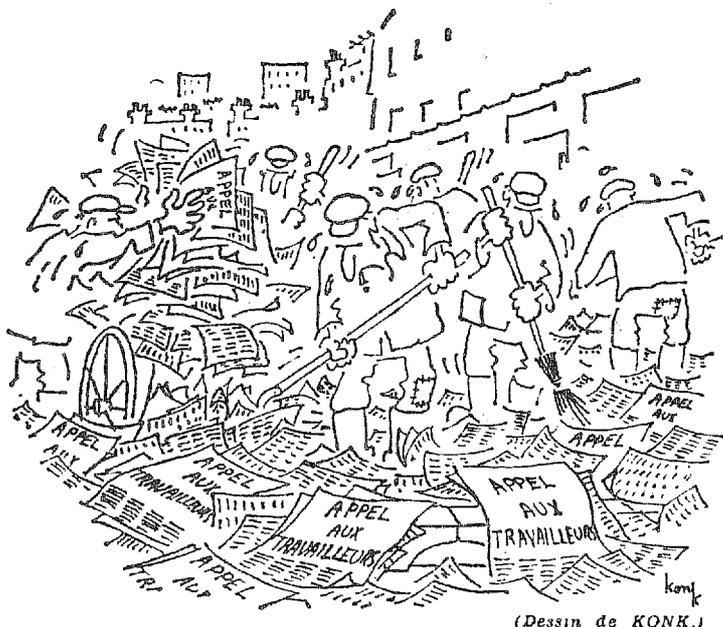
Steigerung des Konsums: drittschlechteste.

3. Einige Überlegungen zu den geäusserten Volksgedanken.

3.1. Wie bereits eingangs festgestellt: die Frageaktion ist keine Repräsentativumfrage. Von den "Volksgedanken" der 142 kann nicht auf die Volksgedanken eines ganzen Landes geschlossen werden. Trotzdem scheint es beachtlich, dass 142 von etwa 240 Messbesuchern über 16 Jahre bereit waren, eine Antwort zu geben. Könnte man das bewerten als eine neue Aufgeschlossenheit dafür, die Zeitung neben der Bibel aufzuschlagen und beide gleichzeitig zu lesen? Könnte man es bewerten als eine Tür, die offensteht zwischen "religiösem" und

"profanem" Bereich? Und zwar eine neue Tür. Nicht nur mehr jene, die jahrhundertlang aus der "Bitternis dieses Lebens" Zufluchtstor war zu den "Tröstungen der Religion". Sondern eben jene Tür, welche Glauben und Leben verbindet, welche den gesellschaftlichen Impact christlichen Glaubens wahrnehmen lässt?

- 3.2. Wenngleich die Frageaktion bei den 142 kein Repräsentanz für sich beanspruchen kann, lässt sich nicht vermuten, dass jene Ursache, die von der Majorität (57.7%) genannt wurde, auch von der übrigen Bevölkerung recht häufig genannt würde? Die "Doppelverdiener"? Weshalb gerade die "Doppelverdiener? Tragen sie wirklich so grosse Schuld an der Arbeitslosigkeit? Wer ist übrigens Doppelverdiener? Ist die Fremdarbeiterehefrau, welche Büros sauber macht, Doppelverdienerin? Und wenn schon, wem nimmt sie die Arbeit weg? Oder sind wir nicht alle dankbar, wenn in einer Zahnarzthe, wo Mann und Frau das Zahnarzt Diplom an der Wand hängen haben, beide ihren Beruf ausüben?



(Dessin de KONK.)

- 3.3. Das führt zu einer dritten Überlegung: Sind "Volksgedanken" nicht doch zu wenig nüanciert? Dermassen wenig nüanciert, dass sich den Fachleuten die Haare sträuben ob des Unsinn von Fragebogenaktionen, welche unfachmännische Fragen stellen und so auch nur Antworten hervorlocken, die wirklich nicht richtungweisend sind. In diesem Sinne decken die Antworten der 142 etwas auf, was auch für andere Fachbereiche gewusst ist: bei "Volksgedanken" stellt man immer wieder fest, wie gering entwickelt der Sinn für Zusammenhänge ist. Dies zeigen unseres Erachtens auch die beiden Massnahmen, welche am Anfang und am Ende der Massnahmenrangliste erscheinen. Beste Massnahme ist dort die Ansiedlung neuer Industrien, während als schlechteste Massnahme die Steigerung des persönlichen Konsums gesehen wird. Dass neue Industrien doch wohl nur dann einen Sinn haben, wenn ihre Fabrikate auch gekauft und verbraucht werden, ist nicht ins Blickfeld der Majorität von 142 Antwortgebenden geraten.
- 3.4. Durch den Fragebogen selbst - der sich notwendigerweise beschränken musste - sind etliche Problemfelder verdeckt worden:
der Zusammenhang zwischen neuen Industrien und der Umweltverschmutzung, dem Raubbau am Rohmaterial;
der Zusammenhang zwischen hohem Lebensstandard und einer weltweiten Geburtenbeschränkung ist von einem 16-20-jährigen aufgewiesen worden;
Es gibt auch einen Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und

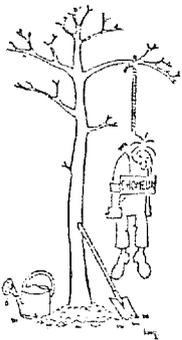
weniger Lohn, teurerer Produktion, niedrigerem Lebensstandard, mehr Freizeit. Und was anfangen mit der Freizeit? Dauerfernsehberieselung? Und was tun am fernsehfreien Tag?

3.5. Wurde das Problem der "Menschwerdung" des Menschen gesehen?

Wurde der Mensch nicht zu einseitig als Element des wirtschaftlichen Lebens geschaut? Wurde Arbeit nicht allzueingleisig als Mittel zum Geldverdienen angesehen? Ist Arbeit denn nicht ein Teil des Menschwerdens. Wo bleibt das Spiel und die Besinnung als Räume der harmonischen Entfaltung des Menschen?

Ist die um sich greifende Arbeitslosigkeit nicht auch so etwas wie ein Fingerzeig? Werden wir nicht mal wieder mit der Nase draufgestossen: der Mensch ist nicht erst dann "vollbeschäftigt", wenn er 40 Stunden schuftet. Es gibt auch andere Räume der "Vollbeschäftigung". Einstweilen steht die Arbeitslosigkeit vor nicht Wenigen als Drohung im euro-amerikanischen Raum. Sie drückt uns mit dem Rücken an die Wand. Und so haben wir Angst, dass uns die Luft ausgehen wird. Schauen wir uns doch mal die Wand an, an die wir gedrückt werden! Haben wir sie denn nicht selbst aufgebaut? Weil wir den Gott Mammon so sehr verehren. Wie wär's denn, wenn wir den Dienst vor dem goldenen Kalb beendeten? Würde dann nicht die Mauer in unserm Rücken zusammenstürzen, und wir würden unendlich viel Freiheitsraum entdecken? Aufgabe für christliche Gemeinschaften von heute: eine Bresche in den Mammondsdienst schlagen. Wäre das nichts?

Jupp Wagner



TEMOIGNAGES D'ELEVES

Depuis quelques années le chômage est devenu un problème dans presque tous les pays de l'Occident. La baisse dans les domaines de la construction et de la sidérurgie représente dans notre pays la cause principale du grand nombre de chômeurs. Mais le chômage a d'autres racines encore. La désorientation au cours de la formation scolaire a provoqué un afflux considérable d'universitaires qualifiés et un manque de qualification dans d'autres domaines (p.ex. les travaux manuels). L'âge ne joue pas de rôle: qu'on soit jeune ou vieux, diplômé ou non diplômé, tout le monde est touché par le problème du chômage.

Or n'est-ce pas dans le métier que l'individu se cherche, se rend compte de ses capacités et aboutit à sa propre satisfaction. Le choix d'un métier, n'est-ce pas un moment décisif dans la vie d'un individu? Si on doit se borner aux quelques débouchées qui restent encore ouvertes, l'homme est en quelque sorte forcé de choisir une voie tout à fait différente de son ambition.

Dans notre cas - les métiers paramédicaux - l'afflux de candidats concurrents qui nous attend est considérable. Ce sont souvent des candidats diplômés qui ont terminé leurs études avec distinction et qui ont le désir d'être au service des autres. Le fait de ne pas pouvoir pratiquer leur profession, ne serait-il pas la destruction de toutes leurs illusions? Vaut-il alors vraiment encore la peine de suivre une formation spécialisée qui demande beaucoup d'idéalisme? Est-ce que les jeunes seront à l'avenir condamnés à devoir accepter n'importe quel travail parfois médiocre afin de pouvoir gagner leur pain quotidien? Dans beaucoup de domaines il est difficile de changer complètement de branche.

Et puis nous manquons absolument d'informations. Une orientation scolaire n'existe pratiquement pas dans notre branche. Ceux qui ont la charge de nous orienter, donnent des informations superficielles; ils n'aiment pas prendre leur responsabi-

lité. On se borne à nous donner quelques exemples; rien de précis sur la valeur des possibilités à l'étranger. Renseignements et jugements différents d'un fonctionnaire à l'autre. La poursuite d'études à l'étranger n'est pas du tout coordonnée avec notre système scolaire. Les administrations souvent se limitent à quelques écoles qu'ils recommandent aux Luxembourgeois, sans avoir de vue d'ensemble de ce qui existe comme possibilités à l'étranger. Or, est-ce tellement anormal qu'une élève d'une classe de biologie, ayant obtenu son diplôme de fin d'études moyennes, témoignant d'un certain bagage scientifique, veuille se spécialiser dans un métier paramédical?



Ainsi, on vient à se demander s'il ne faut pas critiquer notre ère technique trop moderne qui nous vole les quelques chances qui nous restent encore dans quelques branches. La technique n'amène-t-elle pas un déséquilibre social et n'est-elle pas en train de nourrir ce déséquilibre de plus en plus?

Claude Juckem
Danielle Koch

(2^e biologique d'un collège d'enseignement moyen)

Comité de Conjoncture : 561 chômeurs - 474 chômeurs partiels

Le Comité de Conjoncture s'est réuni le 25 mai 1978 sous la présidence de Monsieur Gaston Thorn, Président du Gouvernement, Ministre de l'Economie Nationale et des Classes Moyennées, en présence de Monsieur Benny Berg, Ministre du Travail et de la Sécurité Sociale, de Monsieur Jacques F. Poos, Ministre des Finances, et de Monsieur Maurice Thoss, Secrétaire d'Etat. En faisant le point sur la situation de l'emploi dans les entreprises, le comité a constaté que pour le mois de mai 1978, 5 entreprises appliquent effectivement des mesures de chômage partiel touchant 474 salariés au total. Les données disponibles fin avril 1978 portaient sur 6 entreprises et 496 salariés.

Selon les prévisions établies pour le mois de juin 1978, le chômage partiel se limitera à 4 entreprises et à 57 salariés.

Le Comité de Conjoncture a noté avec satisfaction une amélioration de l'emploi dans nos petites et moyennes entreprises considérées dans leur ensemble, sans vouloir en tirer des conclusions hâtives. La situation économique de certaines d'entre elles demeure fragile sinon difficile.

Le comité a ensuite procédé à l'examen habituel de la situation générale de l'emploi en mettant à profit les informations fournies par l'administration de l'emploi. Les données ci-après sont reproduites pour faire globalement le point:

Offres d'emploi non satisfaites

mi-mai 1978: 324
fin avril 1978: 275
fin mars 1978: 206

Demandes d'emploi non satisfaites

mi-mai 1978: 1122
fin avril 1978: 1140
fin mars 1978: 1271

Chômeurs complets indemnisés

mi-mai 1978: 561
fin avril 1978: 536
fin mars 1978: 590

Chômeurs partiels

mi-mai 1978: 474
fin avril 1978: 306
fin mars 1978: 340.

La prochaine réunion du Comité de Conjoncture aura lieu le 26 juin 1978.

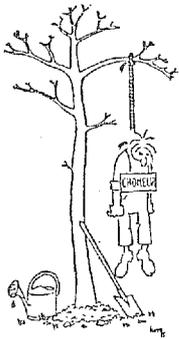
alternative

*le chômage
des chômeurs
au profit
du profit*

ou

*le profit
au chômage
au profit
des chômeurs*

*Welter René
collectif germinal*



DIE ARBEITSLOSE FRAU.

Die Zahlen sprechen für sich. Die Arbeitslosenquote der Frauen im Verhältnis zur allgemeinen Arbeitslosenzahl liegt bei 42,7% (nach Angaben der Administration de l'Emploi für Mitte November 1977). Das ist viel wenn man bedenkt, dass die Frauen nicht einmal ein Drittel der aktiven Bevölkerung darstellen. Bei den Angestellten, Technikern und Verkäufern beträgt der Anteil der arbeitssuchenden Frauen gar 59,1%. Frauen stellen also nur ein Drittel aller Erwerbstätigen, aber gut die Hälfte aller Arbeitslosen.

Wie ist diese Tatsache zu erklären?

Mindestens drei Hauptursachen sind hier zu nennen:

1) Frauen sind oft bloss Zweitverdiener. Sie nehmen den Familienvätern die Arbeit weg. Das ist eine gängige Denkweise. Man kann sich aber schwer vorstellen, wie Frauen, die unter anderm als Putzfrau, Krankenschwester, Sekretärin, Verkäuferin, ...tätig sind, Familienväter um ihr Brot bringen, da diese Berufe als typisch weibliche definiert und oft unterbezahlt sind. Daneben gibt es ganze Berufssparten, wie Arzt- oder Lehrerberufe, in denen Männer und Frauen gleichermaßen vertreten sein müssen.

2) Verheiratete Frauen gehören ins Haus und dürfen höchstens halbtags arbeiten. Dabei wird vergessen, dass viele Familien auf diesen zweiten Verdienst angewiesen sind. Er ist aus dem monatlichen Budget nicht wegzudenken. Viele Frauen wünschen auch finanziell unabhängig zu sein und suchen eine Möglichkeit, sich ausserhalb ihrer vier Wände zu entfalten. Weshalb ihnen das eher als ihren Männern verdenken?

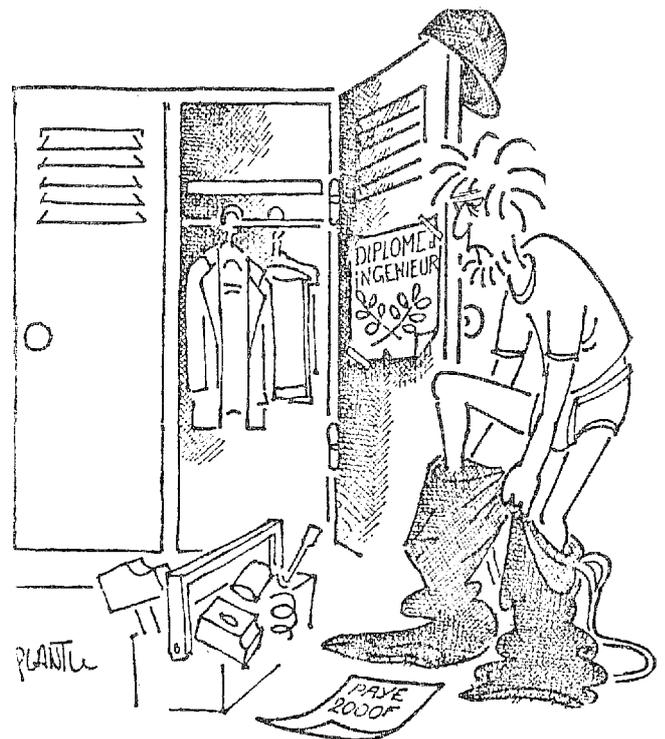
Die Kriterien, die zu dieser Diskrimination schon in den Denkweisen führen, sind übrigens äusserst zweifelhaft. Nie wurde die Frau z.B. so sehr als Hausfrau und Mutter gepriesen als Anfang der 30er Jahre in Deutschland, als allgemein Arbeitslosigkeit herrschte; nie wurden ihre Fähigkeiten als Arbeiterin für Volk und Vaterland so sehr gerühmt als Ende der 30er Jahre und Anfang der 40er Jahre, als die Rüstungsindustrie auf Hochtouren lief. Beweist dieses geschichtliche Beispiel nicht, dass das Motto "Die Frauen zurück in den Haushalt" nicht ernst zu nehmen ist und von der wirtschaftlichen Lage abhängt.

Persönlich bin ich zwar der Meinung, dass in einer Familie mit kleinen Kindern die Frau oder der Mann - warum eigentlich nicht? - zu Hause bleiben soll. Sie sollten dann aber auch dafür entschädigt werden und die Möglichkeit haben, ins Berufsleben zurückzukehren, wenn sie es wünschen. Eine Diskussion über das Pro und Contra dieser Auffassung würde in diesem Zusammenhang zu weit führen.

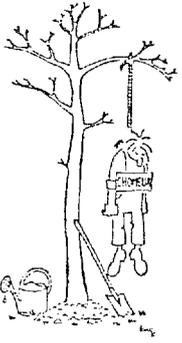
3) 80% der aktiven Frauen haben keine berufliche Qualifikation und sind mehr als andere Lohnabhängige den Konjunkturschwankungen ausgesetzt. Die schlechter Ausgebildeten werden leichter arbeitslos.

Die Frauen gehören also zu den Gruppen, die von der Arbeitslosigkeit besonders hart getroffen sind. Sie werden zuerst arbeitslos und bleiben es am längsten. Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, auch für die Frau, sind ein dorniges Problem, auf das wir in einem späteren Dossier zurückkommen werden.

Christ



★ Dessin de PLANTU.



LES IMMIGRES ET LA CRISE

Les immigrés souffrent parfois davantage de la crise que les autochtones. D'abord ils travaillent dans des secteurs qui sont souvent les premiers touchés. Il n'y a qu'à se rappeler le dicton: "Quand le bâtiment va, tout va!" Ensuite ils se trouvent dans un pays étranger et souvent, dès qu'il y a des licenciements, ils plient bagages sans se renseigner sur leurs droits et la possibilité d'inscription au chômage. Ce phénomène a déjà été observé lors de la crise de 1931 - 1935 où 30% des Italiens sont retournés dans leur patrie aux premiers signes de la crise. De même on a remarqué une diminution nette de la part des étrangers dans le total des demandeurs d'emploi et des chômeurs au fur et à mesure que la crise se poursuivait et s'aggravait. (cf. Albano Cordeiro, Immigration - Luxembourg 1975, Aspects économiques, historiques et sociologiques, Luxembourg 1976) Qui en effet les aurait renseignés sur leurs droits: le patron n'a aucun intérêt à le faire et dans ce domaine il y a également carence de l'Etat.

Il faut également dire que pendant les périodes de crise il y a un ravivement des sentiments racistes. On entend souvent dire que l'Etat n'a qu'à mettre tous les étrangers à la frontière, alors il y aurait du travail pour tous les Luxembourgeois. Mais il faut se demander si les Luxembourgeois au chômage, ou les jeunes à la recherche d'un premier emploi, serait d'accord pour accepter un travail dur et salissant, que les immigrés sont souvent contraints d'assumer. Une récente expérience en Suisse vient de démontrer que tel n'est pas le cas, et que les autochtones préfèrent rester au chômage plutôt que d'accepter un travail dur et qui ne correspond pas à leur qualification.

D'après les échos que l'on peut recevoir, l'Administration de l'Emploi se fait beaucoup prier pour inscrire des immigrés au chômage. Elle essaie d'abord d'éliminer le plus possible de gens avant de les inscrire finalement dans leurs listes comme demandeurs d'emploi. Il est vrai que le handicap de la langue existe toujours et il est parfois difficile de se faire comprendre. Mais d'autre part on peut se poser la question de savoir pourquoi une administration qui est fréquentée presque davantage par des immigrés que par des Luxembourgeois n'engage pas un employé connaissant la langue de nos grands groupes d'immigrés.

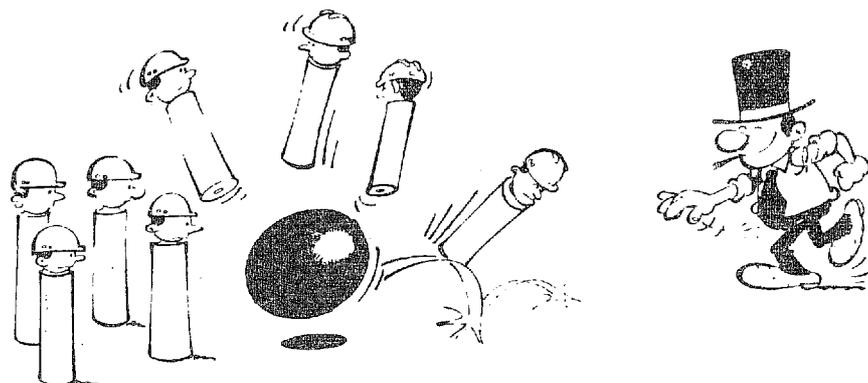
On se demande parfois si l'Administration de l'Emploi n'a pas reçu l'ordre de présenter des listes de demandeurs d'emplois ou des listes de chômeurs aussi faibles que possibles, ou si le manque d'enthousiasme des fonctionnaires est une conséquence de la fatigue due au surplus de travail occasionné par la crise. Normalement tout patron désireux d'embaucher doit présenter une demande à l'Administration de l'Emploi et le demandeur d'emploi doit faire de même. C'est cette administration qui joue le rôle d'orientation et de placement.

Mais d'après les dires de l'administration il n'y a que des patrons à problèmes qui se manifestent et de l'autre côté les demandeurs d'emploi qui se présentent sont également "des gens à problèmes". Or, il me semble bien en effet que le fait de ne pas trouver du travail puisse présenter un problème.

Malgré le départ d'immigrés déçus et découragés, il y eut beaucoup de primo-arrivants pendant les deux années de crise. Ce phénomène est souvent dû à la crise économique dans la patrie de l'étranger, qui se dit que dans un pays riche comme le Luxembourg il trouvera toujours quelque petit travail à faire. D'autre part, il ne peut pas mesurer la situation précaire qu'il risque de trouver à l'étranger. D'un autre côté, des patrons luxembourgeois, surtout des entrepreneurs de construction, font toujours appel à la main d'oeuvre étrangère. D'après une stipulation du Ministère du Travail, le demandeur d'emploi doit d'abord recruter la main d'oeuvre dans les pays de la Communauté Européenne. L'immigré, qui vient de l'arrière-pays

de la Sicile ou de la Corse est logé à la même enseigne que l'immigré portugais. Dans les entreprises de construction par exemple la crise semble vaincue, une entreprise ayant fait venir récemment 30 Italiens. En effet, la promesse d'un revenu équivalent à notre salaire minimum semble être une fortune pour un chômeur de la Sicile. Mais une fois au Luxembourg, il se rendra vite compte qu'avec ce salaire il n'ira pas loin. En outre, dans le pays de départ, ses copains lui ont souvent raconté monts et merveilles du pays de l'immigration, ce qui se révélera rapidement être des mirages une fois qu'il est sur place.

En 1977 et 1978, le pays a dû recourir à des saisonniers pour l'hôtellerie et pour l'agriculture. La principale caractéristique du saisonnier est d'être engagé du 1er avril au 1er octobre, et après ce délai il lui est impossible d'obtenir un autre permis de travail. Ainsi il est facile de rencontrer des gens qui sont venus au pays avec un contrat



de travail comme saisonniers, donc un permis de travail de six mois. Le Ministère de la Justice leur a délivré cependant un permis de séjour pour cinq ans. Or l'immigré qui décide de quitter sa terre pour gagner sa vie à l'étranger, ne part pas seulement pour six mois, et passé ce délai, il comptera toujours trouver un autre travail. Implicitement le gouvernement accepte avec cette pratique des travailleurs clandestins et le travail noir. En effet l'immigré ne restera au Luxembourg que s'il peut travailler. Or, les travailleurs clandestins sont les premiers à être exploités et certains patrons le savent fort bien. Ils bénéficient d'une force de travail à bon marché et à leur merci. Les travailleurs clandestins renoncent très souvent à poursuivre le patron qui refuse de les payer à un juste salaire de peur d'être licenciés ou même expulsés. Voilà donc un nouvel esclavage qui s'est développé pendant la crise.

Souvent des clandestins désireux de légaliser leur situation à tout prix, acceptent même de payer très cher la promesse d'un permis ou d'une autorisation de séjour.

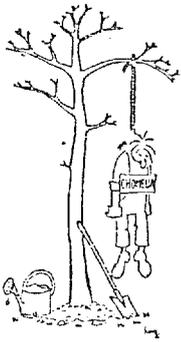
Pendant les deux dernières années, beaucoup de familles sont venues rejoindre le mari et le père travaillant au Luxembourg. Ce phénomène est aussi dû à la mauvaise situation économique du Portugal. Alors que la femme portugaise peut rejoindre son mari à l'étranger, la femme n'a pas le droit de se faire rejoindre par son mari. Récemment il y a eu plusieurs Portugais qui ont rejoint leur femme au Luxembourg, auxquels le Ministère de la Justice a bien accordé l'autorisation de séjour, mais on leur a refusé le permis de travail. Il est difficile de suivre le raisonnement des autorités compétentes pour expliquer et pour motiver ce refus. Une chose est sûre: Le Portugais ne vient pas au Luxembourg uniquement pour les beaux yeux de sa femme, mais il cherchera avant tout un travail pour gagner sa vie et faire vivre sa famille. Depuis le début de la crise 2 600 travailleurs immigrés environ ont quitté le pays (source: rapport Calot). Ce chiffre est probablement compensé par le regroupement familial et par les clandestins qui arrivent toujours, sans qu'il soit possible de chiffrer exactement ces arrivées. En outre, les femmes et les enfants en âge de scolarité ne prennent pas la place des hommes dont les postes de travail ont été supprimés.

Sim

Ausrüstung des Unternehmers

Er hat sich seine Sporen
Redlich verdient.

Seine Arbeitspferde
Können es bezeugen.



LE CHOMAGE DES JEUNES AUJOURD'HUI ET DEMAIN

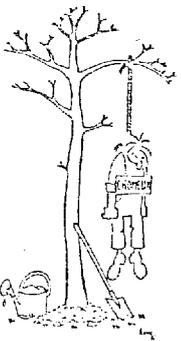
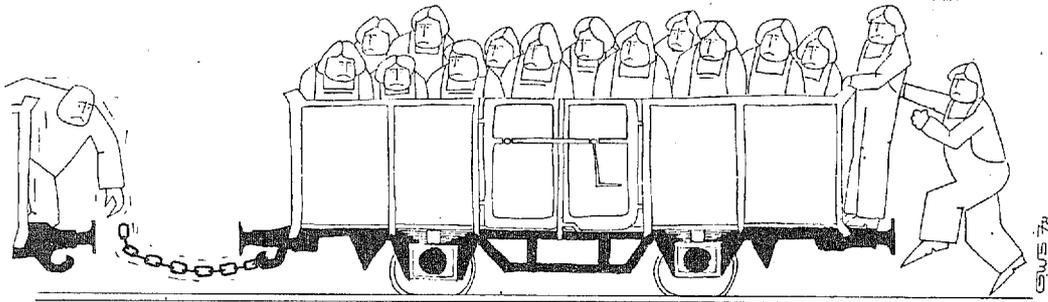
La forte proportion de jeunes parmi les demandeurs d'emplois et les chômeurs rémunérés risque d'augmenter encore. A la fin de l'année scolaire 1977-78 de nombreux jeunes arriveront sur le marché du travail; Nombreux seront ceux qui rejoindront immédiatement le nombre des chômeurs.

Quelle sera l'évolution probable du nombre des jeunes chômeurs?

"D'ici à 1985 l'arrivée à l'âge actif des générations relativement fournies nées de 1950 à 1965 jointe au départ en retraite des générations au contraire plus nombreuses nées vers 1915 à 1925 va jouer dans le sens d'une augmentation de la population active" (Rapport Calot p.96). Pour résorber cet apport de population active le gouvernement se mettra-t-il à créer de nouveaux emplois? "Mais dans sept ans la situation s'inversera car les générations en âge d'activité auront des effectifs décroissants!" (Rapport Calot p.98).

Certes il est difficile de prévoir l'évolution de la crise économique actuelle, mais en maintenant l'immigration fermée ou très limitée, le volet de chômage actuel sera absorbé d'ici quelques années. Espérons que les mesures gouvernementales démentiront une éventuelle solution attentiste qui, pour être cynique, serait très efficace.

Résoudre le problème des chômeurs actuels et à venir (jeunes et moins jeunes) nécessiterait la création de nouveaux emplois. D'ici quelques années il faudrait de nouveau recourir à l'immigration pour occuper ces emplois. Serge



LE CHOMAGE, UNE INSTITUTION?

Plus de 6 millions de chômeurs en Europe, plus de 1500 chômeurs au Grand-Duché: l'équilibre de l'emploi est manifestement rompu. Les Luxembourgeois s'en inquiètent et à juste titre. Une des tâches prioritaires de toute société n'est-elle pas d'occuper sa main d'oeuvre au maximum et dans les conditions les plus rationnelles?

Mais aussitôt surgissent les querelles de chiffres; en effet, il n'y a pas qu'un chômage et la notion de chômeur se prête à bien des définitions. Selon le sens donné à ce terme, l'importance du chômage varie du simple au triple. (voir à ce propos l'encadré sur les différents concepts).

Sans entrer dans le détail d'un repérage global, sectoriel ou géographique, essayons avant tout de comprendre les causes du chômage et son importance pour le fonctionnement du système économique de nos pays.

L'histoire de la pensée économique relate deux grands courants explicatifs: Dans la théorie classique libérale, le chômage est envisagé comme une conséquence naturelle du jeu du marché de travail due au dérèglement momentané de celui-ci. Ce déséquilibre peut provenir soit d'une insuffisance de la demande de travail de la part des entreprises (liée aux crises et au progrès technique), soit d'un excès d'offre

DES MESURES QUI SONT AUSSI DES CONCEPTS

1. **Chômage frictionnel.** Exemple simple : travailleurs ayant quitté un emploi pour un autre sans avoir rejoint celui-ci. Observation : ce type de chômage résulte bien davantage d'une insuffisance ou d'une excessive mobilité de la main-d'œuvre que d'une inadéquation entre l'offre et la demande de travail.

2. **Chômage conjoncturel.** Exemple simple : travailleurs de l'industrie automobile licenciés à la suite des bouleversements des prix du pétrole. Observation : ce type de chômage reflète une inadéquation cyclique entre les besoins des entreprises et la demande de travail des salariés.

3. **Chômage structurel.** Exemple simple : travailleurs des mines de charbon qui ont vu cesser leur possibilité de travail à cause de la rapide diminution de l'extraction du charbon. Observation : ce chômage, appelé aussi « chômage technologique », montre une inadéquation permanente entre l'offre et la demande de travail. Il est la rançon de la modification des conditions de pro-

duction, quelquefois des restructurations affectant les entreprises industrielles.

DES ÉVALUATIONS QUI NE SONT PAS DES CONCEPTS MESURABLES

4. **Chômage déguisé.** Exemple simple : travailleurs conduits à conserver un emploi dans un secteur de faible productivité parce qu'ils ne veulent pas ou ne peuvent quitter la région où ils habitent. C'est une forme de sous-emploi non visible.

5. **Chômage marginal.** Exemple simple : une épouse de salarié qui entre ou sort du marché du travail, selon la conjoncture économique, parce que ses motivations pour avoir une vie professionnelle autonome restent faibles.

6. **Chômage potentiel.** Exemple simple : ménagère (restant à la maison), ayant exercé une activité professionnelle avant le mariage, qui reprendrait volontiers du travail, mais n'en cherche pas réellement. Étudiants, qui ne trouvant pas de profession à leur goût, prolongent un peu abusivement leurs études.

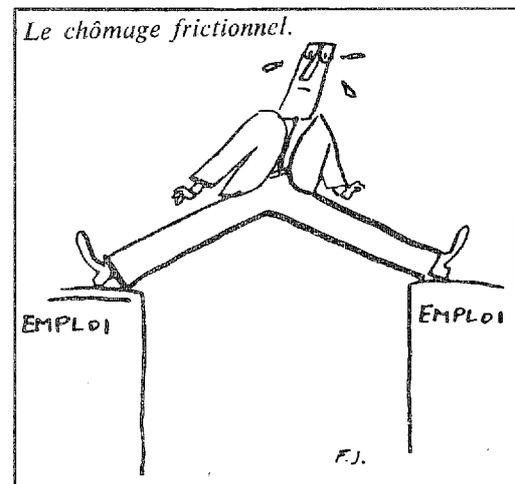
de travail (en quantité ou par le prix) de la part des travailleurs. Des auteurs modernes tels que A.PIGOU et J. RUEFF se situent dans ce courant. La possibilité du chômage permanent est niée par ces économistes, car la situation pourrait se rétablir facilement si les syndicats acceptaient une baisse du salaire réel. Le contenu idéologique de tels propos est évident: ils font des travailleurs les responsables du chômage.

Le deuxième courant cherche à expliquer le chômage au niveau du mode d'organisation,

donc au niveau du système économique. Pour K.MARX le chômage est dépendant des décisions d'investissement de la part des propriétaires des moyens de production (accumulation, composition organique du capital, croissance de la productivité). Ces décisions sont prises en raison de la plus grande rentabilité. En outre le chômage est l'unique moyen de pression sur les salaires. L'"armée industrielle de réserve" est un moyen pour freiner les augmentations de salaires exigées par les travailleurs. MARX attribue donc le chômage au mode de production qui privilégie la maximisation du profit et qui pour cela doit minimiser les coûts de production.

J.M.KEYNES explique le chômage par l'insuffisance de la production, qui est due à un trop faible niveau de la demande. Il s'oppose aux classiques, qui font du chômage un simple accident économique et souligne la quasi-nécessité du chômage dans une économie non-dirigée. Le diagnostic est donc trouvé et en même temps le remède s'annonce: l'intervention de l'Etat peut provoquer l'équilibre de l'emploi. Cette explication keynésienne par la demande semble aujourd'hui contestée par l'expérience récente de la stagflation.

Ces deux auteurs envisagent le chômage comme permanent, comme une des institutions nécessaires au fonctionnement du système économique. Ils font état des causes économiques, mais leurs analyses ne peuvent plus suffire aujourd'hui. En effet l'hétérogénéité du travail qui a accompagné le développement économique et le progrès technique, nous oblige à différencier l'analyse du chômage



Vocabulaire

• A l'offre d'emplois faite par l'appareil productif correspond (ou devrait correspondre) une demande d'emplois adressée à l'appareil productif. Éléments déterminants de la demande d'emplois : la population active (en âge de travailler), la durée de scolarité, celle du service national, l'immigration, divers comportements sociologiques affectant les jeunes et les femmes, etc.

• A la demande de travail présentée par l'appareil productif correspond (ou devrait correspondre) une offre de travail recherchée par la population active. Éléments déterminants de la demande de travail de l'appareil productif : conjoncture internationale, productivité, durée de travail, évolution de la substitution capital/travail, etc.

• La demande d'emplois de la population active est mise en rapport avec l'offre d'emplois de l'appareil productif sur un marché cloisonné. Le désajustement qui se produit s'analyse en terme de chômage ou de « mal-emploi ». Toutefois, bien voir que l'offre de travail de la population active est aussi dépendante de la demande de travail faite par l'appareil productif.

et la politique de l'emploi que cette analyse devrait engendrer. Aujourd'hui le plein emploi au niveau de l'ensemble d'une économie peut coexister avec le chômage au niveau d'un secteur ou d'une région, tout comme le plein emploi apparent n'empêche pas le chômage déguisé.

Afin d'inventer une politique de l'emploi efficace, il faut envisager le sous-emploi sous ses trois aspects: accidentel, conjoncturel et structurel.

L'accident pétrolier a sans doute un effet sur l'emploi. Les relations incertaines nord-sud, la hausse du prix de l'énergie et des matières premières, la perspective d'un épuisement des ressources naturelles ont causé un fléchissement des investissements dans les pays occidentaux où la consommation interne n'a plus été capable de porter la croissance.

D'autre part la conjoncture, l'état du marché et la technologie rendent la situation fort précaire dans certains secteurs, qui n'arrivent plus à tenir face aux concurrents (textile, chaussure, acier, bâtiment etc).

Le chômage structurel est causé par des tensions très fortes entre les différents éléments du système économique. En ce sens il révèle mieux que les autres formes les contradictions internes de ce système. L'évolution démographique et sociale (exemple: l'enseignement et la formation) tout comme le progrès technique sont parmi ces éléments qui n'évoluent pas tous au même rythme et provoquent ainsi des goulots d'étranglements et des distorsions.

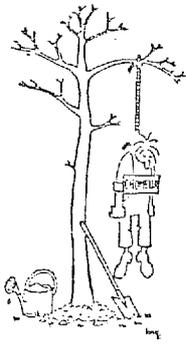
La politique de l'emploi prend connaissance de ces différents types de chômage et des différentes causes, pour agir sur ces causes. Elle vise le plein emploi, mais cet objectif doit être compatible avec d'autres variables de l'économie, comme l'évolution des prix et l'équilibre extérieur. La politique de l'emploi doit aussi arbitrer entre une mobilité des travailleurs, indispensable à la souplesse de l'économie et l'exigence sociale d'un travail épanouissant et utile pour tous.

L'économiste tend d'expliquer; il revient à l'homme politique d'agir. Et la politique de l'emploi qu'il nous proposera sera toujours un compromis. Retenons cependant deux critères pour contrôler le sérieux des moyens mis en oeuvre pour combattre le chômage: D'abord cette politique de l'emploi doit agir au niveau des vraies causes, donc au niveau du système économique tout autant qu'à celui des différents secteurs. Elle doit en outre toujours être une politique centrée sur l'homme. Car le chômage, phénomène économique, touche des hommes vivants et engendre pour eux parfois la misère, parfois la dépression ou la déconsidération et toujours le sentiment d'être inutiles. d.f.

(Les encadrés sont tirés de la revue mensuelle "Cahiers Français" numéro 173, novembre-décembre 1975. Documentation française.)

Sprachverfremdung	Soziale Marktwirtschaft
Im Jargon	Der Krug
Der Okonomen	Geht solange
Heisst der Amoklauf	Zum Brunnen
Neuerdings	Bis ihn der Brunnen
Wirtschaftswachstum	Zum Partner macht

MESURES PRISES PAR L'ETAT POUR GERER LA CRISE



Le Gouvernement, à partir d'un certain moment, n'a plus pu se réfugier derrière des raisonnements de crise passagère ou conjoncturelle, décrite par des phrases telles que: "Reprise dès l'automne, lueur d'espoir pour l'acier."

Par la loi du 30 juin 1976 le Gouvernement s'est doté d'un *fonds de chômage* et a réglementé l'octroi des indemnités de chômage complet. Ce fonds règle aussi les subventions aux entreprises pour l'indemnisation de chômeurs partiels et il couvrira les dépenses résultant de la mise en oeuvre de travaux extraordinaires d'intérêt général. Le fonds de chômage pour l'année 1976 était doté d'un crédit de 565 000 000 francs provenant de cotisations de la part des employeurs, par des contributions des communes et par l'impôt de solidarité prélevé sur le revenu des personnes physiques.

Est bénéficiaire de l'indemnité de chômage, le travailleur qui involontairement a perdu son emploi. Cette indemnité est due pendant une année sauf s'il y a reprise du travail.

L'indemnité de chômage est de 80% du dernier salaire brut sans toutefois pouvoir dépasser 43 342 francs de salaire brut (indice 288).

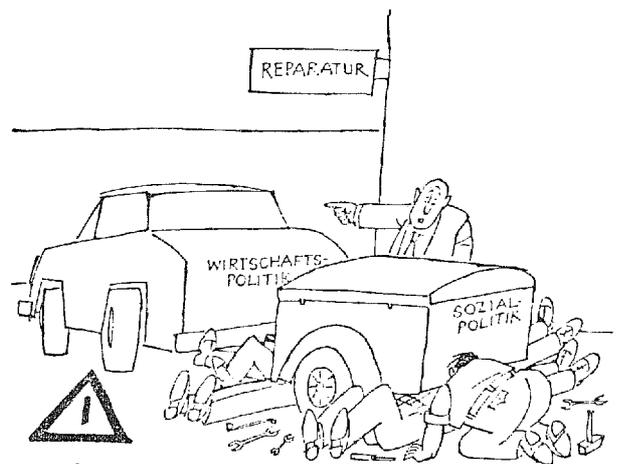
Le jeune chômeur à la recherche de son premier emploi doit être inscrit comme demandeur d'emploi pendant 26 semaines avant de pouvoir toucher des indemnités de chômage.

En date du 1^{er} juin 1977 les syndicats et les deux sociétés sidérurgiques (Arbed et M.M.R.A.) ont signé un accord spécial destiné à garantir l'emploi du personnel devenu excédentaire à la suite de la crise sidérurgique. Cet accord prévoit la création d'une *division anti-crise*, à laquelle sont affectés les membres du personnel devenus excédentaires (environ 2000) et il règle les modalités d'exécution de ce changement d'affectation sur le plan de l'occupation des travailleurs et des conditions de rémunération. Jusqu'à la dissolution de la division anti-crise les parties contractantes s'entretiendront tous les deux mois de l'évolution de la situation de l'emploi, de ses causes ainsi que des mesures à prendre en vue d'une solution des problèmes qui se posent. La *Conférence Tripartite* (Gouvernement, patronat et syndicats) s'est réunie pendant les mois d'avril, mai, juin 1977 pour constater qu'il y a des risques croissants d'un déséquilibre qualitatif et quantitatif de notre marché de l'emploi.

Le développement du marché de l'emploi s'explique selon les conclusions de cette conférence:

1) par le nombre croissant de jeunes à la recherche d'un premier emploi, 2) par le déséquilibre entre aspiration individuelle et possibilité de choix pour le jeune d'une part et l'offre d'emploi de l'économie d'autre part, 3) par la réduction du personnel dans les secteurs-clé de notre économie.

Les conclusions de la Tripartite ont abouti à la *loi du 24 décembre 1977*. Cette loi

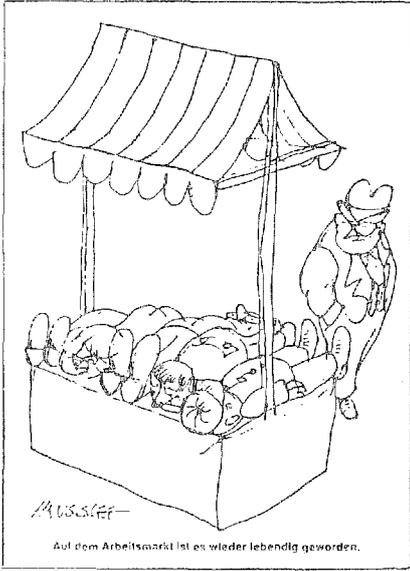


„Habt ihr auch schon mal vorne nachgesehen?“

(West der Arbeit)

autorise le Gouvernement à prendre les mesures destinées à stimuler la croissance économique et à maintenir le plein-emploi.

On distingue quatre niveaux de gravité de la situation économique, conjoncturelle et structurelle. Les seuils de déclenchement seront déterminés par le nombre de demandeurs d'emploi, qu'ils soient sans emploi ou sous préavis de licenciement, tel que le nombre est relevé dans les statistiques officielles de l'administration de l'emploi. Le premier seuil est atteint avec 1500 demandeurs d'emploi. Le second seuil opérera avec 2500 demandeurs d'emploi, et le troisième seuil sera atteint, si après l'échéance du 2^e seuil une menace aiguë de chômage se précise.



Lorsque le premier seuil sera atteint aucune autorisation d'établissement pour des entreprises peu stables ne pourra être accordée. Les travailleurs salariés occupés par une entreprise de sidérurgie seront mis à la préretraite à partir du 1^{er} janvier 1978 s'ils viennent à remplir les conditions requises pour pouvoir prétendre à l'octroi d'une pension de vieillesse soit d'une pension de vieillesse anticipée. Le 2^e seuil étendra le bénéfice de l'indemnité d'attente en cas de préretraite aux travailleurs occupés par des entreprises autres que celles de la sidérurgie. Pour le seuil 3 le Gouvernement peut généraliser le bénéfice de l'indemnité d'attente en cas de préretraite au profit des personnes occupées dans les secteurs public et privé de l'économie.

Une autre mesure d'intervention sur le marché de l'emploi est l'organisation de *cours d'initiation et d'orientation professionnelles*.

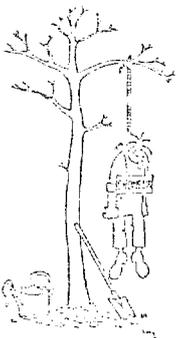
En outre pour les salariés touchés par la faillite de l'employeur l'Etat garantit aux travailleurs salariés le paiement des sommes qui leur sont dues en exécution du contrat de louage de service.

Si le seuil est dépassé et si la situation économique et sociale risque de s'aggraver au point qu'un nombre significatif d'emplois supplémentaires est menacé, le Gouvernement est habilité à prendre les mesures suivantes:

- 1) Le remaniement des modalités d'application de l'échelle mobile et le plafonnement des rémunérations salariales et des autres catégories de revenus.
- 2) le blocage temporaire des marges et des prix des produits et des services, y compris les loyers.
- 3) la limitation temporaire du nombre et des effets des tranches indiciaires
- 4) l'allongement des délais de préavis de congédiement.

Sim

KIRCHE IM DIENST DER ARBEITSLOSEN ?



Das Phänomen Arbeitslosigkeit trifft alle gesellschaftlichen Schichten. Ich stütze meine Aussagen auf Erfahrungen, die ich seit drei Jahren als Seelsorger im Arbeitermilieu mache.

Seit geraumer Zeit stört mich das Wort Seelsorger nicht mehr. Ich finde es besser als das Wort Priester, das zu sehr in den Bereich des Kultes abdrängt. Seelsorger ist einer, der seine Aufgabe darin sieht Sorge zu tragen für das seelische Wohl des Menschen. Ich nenne Seele ganz unkompliziert schlicht " das was den Menschen zum vollwertigen und ewigen Menschen macht, das was ihn seiner Würde gemäss leben tut". Ich bin mir durchaus be-

wusst, dass diese Definition äusserst dürftig und anfechtbar ist, aber ich finde, dass sie im Zusammenhang mit dem was ich in Bezug auf Arbeitslosigkeit sagen will, genügt.

Arbeitslos sein trifft jeden Menschen hart in seinem ganzen Lebensvollzug. Es ist nicht meine Aufgabe zu beschreiben wie entwürdigend sich Arbeitslosigkeit im Leben jedes betroffenen Menschen auswirken kann. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass einfache Arbeiter am härtesten davon betroffen werden, materiell und seelisch...

Will die Kirche etwas mit jenen zu tun haben, die man arbeitslos gemacht hat? Will sie sich in ihren Dienst stellen? Diese Frage ist überflüssig. Die Kirche sorgt sich um jeden Menschen, der in Not gerät, auch um die Arbeitslosen. Sie tritt für sie ein. Sie nimmt sie auf in ihr Gebet. Sie unterstützt verbal alle Versuche, die zur Verhütung oder zur Verringerung der Arbeitslosigkeit unternommen werden. Wenn nötig wird sie auch Kollekten ausrufen. Die Kirche nimmt ihre karitative Aufgabe gegenüber Arbeitslosen wahr. Mittlerweilen, gibt es aber, was unser Land angeht, eine Arbeitslosenunterstützung, die jene Hilfe der Kirche weitaus überflüssig macht. Bleibt für die Kirche das Gebet und der tröstende Zuspruch.

Aber stellen wir die Frage treffender: Wenn die Kirche für die Seele der Menschen Sorge tragen will, genügt dann die Erfüllung der karitativen Aufgabe, der Gebets- und der Anteilnahmepflicht? Und fragen wir uns: Ist kirchliche Hilfe überhaupt gefragt? Rechnen die Arbeitslosen eigentlich mit den Diensten der Kirche?

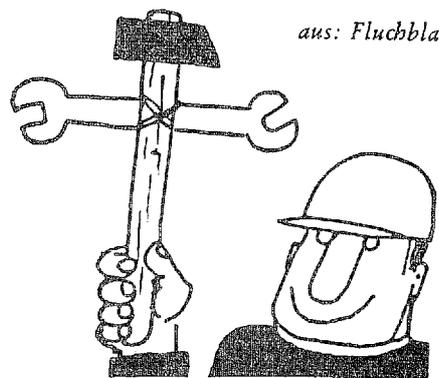
Folgendes Frage- und Antwortspiel, das die Situation der Kirche im Arbeitermilieu beschreibt, leitet, obwohl es an sich ziemlich pauschal ist, meine Frage gut ein.
1.Frage: Braucht der Arbeiter und seine Familie die Kirche?

Antwort: Ja. Denn von ihr erwartet auch er(wie die meisten Luxemburger) verschiedene fast allgemein gewünschte und auch meist hochgeschätzte sakrale Dienste.

2.Frage: Wie sieht ein Arbeiter die Kirche?

Antwort: Auch er sieht die Kirche als eine wichtige Institution, die ihre festen und traditionellen Formen hat (an denen nichts geändert werden soll). Diese Kirche hat eine ganz bestimmte Rolle in der Gesellschaft und in seinem Leben zu spielen: sie soll den familiären, gesellschaftlichen und nationalen Ereignissen festlicher oder betrüblicher Art eine feierliche erhebende Note verleihen. Die Kirche wird gesehen und auch akzeptiert als religiöser Rahmen der menschlichen Existenz. Die Wenigsten haben eine tiefere innere Beziehung zur Kirche als

christliche Gemeinschaft, in der sie sich getragen wissen in den Nöten und Sorgen ihres Alltags (der zahlenmässig minime Besuch der Sonntagsmesse weist dies aus.) Die Meisten bleiben auf Distanz, denn sie zählen die Kirche zu jenen Institutionen und Gewalten, die ihr Leben bestimmen und ordnen: Politiker, Arbeitgeber, Gewerkschaftsfunktionäre, Bürokraten usw. Die Arbeiter treten all diesen Gewalten, denen sie sich ausgeliefert fühlen, misstrauisch entgegen. Auch der Kirche (=Hierarchie), die sie auf der Seite der Einflussreichen und Mächtigen sehen. Die Arbeiterschaft hat ein gutes Gedächtnis.



3.Frage: Hat die Kirche etwas mit dem Lebensvollzug eines Arbeiters zu tun?

Antwort: Ja! Insofern sie dem Arbeiter verschiedene sittliche Ansichten einprägt und auch den Grund für etliche, meistens vage, religiöse Anschauungen legt. Nein! Insofern es um den konkreten Bereich seiner Arbeit geht. Dort erwartet er keinerlei Hilfe von der Kirche. (Es sei denn er vertraut den guten Beziehungen eines Kirchenmannes, um sich Vergünstigungen oder eine bessere Stelle zu verschaffen).

Dieses kurze Frage- und Antwortspiel zeigt, dass die Arbeiter und infolgedessen auch die Arbeitslosen unter ihnen, von der Kirche, wie sie fast allgemein gesehen und erlebt wird, ausser vielleicht sterilen Erklärungen der Solidarität nicht viel erwarten.

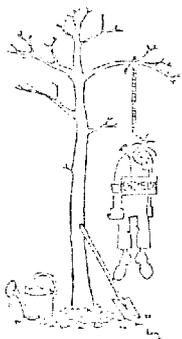
Wir müssen also leider zugeben, dass unsere Kirche ihre eigentliche Aufgabe gegenüber Menschen, die unser Wirtschaftssystem arbeitslos macht, nicht erfüllen kann. Eine den Arbeitern und ihren Problemen ferne Kirche kann auch nur aus der Ferne, d.h. so gut wie fast nicht, wirken. Das ist eine schmerzliche Feststellung. Niemand kann für diese geschichtlich gewordene Situation verantwortlich gemacht werden. Aber wir werden als Kirche schuldig, wenn wir trotz der bestehenden Analyse nicht konsequent mit den geeigneten Mitteln und in gläubiger Hoffnung jene Schritte tun, die getan werden müssen, damit die Kirche den schaffenden Menschen eine nahe Kirche wird.

Es stellt sich also schliesslich die Frage: Wie muss Kirche sein, damit sie Arbeitslosen begegnen kann? Wollen wir eine Kirche die ihre Rolle hauptsächlich darin sieht, auf allen Ebenen kultische Feiern zu inszenieren, in denen man so leicht und erhaben über alle Probleme der Menschen reden und beten kann, ohne jemals selbst davon betroffen zu sein? Oder wollen wir eine Kirche sein, die dort ist, wo die Menschen leben, arbeiten, leiden und sich freuen. Eine Kirche die sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Menschengruppe orientiert und inspiriert. Eine Kirche die nicht nur von oben ihre Gaben spendet, sondern hauptsächlich von unten her, von der Basis her, lebt.

In so einer Kirche würden die Arbeitslosen selbst ihre Problematik in ihre Kirche hineinbringen und mit ihnen könnte die Kirche sich fragen: Wie wirkt sich Arbeitslosigkeit aus? Wer und was macht eigentlich die Menschen arbeitslos? Was können wir gemeinsam unternehmen? Was liegt in unserer Kraft?

Erste Schritte versuchen wir seit ein paar Jahren im Raum Differdingen zu tun. Eine Gruppe von Arbeitern hat sich zum Ziel gesetzt, in diesem Sinne Basisarbeit zu leisten. Wir stehen erst am Anfang. Wir werden später einmal darüber berichten.

Jos Cadé



Rationalisierung

gegen

den arbeitenden Menschen?

Die zunehmende Härte der Arbeitskämpfe in den letzten Monaten ist weitgehend auf eine Angst unter den Arbeitern und Angestellten zurückzuführen, durch die Einführung neuer Techniken, insbesondere im Bereich der Elektronik, die Arbeitsplätze zu verlieren. In der Druckindustrie wird die Tätigkeit des Setzers, bisher eine hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeit, in absehbarer Zeit nur noch in bestimmten Randbereichen gebraucht werden. Aber Ähnliches steht auch in anderen Bereichen bevor. Der Computer und die vollautomatisierte Produktionsstraße ersetzen immer mehr die Arbeit des Menschen. Wie ist diese Entwicklung zu bewerten unter der Rücksicht einer humanen Gestaltung der Wirtschaft? Wendet sich der technische «Fortschritt» nicht am Ende gegen den Menschen selbst?

Dabei wird man sich zunächst darüber klar werden müssen, ob es überhaupt sinnvoll ist, sich solche Fragen zu stellen. Wenn sich nämlich die Entwicklung der Wirtschaft nach strengen Gesetzen vollzöge, die wir nicht beeinflussen können, wären Überlegungen zu einer menschlicheren Gestaltung unserer Arbeitswelt nutzlose Spekulationen. Ein solches deterministisches Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung ist aber weit verbreitet, nicht nur im Einflusbereich des marxistischen historischen Materialismus. Man läßt dann kulturkritische Reflexionen über die menschlich vertretbaren Ziele des Wirtschaftens wie schöne Sonntagspredigten über sich ergehen in einer Einstellung frei nach Bert Brecht: «Wir wären gut – anstatt so roh. Doch die Verhältnisse, die sind nicht so», und nimmt das Gege-

bene als unausweichlich hin.

Demgegenüber muß betont werden, daß es in unsere gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung gelegt ist, wie sich unsere Wirtschaft entwickelt. Der einzelne als einzelner wird sich zwar in ökonomische Zwänge hineingestellt erfahren, in denen er nur über einen geringen Handlungsspielraum verfügt. Beispielsweise mag der einzelne Unternehmer sich zu bestimmten Rationalisierungsmaßnahmen gezwungen sehen, auch wenn dadurch Arbeitskräfte freigesetzt werden, die anderswo keine Beschäftigung finden. Er kann als einzelner wenig Rücksicht darauf nehmen, ob eine solche Rationalisierung gesamtwirtschaftlich als sinnvoll erscheint. Einzelwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Rationalität sind nicht völlig deckungsgleich. Es ist aber Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik, solche Rahmenbedingungen zu setzen, daß das einzelwirtschaftlich vernünftig Erscheinende auch dazu führt, gesamtwirtschaftlich vernünftige Ziele zu erreichen. Unternehmerverbände und Gewerkschaften sollten sich an Zielen orientieren, die allen Beteiligten ein besseres Leben ermöglichen. Darum ist es keine müßige Überlegung, nach der Bedeutung der Arbeit für den Menschen zu fragen und Kriterien zu entwickeln, von denen her die Sinnhaftigkeit einer bestimmten technischen Entwicklung beurteilt werden kann.

GEDANKEN ZU EINER PHILOSOPHIE DER ARBEIT

Überlegungen über die Bedeutung der Arbeit für den Menschen werden anzusetzen haben nicht bei dem Ergebnis, dem durch die Arbeit geschaffenen Gegenstand, als vielmehr fragen müssen, was mit dem Menschen selbst in der Arbeit geschieht. Im Gegensatz zu den Tätigkeiten der Tiere (Nestbau, Nahrungssuche, Fortpflanzung), die instinktmäßig abgesichert und mit Funktionslust verbunden sind, gehört die Arbeit nicht zu den naturgegebenen Funktionen des Menschen, die rein instinktmäßig erfolgen.¹ Arbeit ist bewußtes Tun, ist Praxis des Menschen, in der er sich selbst verwirklicht. Als bewußtes Tun setzt sie eine Motivation voraus. Warum arbeitet der Mensch?

Das unmittelbarste Arbeitsmotiv ist die wirtschaftliche Existenzsicherung. Wie der Mensch die Welt um sich herum jeweils vorfindet, genügt sie seinen Bedürfnissen nicht. Darum muß er sie durch Arbeit gestalten. Arbeit ist darum als *Weltgestaltung* zu verstehen.

Arbeit als Mühsal

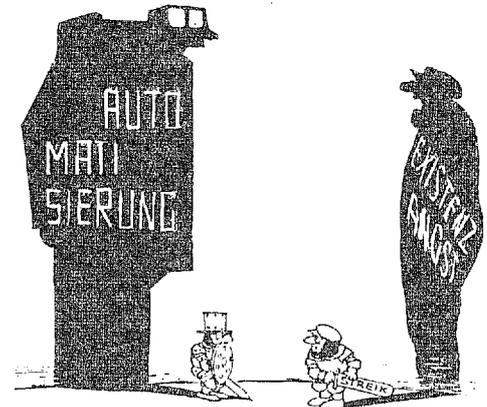
Hier wird nun schon ein Aspekt der Arbeit erkennbar, der häufig fälschlicherweise als zentral angesehen wird: Die Notwendigkeit der Arbeit legt sich dem Menschen als ein Zwang auf, den er als unangenehm erfährt. Das liegt schon in der etymologischen Bedeutung des Wortes «Arbeit», das sich aus einer alten Wurzel ableitet (ahd. Ar[*a*]beit, mhd. Ar[*e*]beit, idg. Stamm orbho-, germ. arb- = verwaist), die vor allem den Charakter der Mühsal, Pein, Not, Last körperlicher Tätigkeit betont. Ins Slawische ist dieser Stamm als Rabota = Knechtsarbeit, Frondienst eingegangen, von dem sich wieder das Wort «Roboter» ableitet. Ähnliche Wortbedeutungen finden sich in anderen Sprachen, beispielsweise im lateinischen Wort Labor, aus dem das englische Labour gebildet wurde, für körperliche Arbeit, das ursprünglich das Wanken unter einer Last bedeutet. Ähnlich wird das französische Travail auf das lateinische Trabs, Trabes oder Tripalium zurückgeführt, das den Balken bedeutet, insbesondere das Gerät, um Ochsen und Pferde beim Beschlagen festzuhalten. In all diesen Wortbedeutungen kommt zum Ausdruck, daß der Arbeitsvortrag vom Menschen als lastmühevoll, als Last empfunden wird.

¹ Erwin Wexberg, Arbeit und Gemeinschaft, Leipzig 1932, 8f.

Derselbe Gedanke von der Arbeit als Mühsal, durch die der Mensch nur knapp der Erde seinen Lebensunterhalt abgewinnen kann, kommt zum Ausdruck im biblischen Schöpfungsbericht. Nach dem Sündenfall der Stammeltern spricht Gott einen Fluch über die Erde aus, durch den sie auf die Arbeit des Menschen mit weitgehendem Versagen der erwarteten und mit Hervorbringen unerwünschter Früchte (Dornen und Disteln) antwortet. Der Mensch kann nur noch mit Mühsal («im Schweiß des Angesichtes» Gen 3, 17) seine Nahrung dem Ackerboden abringen. Modern sprechen wir von der *disutility of labour*, dem Arbeitsleid, für das der Arbeitende durch einen entsprechenden Lohn entschädigt werden soll. Tatsächlich arbeiten viele Menschen sicher nur gezwungen von der Notwendigkeit, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Arbeit als Wirken

Aber dieser negative Aspekt, die Arbeit als Mühsal, ist dennoch nicht die eigentliche Kernbedeutung der Arbeit für den Menschen. Der Mensch hat auch ein natürliches Bedürfnis nach Arbeit. Dies wird deutlich gerade zu Zeiten einer Arbeitslosigkeit, in der das Nicht-arbeiten Können – auch unabhängig von der Einkommenseinbuße – als bedrückend empfunden wird.



Leger. Hann. Allgemeine

Über die Motivation hinaus, sich die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu verschaffen, wird Arbeit vielfach positiv als eigentlicher Lebensinhalt erfahren. Sie hat nicht nur Nutzwert im Hinblick auf andere Ziele, sondern der Arbeitsvortrag selbst vermag dem Menschen eine gewisse Befriedigung und Erfüllung des Lebens zu vermitteln. Das Bewußtsein, etwas Sinnvolles oder Bedeutendes zu leisten, und die Anerkennung, die der einzelne dafür erfährt, sind für ihn Grund für ein berechtigtes Selbstwertgefühl. Im deutschen Sprachgebrauch wird deshalb auf die Frage, «was einer sei», der Beruf angegeben, d. h. die Arbeit, die er regelmäßig ausübt.

Dieser Gedanke, daß Arbeit ein *Schaffen* sei, ein Hervorbringen, etwas Kreatives, steht auch in der Bibel an erster Stelle noch vor und über dem Hinweis auf die Mühsal. Wenn nämlich die biblische Schöpfungsgeschichte als ein Siebentagewerk Gottes dargestellt wird, dann bedeutet das im Umkehrschluß, daß im menschlichen Arbeiten etwas Ähnliches gesehen wird wie in der Schöpferfähigkeit Gottes. Wie Gott im Alten Testament durchweg als ein Wirkender, nicht als ein rein Beschaulicher geschildert wird, so kommt es auch dem Menschen zu, die Erde im Namen Gottes sich untertan zu machen (Gen 1, 27) und – in der Parallelstelle im nächsten Kapitel – das Paradies, in das er von Gott versetzt ist, zu bestellen und zu behüten (Gen 2, 15). Die Arbeit als solche ist also nicht etwas, das sich als Fluch Gottes erst aus der Sünde ergäbe, sondern nur ihre Härte und Schwierigkeit. In der Arbeit als Tun, als Weltgestaltung, als Entfaltung von Kreativität wird der Mensch dem wirkenden Gott ähnlich.

Auseinandersetzung mit der Gegenständlichkeit

Von hier aus läßt sich nun der Begriff der Arbeit noch etwas schärfer fassen. Von Zielsetzung und Ablauf her muß die Arbeit vor allem gegenüber Spiel, Sport und Erholung abgegrenzt werden. Auch diese Tätigkeiten können Anstrengung verlangen,

können mühsam sein. Aber der ökonomische Aspekt, die Beschaffung des Lebensunterhaltes, ist nicht das wesentliche Unterscheidungskriterium. Auch wer eine Tätigkeit ehrenamtlich ausübt, kann Arbeit leisten. Klassisch geworden ist die Definition von Hellpach: «Arbeit ist jede fortgesetzte, angespannte und geordnete Tätigkeit, die der Erzeugung, Beschaffung, Umwandlung, Verteilung oder Benutzung von materiellen und ideellen Daseinsgütern dient.»² Nach dieser Definition kann man auch die Tätigkeiten des Politikers, Künstlers, Forschers, Priesters als Arbeit ansehen, obwohl der allgemeine Sprachgebrauch hier unsicher wird.

Entscheidendes Element einer Definition der Arbeit ist vielmehr ihr Bezug auf Gegenständlichkeit, diese verstanden als Gegenbegriff zum Selbst-Sein: Das Andere des Selbst, zunächst die stoffliche Natur, aber auch der andere Mensch, auch der eigene Leib. Im Spiel und auch im Sport folgt der Mensch eigenen, von ihm selbst geschaffenen Regeln, an die er sich frei gebunden hat, eben den Spielregeln. In der Erholung kann sich der Erholungssuchende ganz seinen Wünschen überlassen. Der Arbeitende hingegen muß sich bewußt nach dem Gegenstand richten, sich an dessen immanente Gesetzmäßigkeit binden, «bei der Sache sein». Er ist nicht «bei sich selbst», vielmehr beim «Anderen seiner Selbst», auch wenn dieses «Andere» die von Menschen gestaltete Welt der Geschichte ist. So kann man in einem wahren Sinne davon sprechen, daß in der Arbeit der Mensch sich selbst entfremdet wird, weil er «aus sich herausgehen» muß, sich selber einsetzen muß für das von ihm zu Schaffende, wenn es mehr werden soll als bloßes Spiel. Das ist der eigentliche Grund dafür, warum der Mensch die Arbeit als Last erfährt.

Diese Art von «*Entfremdung*» in der Arbeit ist grundsätzlich unauflösbar und nicht an eine bestimmte Wirtschaftsweise oder Gesellschaftsordnung geknüpft. Sie hängt vielmehr unmittelbar mit der Endlichkeit und Geschöpflichkeit des Menschen zusammen, insofern Vollzug menschlichen Seins, Verwirklichung des Selbstseins, nur im Durchgang durch das Andere seiner selbst, im Geschehenlassen der Gegenständlichkeit möglich ist. Der Mensch ruht nicht selbstgenügsam in sich oder hat wie das Tier eine Reihe von Bedürfnissen, nach deren Befriedigung er zur Ruhe kommt, sondern er erfährt sich als aufgerufen zum Besorgen der Welt, zum Eingehen auf deren Gesetzmäßigkeiten, zur Produktion von Gütern und Verwirklichung von Werten. Nicht jedes bloße «Sich-Beschäftigen» ist Arbeit, sondern nur das Erbringen einer «*Leistung*» im weitesten Sinne dieses Wortes.

Dabei darf Arbeit, die der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient, nicht eingeschränkt verstanden werden nur auf die Beschaffung der materiellen Güter des Lebensunterhaltes. Zur Welt des Menschen gehört auch seine gesamte soziale Umwelt: die menschlichen Institutionen, die öffentlichen Einrichtungen, Anstalten, Betriebe politischer und sozialer Natur. Selbst wenn – in Marxs utopischer Zukunftsgesellschaft eines vollendeten Kommunismus – alle rein wirtschaftlichen Motive und Zwänge zur Arbeit wegfielen, wenn der Bedarf an materiellen Gütern auf abschbare Zeit als völlig gedeckt erschiene, bliebe die Notwendigkeit der Arbeit im Sinne der Weltgestaltung bestehen, nämlich als Erhaltung, Besorgung und Weiterführung der *kulturellen Welt* des Menschen.³

Gesellschaftlicher Charakter der Arbeit

Abschließend sei noch ausdrücklich auf den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit aufmerksam gemacht. Die «Gegenständ-

² Willy Hellpach, Die Arbeitsteilung im geistigen Leben. Eine Untersuchung ihrer hauptsächlichsten Formen, Gesetze und Triebkräfte, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 35 (1912) 665–700; 36 (1913) 79–124.

³ Vgl. Herbert Marcuse, Über die philosophischen Grundlagen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsbegriffes, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 69 (1933), abgedruckt in: Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt 1965, 7–48.

lichkeit», mit der sich der einzelne in der Arbeit auseinandersetzen muß, ist schon je immer geschichtlich und gesellschaftlich vorgeformt; Arbeit ist nie ein reiner Prozeß zwischen Mensch und Natur. Die Ziele, auf die hin die Welt zu gestalten ist, die Bedürfnisse, die der einzelne zu befriedigen sucht, was als Arbeitsleistung Anerkennung findet, all das ist bereits sozial vermittelt. In seinem Arbeiten gliedert sich der Mensch in die Gesellschaft ein, erfährt Bestätigung oder Zurückweisung, Geborgenheit oder Ausschluß. Für das glückliche Leben hängt viel davon ab, ob die gesellschaftlichen Bedingungen dem einzelnen die Selbstverwirklichung in der Arbeit ermöglichen und erleichtern oder durch *gesellschaftliche Entfremdung* noch zusätzlich erschweren. Karl Marx hat diese gesellschaftliche Entfremdung der modernen Industriegesellschaft vor allem darin begründet gesehen, daß dem Arbeitenden die Produktionsmittel nicht selbst gehören. Entscheidender erscheint es aber, ob und inwieweit das Gesellschaftssystem dem einzelnen erlaubt, seine Anlagen und Kräfte frei zu entfalten. Seine höchste Fähigkeit zu echter Leistung, zur Schaffung menschlich bedeutsamer Werte, die ihm Lebenserfüllung bieten, erreicht der Mensch nicht unter äußerem Zwang, sondern in einer Harmonie der rationalen und irrationalen Kräfte, durch ein Arbeiten, das auch spielerische Elemente enthält.

Diese Kreativität der Arbeit läßt sich um so fruchtbarer entwickeln, je mehr der einzelne selbst bestimmen kann, wie und in welcher Form und zu wessen Gunsten er arbeitet. Durch die zunehmende Arbeitsteilung und die Rationalisierung der Produktionsverfahren vollzieht sich aber in den modernen Industriesystemen – nicht nur in der privatkapitalistischen Wirtschaft des Westens, sondern ebenso und noch mehr in der Planwirtschaft des Ostblocks – die Arbeit weitgehend fremdbestimmt. Über die Arbeit des einzelnen verfügt die Leitung des Unternehmens. Zwischen den Interessen des Unternehmens im Westen wie im Osten und den Interessen der im Unternehmen arbeitenden Menschen besteht aber keine volle Identität. Die Kritik an der «*Leistungsgesellschaft*» des Westens, wenn man sie auf ihren berechtigten Kern zurückführt, wendet sich gegen gesellschaftliche Zwangsmechanismen, die den arbeitenden Menschen unter einen unnötigen, nur vom Wirtschaftssystem bedingten Leistungsdruck stellen, dessen Ertrag die «menschlichen Kosten» nicht rechtfertigt und der vielfach anderen als den Arbeitenden selbst zugute kommt.

In der Sprache der Wirtschaftswissenschaft formuliert, müßte das Arbeiten so organisiert sein, daß der Ertrag der Arbeit die Kosten übersteigt. «Ertrag» muß aber in diesem Zusammenhang definiert werden nicht in Geldgrößen, sondern in menschlicher Befriedigung und Lebenserfüllung, «Kosten» müssen definiert werden in menschlichem Aufwand und menschlicher Mühe. Sicher lassen sich diese Begriffe kaum operational exakt bestimmen. In der Vergangenheit besaß der einzelne aber vielfach die Freiheit zu entscheiden, ob der Ertrag den Aufwand rechtfertigte. Heute ist der Arbeitsprozeß so vermittelt durch gesellschaftliche Instanzen, daß sich die Frage stellt, ob wir noch Regelmechanismen besitzen, die von sich aus einen solchen Ausgleich herstellen.

RATIONALISIERUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Hier stellt sich nun die Frage, ob durch – einzelbetrieblich vernünftig erscheinende – Rationalisierungsmaßnahmen tatsächlich eine Verbesserung des Verhältnisses von gesellschaftlichem Ertrag zu menschlichen Kosten erreicht wird oder nicht. Welche Folgerungen lassen sich aus den vorausgegangenen Erwägungen im Hinblick auf diese Fragestellung ziehen?

Es dürfte deutlich geworden sein, warum *Arbeitslosigkeit*, auch wenn durch die Arbeitslosenversicherung der Einkommensausfall sich für den einzelnen in erträglichen Grenzen hält, ein echtes Übel, eine bittere Härte für den Arbeitslosen ist. Er verliert die Möglichkeit, eine von der Gesellschaft geschätzte, als nützlich angesehene und deshalb auch bezahlte Leistung zu erbrin-

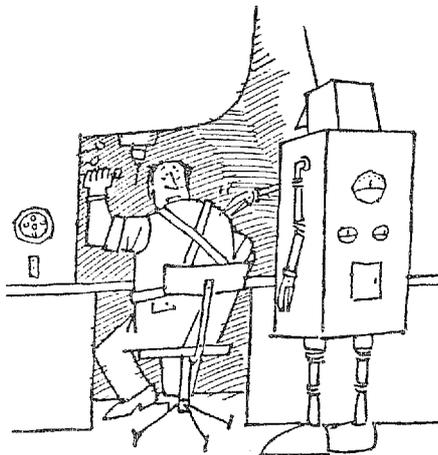
gen. Er muß sich unnütz vorkommen. Selbstverständlich kann er sich in vielerlei Weise beschäftigen, hat Zeit, seine Hobbies zu pflegen, all das zu tun, wozu er früher häufig nicht gekommen ist. Aber es sind das frei gewählte Tätigkeiten, keine von der Wirklichkeit des Lebens selbst gestellten Aufgaben.

Arbeitslose nehmen in gewisser Weise am gesellschaftlichen Leben nicht mehr teil. Für viele ist nämlich der Arbeitsplatz der Ort, wo er am meisten mit anderen zusammentrifft und Gesellschaft erfährt. Wer entlassen wird, verliert den Kontakt mit den Arbeitskollegen, auf die er sich – im Guten wie im Bösen – eingestellt hat, deren zu erwartende Reaktionen er kennt, auf die er sich einigermaßen verlassen kann. Selbst wenn er wieder eine neue Arbeitsstelle bekommt, weiß er noch nicht, wie es ihm dort ergehen wird. In der Zwischenzeit ist er auf sich selber, seine Familie und nächsten Freunde zurückgeworfen. Arbeitslosigkeit macht einsam.

Die Stellung im Beruf verleiht gesellschaftliche Anerkennung. Der einzelne vermag eine Rolle zu spielen, mehr oder weniger bedeutend, für die ihm Achtung gebührt. Der Familienvater leitet seine Autorität vielfach aus der Tatsache ab, daß er das Geld nach Hause bringt. Wer arbeitslos ist, hat sich keine derartige Stellung erkämpft, daß er unersetzlich geworden wäre.

All diese belastenden Erfahrungen macht der Arbeitslose unabhängig davon, wie die Gesellschaft reagiert. Tatsächlich muß er

Zeichnung: Wolters



„Mach' mal Platz, Kollege! Ich bin die Arbeitsplatzbeschaffungsinvestition!“

aber noch gegen das Vorurteil ankämpfen, die Entlassung oder Nichteinstellung sei auf sein persönliches Versagen zurückzuführen. Vielfach wird ihm unterstellt, er wolle gar nicht arbeiten, sondern nur Arbeitslosengeld kassieren, für das die anderen arbeiten müssen. Daß es selbstverständlich auch solche Fälle gibt und keiner weiß, wie zahlreich sie sind, macht die Sache nur schlimmer für den, den die Arbeitslosigkeit ohne seine Schuld getroffen hat. Mit einem Wort: Arbeitslosigkeit ist ein schlimmes Übel. Dabei bleiben hier die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit noch unberücksichtigt.

Recht auf Arbeit – ein Grundrecht?

Mit gutem Grund wird deshalb davon gesprochen, aus der Personwürde des Menschen ergebe sich ein eigentliches «Recht» auf Arbeit. So ist es formuliert in der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. Für die katholische Kirche erklärte Papst Johannes XXIII. in der Enzyklika «Pacem in terris» (Nr. 18): «Es ergibt sich für den Menschen aufgrund des Naturrechtes nicht nur, daß ihm Arbeitsmöglichkeit gegeben werden muß, sondern auch, daß er seine

Arbeit frei übernimmt.» Daß das Grundgesetz der BRD kein derartiges «Recht auf Arbeit» als Grundrecht enthält, wird von vielen als ein ernster Fehler angesehen, der korrigiert werden müsse.

Wenn mit «Recht auf Arbeit» gemeint sein soll, daß der Staat und auch gesellschaftliche Kräfte die Pflicht haben, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden, dürfte dieser Gedanke eines «Rechts auf Arbeit» unbedingt zu bejahen sein. Aber er steckt im Grunde schon in der Sozialstaatsklausel (Art. 20 GG), und ausdrücklich wird die Vollbeschäftigung als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik im Stabilitätsgesetz genannt. Von der Sache her ist ein «Recht auf Arbeit» also nichts Neues.

Eine ganz andere Frage ist es, ob ein «Recht auf Arbeit» ausdrücklich in den Katalog der Grundrechte der deutschen Verfassung aufgenommen werden solle. Zunächst wird damit kein einziger Arbeitsloser von der Straße weggeholt, kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Nicht Grundsatzproklamationen, sondern nur konkrete Maßnahmen können die Beschäftigungslage verbessern.

Nun könnte man aber hoffen, daß eine derartige ausdrückliche Formulierung eines Rechts auf Arbeit wenigstens die geistige Einstellung der Öffentlichkeit positiv beeinflussen und auf diese Weise die Arbeitslosigkeit überwinden helfen könnte. Dem stehen aber gewichtige Bedenken gegenüber. Die Väter des deutschen Grundgesetzes haben es sich nämlich wohl überlegt, warum sie das Recht auf Arbeit nicht unter die Grundrechte aufgenommen haben, und zwar nicht bloß deswegen, wie Theodor Heuß damals halb im Scherz bemerkte, dann müsse auch ein Recht auf Faulheit ins Grundgesetz aufgenommen werden, sondern weil sie die Grundrechte dieser Verfassung als unmittelbar geltendes Recht (Art. 1 Abs. 3 GG) formuliert wissen wollten, also nicht als bloße Programmsätze im Sinne von Zielvorstellungen wie in der Weimarer Verfassung oder manche Artikel der bayrischen oder hessischen Verfassung, die im streng juristischen Sinne unverbindlich bleiben. Vielmehr sind unsere Grundrechte so gestaltet, daß sie auch vollziehbar sind, d. h. daß einer sein Grundrecht, sobald es verletzt wird, auch einklagen kann.

Wenn nun das Recht auf Arbeit unter die Grundrechte der Verfassung aufgenommen würde, obwohl keiner so recht weiß, wie man den Arbeitslosen dieses Recht auf Arbeit auch gewähren könnte, würden damit die anderen Grundrechte der Verfassung ausgehöhlt. Ohne die Möglichkeit, einem eine bestimmte Arbeit auch zwangsweise zuweisen zu können, wäre ein Recht auf Arbeit kaum vollziehbar. Es hat also nichts mit mangelnder sozialer Einstellung gegenüber den Arbeitslosen zu tun, wenn man der Forderung entgegentritt, ein Recht auf Arbeit in das Grundgesetz aufzunehmen.

Rationalisierung vernichtet Arbeitsplätze

Nun macht zweifellos die Rationalisierung bestimmte Arbeiten überflüssig, nimmt Menschen ihre Arbeitsplätze weg. Muß sie nicht deshalb skeptisch beurteilt werden, vor allem in Zeiten einer Arbeitslosigkeit? Hier soll dennoch die These vertreten werden, daß Rationalisierung und Technisierung des Arbeitsablaufs notwendig und nützlich sind, und erst anschließend sollen einige Einschränkungen zu dieser These gemacht werden.

Aus den grundsätzlichen Erwägungen über die Bedeutung der Arbeit ergibt sich, daß nur jene Arbeit als sinnvoll angesehen werden kann, die tatsächlich unter den gegebenen Umständen der Erzeugung, Beschaffung, Umwandlung, Verteilung oder Benutzung von materiellen und ideellen Daseinsgütern dient. Nicht jedes bloße «Sich-Beschäftigen» ist Arbeit; eine bloße «Beschäftigungs»-Politik entspricht nicht der Würde des Menschen als eines Arbeitenden. Wenn Rationalisierung die Möglichkeit bietet, dieselben Güter leichter, mit weniger Kostenaufwand und somit billiger zu erstellen, dann sollte diese Möglichkeit ergriffen werden. Arbeit als Gestaltung der Welt im Hinblick auf menschliche Bedürfnisse, als Auseinandersetzung mit der Gegenständlichkeit, bedeutet gerade auch Rationalisierung im Sinne einer möglichst zweckmäßigen, unnötigen Aufwand vermeidenden Form des Arbeitsvollzugs.

Außerdem bleibt zu bedenken, daß durch eine arbeitssparende Rationalisierungsinvestition gesamtwirtschaftlich nicht so viel Arbeit eingespart wird, wie es vom Einzelbetrieb her erscheint, sondern die Arbeit nur verlagert auf den anderen Betrieb, der das betreffende Investitionsgut herstellt. Bei dieser Schaffung eines neuen Produktionsumwegs werden bestimmte Arbeitsplätze vernichtet, andere neu geschaffen, insgesamt allerdings ein Teil der Arbeit eingespart; sonst würde die Rationalisierung nicht zu einer kostengünstigeren Produktion führen. Nur bleibt zu bedenken: Die durch diese Umstellung freigesetzten Arbeitnehmer mit ihren Fähigkeiten werden unter Umständen so nicht mehr gebraucht. Ihnen muß geholfen werden, einen anderen Arbeitsplatz zu finden, an dem sie einen sinnvollen Beitrag zur Wirtschaft leisten können. Wenn dies völlig unmöglich erscheint, müßte man sich die Frage noch einmal stellen, ob eine zu rasch vorangetriebene Rationalisierung nicht gesamtwirtschaftlich unrationell sein könnte. Allgemein gilt aber: Wenn neue, arbeitssparende Produktionsweisen zur Verfügung stehen, ist es nicht vertretbar, sie nicht anzuwenden. Eine Tätigkeit, die objektiv nicht mehr notwendig ist, kann nicht als eigentliche Arbeit angesehen werden, weil Auseinandersetzung mit den objektiven Notwendigkeiten ein zum Begriff der Arbeit gehörendes Element ist. Eine soziale Hilfe für die durch die technische Entwicklung in Not Geratenen mag geboten sein; sie ist kein Lohn als Arbeitsentgelt.

Was ist echte Rationalisierung?

Allerdings muß hier noch eine qualitative Einschränkung gemacht werden. Wenn «Rationalisierung» definiert werden kann als «Erleichterung des Arbeitsvollzugs», wird man sich fragen müssen, ob alles diesem Ziele wirklich dient, was in der modernen Technik als Rationalisierung gilt. Wird der Kostenaufwand, nun nicht nur gerechnet in Geldgrößen, sondern in Verschleiß menschlicher Kräfte, in «Arbeitsleid», durch die Rationalisierung tatsächlich geringer, oder wird die Arbeitskraft möglicherweise gerade im durchrationalisierten, «arbeitssparenden» Betrieb mehr beansprucht und verbraucht als in einer früheren Form der Produktion? Eine eindeutige Antwort auf solche Fragen ist nicht leicht möglich, so sehr sich die Arbeitswissenschaftler darum mühen. Offensichtlich ist der menschliche Organismus auf ein bestimmtes Maß körperlicher Bewegung und Tätigkeit programmiert, deren Ausfall sich auch in physiologischer Belastung bemerkbar macht (Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, vegetative Dystonien). Reizverarmung und mangelnde körperliche Auslastung bei der Arbeit können zu einer Art Teilermüdung führen, nämlich zu physiologischer Erschöpfung ohne jene körperliche und muskuläre Müdigkeit, wie sie normalerweise eine Vorbedingung des Schlafes ist. Es wird dann nötig, diese Ausfallerscheinungen durch Ausgleichssport, Unterbrechung der Tätigkeit und bewußt gesuchte Abwechslung wieder zu überwinden.

Entscheidender noch ist aber der Gedanke, daß die Arbeit für den Menschen nicht ein bloßes Mittel darstellt, damit er außerhalb der Arbeitszeit glücklich zu leben vermag, sondern selbst einen Teil seines *Lebensinhalts* darstellt. Er verbringt ja heute einen großen Teil seiner wachen Lebenszeit im Betrieb und außerhalb seiner Familie. Darum hängt für sein Lebensglück viel davon ab, ob es gelingt, die Arbeitsprozesse und das gesamte Betriebsklima so zu gestalten, daß er nicht erst außerhalb der Arbeit in der sogenannten «Freizeit» zu sich kommt, wo er dann viel zu erschöpft ist, um noch viel Sinnvolles anfangen zu können.

Hinter dem Schlagwort von der «Humanisierung der Arbeitswelt» steht also der völlig richtige Gedanke, daß jeder Betrieb

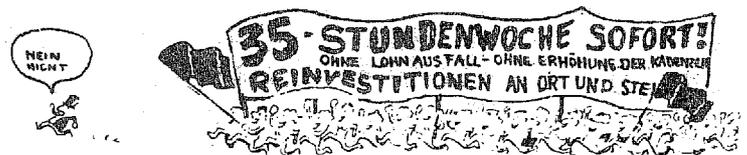
nicht nur Güter und Dienstleistungen für den Absatzmarkt produziert, sondern zugleich auch höhere oder mindere Lebensqualität der Mitarbeiter. Durch Schaffung eines entsprechenden Betriebsklimas läßt sich zwar vielfach auch die Leistungsbereitschaft verbessern, doch ist dieser Gesichtspunkt nicht allein entscheidend. Man hat schon dagegen eingewandt: «Glückliche Mitarbeiter leisten mehr – manchmal sind sie aber auch bloß glücklich!» Wenn damit ausgedrückt werden soll, daß nicht jede betriebliche Aufwendung für Verbesserung der Arbeitsbedingungen sich immer durch eine unmittelbare Produktivitätssteigerung bezahlt macht, bleibt doch zu bedenken, daß das Nebenprodukt «menschliches Lebensglück der Mitarbeiter» in gewissem Umfang einen Eigenwert darstellt, der zu Recht in den Katalog der Unternehmensziele aufgenommen zu werden verdient. Eine Rationalisierung, die zwar die in Geld ausdrückbaren Produktionskosten senkt, den menschlichen Kostenaufwand aber erhöht, ist gesamtwirtschaftlich unrationell. Wenn von «Rationalisierung» die Rede ist, wird man daher nicht nur an Maßnahmen zur Senkung der betrieblichen Kosten denken dürfen, sondern allgemeiner an eine Anpassung des betrieblichen Arbeitsvollzugs an die Bedürfnisse des Menschen.

Verteilung der knappen Arbeit

Wenn durch Rationalisierungsmaßnahmen zunehmend Arbeitskräfte freigesetzt werden, stellt sich die Frage, ob damit die Arbeit selbst nicht ein «knappes Gut» wird, das man auf die vorhandenen Arbeitskräfte gerecht verteilen muß, um nicht neue Klassenprobleme entstehen zu lassen zwischen denen, die einen Arbeitsplatz besitzen, und den Arbeitssuchenden. Dazu noch einige Bemerkungen.

Durch Rationalisierung lassen sich die Güter und Dienstleistungen, die bisher für den gewohnten Lebensstandard genügen, mit weniger Arbeitsaufwand herstellen. Um Vollbeschäftigung zu sichern, stehen dann zwei Wege offen: Man kann entweder die *Arbeitszeit verkürzen* oder den *Lebensstandard erhöhen*. In beiden Fällen hat die Rationalisierung positive Auswirkungen.

Verkürzung der *Arbeitszeit* kann bedeuten: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit; späteren Eintritt ins Berufsleben, d. h. Verlängerung der Schulzeit;



früheres Ende der Erwerbstätigkeit, d. h. vorgezogenes Rentenalter oder frühere Pensionierung; ferner längere Urlaubszeit einschließlich Bildungsurlaub usw. Alle diese Möglichkeiten sind diskutabel, vorausgesetzt, man ist bereit, die vollen Kosten dieser Arbeitszeitverkürzung in Anschlag zu bringen. Darum sind Initiativen durchaus zu begrüßen, die darauf abzielen, dem einzelnen eine größere Wahlmöglichkeit zu geben, wie lange er arbeiten oder wieviel Freizeit er in Anspruch nehmen will, vorausgesetzt, er ist bereit, sich in seinen Ansprüchen entsprechend einzuschränken. Eine solche Umstellung würde zwar einige organisatorische Schwierigkeiten verursachen, die auch in Rechnung gestellt werden müßten, aber sie wäre als Zuwachs an Freiheit des Arbeitnehmers zu begrüßen. Unredlich erscheint nur eine Diskussion der Arbeitszeitverkürzung ohne negativen Lohnausgleich.

Ob durch solche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden kann, ist eine ganz andere Frage. Es ließe sich denken, daß durch den Nachfrageausfall die konjunkturelle Arbeitslosigkeit eher noch verschärft würde. Außerdem findet, wie schon oft geltend gemacht wurde, ein Bauarbeiter im Bayri-

schen Wald nicht deshalb leichter Arbeit, weil eine Sekretärin in Düsseldorf weniger arbeitet.

Hinter der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung steht aber oftmals der Gedanke, die Rationalisierung verursache Arbeitslosigkeit, weil gar nicht mehr genügend Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stünden, weil wir in einer «gesättigten Wirtschaft» lebten, weil sich der *Lebensstandard* gar nicht mehr sinnvoll erhöhen ließe. Diese Auffassung, die schon von dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt während der großen Depression vorgetragen wurde und immer wieder in Zeiten von Arbeitslosigkeit auftaucht, ist falsch. Die menschlichen Bedürfnisse sind grundsätzlich unbegrenzt; es gibt wenige Menschen, die so viel verdienen, daß sie nicht mehr wüßten, wie sie ihr Geld ausgeben könnten.

Der richtige Kern dieser Auffassung liegt vielmehr darin, daß unsere Haushalte mit jenen Gütern, die sich leicht industriell herstellen lassen, also Kühlschränken, Waschmaschinen, Radio- und Fernsehgeräten, Automobilen usw. im allgemeinen so hinreichend ausgestattet sind, daß ein Wirtschaftswachstum in dieser Richtung weder als wahrscheinlich noch als besonders wünschenswert anzusehen ist. Was diese materiellen Güter angeht, ist der Durchschnittshaushalt in den westlichen Ländern mit dem Notwendigen versorgt, und kein großer neuer Durchbruch ist in Sicht. Aber ein Wirtschaftswachstum muß nicht notwendigerweise in dieser Richtung gehen. Wenn Rationalisierung eine Einsparung von Arbeitskräften in diesen Sektoren der Wirtschaft mit sich bringt, könnte eine Umschichtung in andere Bereiche erfolgen, die mehr zu echter «Lebensqualität» beitragen, beispielsweise auf das Bildungs- und Sozialwesen. Daß der Dienstleistungsbereich in den westlichen Industrieländern immer mehr an Bedeutung gewinnt, darauf ist schon oft hingewiesen worden.

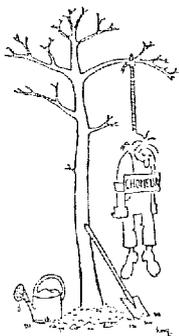
Hier macht sich aber eine andere Schwierigkeit geltend: Diese sozialen Dienste (im weitesten Sinne) werden vorwiegend von öffentlich-rechtlichen Trägern zur Verfügung gestellt und durch Zwangsabgaben finanziert. Es besteht also kein eigentlicher Markt, auf dem sich diese Bedürfnisse ausdrücken und auf dem sich Angebot und Nachfrage entsprechend einpendeln könnten. Es muß politisch entschieden werden, was zu mehr oder weniger Nulltarif allen an solchen Diensten zur Verfügung gestellt wird, mit all den Nachteilen einer solchen Regelung. Es sind auch noch keine Wege gefunden, wie sich das ändern ließe.

Zwei Fragenkreise wurden bewußt ausgeklammert, weil sie zu umfassend sind, als daß sie in diesem Rahmen auch nur einigermaßen zufriedenstellend behandelt werden könnten. Sie seien aber wenigstens genannt. Zum einen hätte als Gegenstück zur Arbeit auf die *Umwelt* mit ihren Rohstoffen eingegangen werden müssen. Ein schonenderer Umgang mit Umwelt und Rohstoffen bedeutet einen höheren Arbeitsaufwand bei gleichbleibender Bedürfnisbefriedigung. Eine Technologie und Industrie des Umweltschutzes und energie- und rohstoffsparender Produktionsformen muß erst noch entwickelt werden. Auch dafür sind mehr Arbeitskräfte erforderlich.

Zum anderen können die westlichen Länder nicht so tun, als lebten sie auf einer Insel und ginge sie der Rest der Welt nichts an. Sehr verkürzt ausgedrückt: Würden die westlichen Länder einen Teil ihrer Industrie dafür verwenden, den Ländern der *Dritten Welt* jene vielleicht relativ einfachen Investitionsgüter zu liefern, die jene für ihr Überleben brauchen, müßte man sich hier über Arbeitslosigkeit keine Sorgen machen. An Aufgaben für die Arbeitskräfte auch bei hohem Rationalisierungsgrad sinnvoll eingesetzt werden könnten, besteht kein Mangel. Schwierigkeiten bereitet vielmehr die gesellschaftlich-organisatorische Seite, nämlich eine derartige Abstimmung von Anreizen und Lenkungsmechanismen, daß bei größtmöglicher persönlicher Freiheit die vordringlichen Bedürfnisse der Menschen zuerst erfüllt werden. Eine Diskussion, die sich in den traditionellen Bahnen «Freiheit oder Sozialismus?» bewegt, dürfte dabei an den eigentlichen Problemen weit vorbeiführen. Für das Problem der Rationalisierung geht es vor allem darum, daß monetäre und humane Kosten nicht allzu weit auseinanderklaffen. Die durch Fortschritt der Technologie verursachte Arbeitslosigkeit rückt nur die vielfach vergessene gesellschaftliche und politische Aufgabe wieder ins allgemeine Bewußtsein, daß die Entwicklung der Wirtschaft so gesteuert werden muß, daß sie echt dem Menschen dient.

Walter Kerber, München

DER AUTOR, DDr. Walter Kerber SJ, ist Professor für Ethik und Sozialwissenschaften an der Hochschule für Philosophie, München.



ZUSÄTZLICHE BEMERKUNGEN ZUM THEMA 'SINN DER ARBEIT'

Walter Kerber sagt in obenstehendem Artikel Wesentliches und Wichtiges zur Bedeutung der Arbeit für den Menschen; da aber sein Text nicht in erster Linie auf dieses Thema zugeschnitten ist, bleiben seine diesbezüglichen Überlegungen naturgemäss fragmentarisch. Ich möchte deshalb, ohne das von Kerber Gesagte zu wiederholen, einige Zusätze machen.

1. Zu Anfang ist es wichtig zu wissen, wovon man redet. Was ist mit dem Wort 'Arbeit' gemeint? Seit Marx besteht die Tendenz, diesen Begriff möglichst weit zu fassen, so dass er fast gleichbedeutend wird mit 'Praxis', d.h. schöpferisches bzw. selbstschöpferisches Handeln des Menschen. Auch Kerber geht so vor. Mir scheint dies aber zu einer bedauerlichen Begriffsverwirrung zu führen, insbesondere wenn dann, wie bei Marx, eine Wesensbestimmung des Menschen durch die Arbeit erfolgt. Gewiss, Arbeit ist eine Form von Praxis; aber nicht nur ist sie nicht die einzige, der Mensch selbst kann nicht erschöpfend durch das Handeln definiert werden.

Ich möchte mich hier Manfred Riedel anschliessen, welcher beim Menschen, neben dem 'natürlichen' Handeln, wie z.B. Fortbewegen, Essen, Zeugen, welches der Mensch mit dem Tier

gemeinsam hat, das 'künstliche', exklusiv menschliche Handeln unterscheidet; dieses ist selbst wiederum eingeteilt in Sprechen (Gebrauch natürlicher Mittel), Spielen und schliesslich Arbeiten (Gebrauch künstlicher Mittel = Instrumente, Werkzeuge).

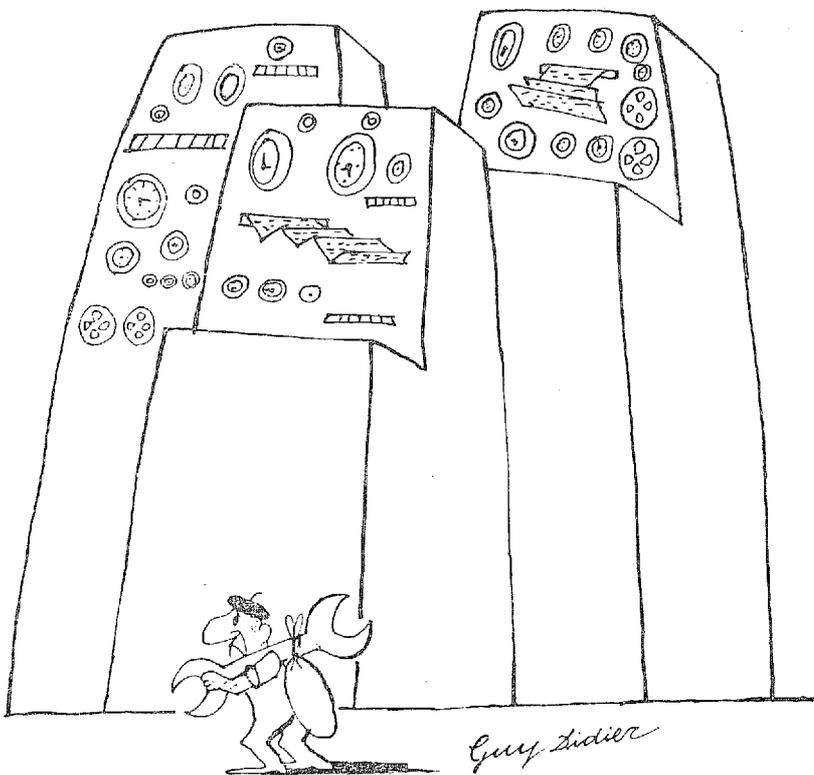
2. Von dieser Spezialform der menschlichen Praxis kann und muss nun, mit Kerber, gesagt werden, dass sie wesentlich ist zur Selbstverwirklichung des Menschen sowie zur Gestaltung der Welt. Insofern darf sie nicht, wie das zum Beispiel im christlichen Denken zu oft der Fall war in der Vergangenheit, unterschätzt werden, sie ist ein Wesensbestandteil des Menschen, und damit auch eines seiner fundamentalsten Rechte. Aber der Mensch ist nicht nur arbeitendes Wesen: Spiel, Kunst und Sprache sind nicht minder charakteristische, unabkömmliche Bestimmungen seiner Natur. Insbesondere muss man sich klar werden darüber, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur im Austausch von Energie bzw. Arbeitskraft, sondern auch von Informationen bestehen. Die Gesellschaft hält nicht nur zusammen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Produktion und ihrer politischen Strukturen, sondern sie ist auch verankert in einem System von Symbolen, Werten und Geisteshaltungen, kurz, in einer bestimmten Kultur; sie ist insofern zumindest ebensosehr Kommunikations- als Arbeitsgemeinschaft.

Aber der Mensch ist ebenfalls nicht nur handelndes Wesen: er zeichnet sich u.a. noch aus durch verschiedene "Widerfahrnisse" (M.Riedel), wie z.B. Geburt, Tod, Geschlecht, Leiden usw.; nicht zu vergessen sind überdies Gefühlswelt und Phantasie; und schliesslich ist

der Mensch Geist und (Selbst) Bewusstsein. Alles dies zusammen, nicht nur die Praxis, konstituiert den Menschen.

3. Welches ist nun der Sinn der Arbeit? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus zwei grundlegenden Prinzipien:

- Der Mensch ist nicht von Anfang an und sozusagen automatisch Mensch, er muss es erst werden, und auch das geschieht nicht von selbst. Das Tier ist immer schon, was es ist, der Mensch wird erst, d.h. macht sich selbst erst zu dem, was er ist.
- Der Mensch wird nur zum Menschen, wenn er u.a. die Welt verändert; diese ist ihm (er ist ihr) nämlich nicht angepasst: die menschliche Einwirkung



auf die Welt ist für den Menschen eine Überlebensfrage.

Der Sinn der Arbeit liegt nun darin, dass sie unabdingbares Mittel ist zu dieser Menschwerdung des Menschen und zur Weltgestaltung. Dadurch, dass er Gegenstände, Beziehungen, Strukturen usw. schafft, wandelt der Mensch die Welt und sich selbst um. Wenn nun auch, wie gesagt, die Arbeit nicht das einzige Wesensmerkmal des Menschen ist, so wird dennoch einsichtig, wie folgenreich eine eventuelle Entfremdung der Arbeit sein wird, für die Welt wie vor allem für den Menschen. Es genügt also nicht anzuerkennen, dass die Arbeit dem Menschen wesentlich ist, es genügt

ebenfalls nicht, dem Menschen Arbeit zu verschaffen; sondern es kommt darauf an, dass er eine geeignete, seiner Menschwerdung entsprechende Arbeit verrichten kann. Dass diese Bedingung in unserer heutigen Industriegesellschaft für die meisten Menschen bei weitem nicht erfüllt ist, liegt auf der Hand. Woraus sich ergibt, dass wir heute noch nicht in vollem Sinne Menschen sind.

4. W.Kerber beschränkt sich auf eine Philosophie der Arbeit. Welches wäre demgegenüber der theologische Sinn der Arbeit? Der Kern der christlichen Botschaft besteht in der Aussage: Gott ist Liebe; Gott liebt seine Schöpfung, die Welt und den Menschen. Jemanden lieben aber heisst, im wesentlichen wollen und helfen, dass er der werde, der er ist, heisst also, seine Vollendung wünschen und an ihr seine Freude haben. Wenn das auch von Gott gilt, dann wird verständlich, weshalb er die gesamte Schöpfung, die Welt und vor allem auch den Menschen, ungeschlossen liess: nur so kann nämlich der Mensch, und durch ihn auch die restliche Welt, durch sich selbst zu sich selbst kommen und sich vollenden. Und ein wichtiges Mittel dazu ist die Arbeit.

Dass die Arbeit in christlicher Sicht demnach nicht in erster Linie Prüfung und Strafe ist, wie das oft so dargestellt wurde, sondern die wesentliche Aufgabe der Menschwerdung des Menschen hat, wird in der Bibel bezeugt durch die Tatsache, dass das bekannte Wort "Im Schweisse des Angesichts" (Gen. 3,19) erst nach dem Sündenfall an den Menschen ergeht; Strafe ist demnach die Mühsal der Arbeit, nicht aber die Arbeit selbst, die denn auch im Paradies schon dem Menschen als wesentliche Betätigung aufgetragen wird ("Machet euch die Erde untertan". Gen.1,28).

5. Welchen Zweck können vorhergehende Überlegungen haben angesichts der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit? Sind sie nicht blosser Zeitvertreib fest installierter Intellektuellen? - Gewiss werden sie niemandem einen Arbeitsplatz verschaffen, nicht einmal ihrem Schreiber. Aber bisher war es immer so, und es wird auch wohl immer so bleiben: der Mensch braucht zum Handeln Ziele und Antriebe. Und in dieser Hinsicht können die besagten Gedanken von Wert sein, und sind sie sogar unabkömmlich, denn in jeder Entscheidung in Sachen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind Ziele und Werte mitenthalten, ob man sich dessen bewusst ist oder nicht. Wenn dem so ist, dann scheint es mir immer noch besser, diese Voraussetzungen ausdrücklich zu überdenken und zur Diskussion zu stellen. Hubert Hausemer

Réinventer le travail : une lumière a brillé à Prague

(...)

Là, je fais allusion à une recherche qui me paraît être de très loin la plus avancée - malheureusement elle n'a pas pu se poursuivre - c'est celle de Richta qui a été l'un des moteurs intellectuels du Printemps de Prague en 1968. Dans un livre tout à fait extraordinaire, à mon avis l'un des plus importants de notre génération : « la Civilisation au carrefour », Richta montre précisément que le socialisme est bloqué parce qu'il est resté au modèle industriel de la société et incapable de le dépasser, et que le capitalisme est bloqué lui aussi parce qu'il développe les moyens techni-

ques de dépasser cette situation, mais qu'économiquement il ne bouge pas.

Or, l'un des aspects majeurs de la société actuelle c'est que s'il est impossible, dans le monde de la production, de rendre le travail signifiant, valorisant et satisfaisant, on peut par contre rapidement réduire sa durée. Et Richta esquisse à partir de là la vue d'une société dans laquelle on ferait un service de travail, comme on faisait un service militaire, chacun étant tenu pendant un temps bref de sa vie de participer au travail nécessaire pour que les éléments mécaniques de la production soient utilisés, compte tenu de ce que ce temps qui ne vaut rien, serait sacrifié. Le temps restant, et qui constitue la part la plus importante, serait non plus loisir, parce que le loisir est une catastrophe, mais consacré, selon Richta, à une autre sorte de travail, un travail à niveau humain, sans valeur économique.

Pour être tout à fait simpliste, mais Richta ne l'est pas du tout, disons que quelqu'un ferait, par exemple, deux heures par jour de travail dans une usine entièrement automatisée, un travail absurde, insignifiant, mais indispensable pour que la société fonctionne ; et d'un autre côté, il serait un artisan ébéniste travaillant pour son plaisir à créer des meubles. Mais à condition qu'il s'agisse bien d'un travail. Richta insiste sur le fait qu'on ne peut absolument pas passer à une société de loisirs. Ce serait bien un travail, mais un travail valorisant, sur lequel pour autant l'homme en question ne compterait pas pour vivre. A ce moment, dit Richta, on aurait une production en grande série permettant de répondre aux besoins de toute la consommation de masse, et une production de qualité peu coûteuse puisque l'artisan ne compterait pas dessus pour assurer sa subsistance.

Voilà un exemple très simple,

compte tenu que le livre de Richta est très compliqué. Richta faisait partie de toute cette école qui a entouré Dubcek et qui est allée beaucoup plus loin que ce

qu'on appelle le socialisme à visage humain : elle a amorcé à mon avis la seule mutation intellectuelle du marxisme qui compte et une hypothèse en tout cas sur laquelle il faut

travailler. A la suite de Richta, aujourd'hui disparu et qui ne pourra donc plus continuer ses recherches.

Jacques ELLUL
in: panorama aujourd'hui, avril 1978

Zur Ethik der Arbeitsplatzbeschaffung

Als in der Bundesrepublik die Bewegung gegen den Bau von Kernkraftwerken konkrete Konturen gewann, mobilisierten plötzlich die Gewerkschaften: sie sprachen sich grundsätzlich positiv zur Kernenergie aus und betonten, dass die Errichtung nuklearer Anlagen „Arbeitsplätze in Aussicht stelle“. Als in Luxemburg der Plan der Regierung bekannt wurde, in einer Südgemeinde ein grösseres NATO-Lager anzusiedeln, wurden verurteilende Bemerkungen nur aus den Kreisen zweier linker Nachwuchsorganisationen vernommen. Die Gewerkschaften verhielten sich abwartend oder bezogen einen strikt „technischen“ Standpunkt: sofern das NATO-Unternehmen wirklich Arbeitsplätze bereitstelle, habe die Gewerkschaft dagegen nichts einzuwenden, hiess es im Verlauf der LAV-Landeskonferenz. Die zwingende Logik der Arbeitsplatzbeschaffung hat sich in der Mentalität von Gewerkschaftsfunktionären soweit eingenistet, dass qualitative Erhebungen zusehends verdrängt und minimiert werden. Man hakt sich nicht länger an fundamentalen Fragen fest: was sind das für Arbeitsplätze, die man uns da anbietet, welche politischen Implikationen wären zu berücksichtigen, welche weltanschaulichen Konzessionen werden uns abgefordert, welche gesellschaftlichen Konzepte helfen wir tragen, wenn wir bereitwillig jeden Arbeitsplatz übernehmen? Man kann allerdings verstehen, dass solche Fragen zu einem Zeitpunkt, da Millionen Arbeitslose die kapitalistischen Regionen bevölkern, als lästige Einwürfe empfunden werden. Man kann einsehen, dass die Vertretungen der Lohnabhängigen sich mehr und mehr auf das vermeintlich „Wesentliche“ beschränken und sich dazu verführen lassen, Arbeitsbeschaffung nur mehr unter rechnerischen Gesichtspunkten zu betrachten. Aber genau hier liegt die „moralische Schwelle“: hier stellt sich unweigerlich die Frage nach der Gesellschaftswahl, nach der zukünftig gültigen Gestaltung unserer eigenen Lebensgrundlagen. (...)

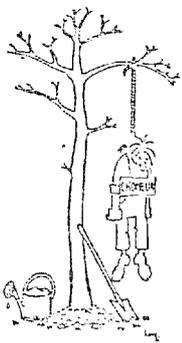
Wenn schon die Gewerkschaften einer mutwilligen Zerstörung von Arbeitsplätzen mittels Mechanisierung und Automatisierung zustimmen und sich nicht länger fragen: warum sollte es nicht ohne Maschinen weitergehen? warum müssen die Arbeitsabläufe zunehmend funktionalisiert werden? warum sollten Menschen zugunsten von technischen Apparaturen zurückstehen? sind sie schlecht gestellt, auf der anderen Seite die Schaffung neuer Arbeitsplätze „unter allen Umständen“ voranzutreiben. Es ist nämlich nach wie vor ein Unterschied, ob ein Arbeiter hinter Stacheldraht in einer Kernkraftanlage arbeitet, die ihn nicht nur zu einem (unfreiwilligen) Agenten des Kontrollstaats herabsetzt, nicht nur zum Komplizen einer gefährlichen, menschenverachtenden Energiepolitik, sondern zusätzlich seine Arbeit einspannt für Zwecke, die sich auf unser gesamtes gesellschaft-

liches Zusammenleben katastrophal auswirken können, oder ob ein Arbeiter eine Arbeit verrichtet, deren gesellschaftliche Nützlichkeit sich einigermaßen begründen lässt. Es ist, um es einmal polemisch auszudrücken, ein Unterschied, ob einer in einer Waffenfabrik arbeitet oder in einer Lebensmittelfabrik. Vor allem die Gewerkschaften können die Augen nicht einfach vor der Frage verschliessen, welcher Art denn die Arbeit ist, die in Aussicht gestellt wird, wem sie nützt und welchen Gewinn die Gesellschaft allgemein daraus ziehen kann. Wenn Gewerkschaftsführer die Arbeit in einem NATO-Lager gutheissen, bedeutet dies, dass sie alle gesellschaftspolitischen Zielsetzungen leichtfertig in die Schanze schießen, nur um einen zweifelhaften Punktsieg davonzutragen. Wenn schon die meiste Arbeit, die Lohnabhängige verrichten müssen, ohnehin nicht zu ihrer Emanzipation und ihrem privaten Glück beiträgt, wenn diese Arbeit in den allermeisten Fällen ohnehin nur den Kapitaleignern Zufriedenheit einbringt, wenn schon ein guter Teil dieser Arbeit schmutzige Handlangerdienste zugunsten reaktionärer Gesellschaftskonzepte von arbeitenden Menschen erzwingt, so ist doch das mindeste, das man von bewussten Gewerkschaftsführern verlangen kann, dass sie nicht endlos dem Druck nachgeben, der sie und ihre Apparate zu Vollstreckungsgehilfen gefährlicher kapitalistischer Planspiele macht.

Man kann eben nicht einfach den Kopf in den Sand stecken und verkünden: das einzige, was uns an der Kernkraftproblematik interessiert, ist, wieviel Arbeitsplätze beim Bau von Reaktoren herausspringen. Arbeitsplatz ist nicht gleich Arbeitsplatz, im Gegenteil. Die Analyse muss sich vielmehr an folgenden Prioritäten festmachen: welche Gesellschaft steht, quasi als Ergebnis, am Ausläufer solcher Arbeitsplatzbeschaffung? Welche Position nimmt der arbeitende Mensch im Produktionsprozess ein? Wird er entwürdigt bis auf die Knochen, zum Roboter diskriminiert, zum willen- und meinungslosen Exekutanten degradiert, oder kann er den Wirkungsbereich seiner Tätigkeit einigermaßen überblicken? Wer in einem NATO-Lager arbeitet, muss noch nicht ein strammer Militarist sein, und wer Arbeit in einem Kernkraftwerk findet, ist daher nicht gleich ein Verteidiger des Überwachungsstaats. So kann man die Problematik unter keinen Umständen vereinfachen. Aber es lohnt doch, nachzufragen, wer denn den grössten Nutzen zieht aus der — möglicherweise auch moralisch ablehnenden — Haltung arbeitender Menschen: Auftrieb gewinnen, wie immer, doch nur die Militaristen und die Verteidiger des Überwachungsstaats. Der Arbeiter darf nicht nur Spielball sein. Das würde sogar jeder Legitimation der Gewerkschaftsbewegung krass widersprechen.

guy rewenig

in: d'Alternativ Nr. 4 / 1978



Laborismus

Der Mehrwert der Arbeit

Eine aufregende Zielnorm der katholischen Soziallehre.

Von Franz Klüber

Das rechte Verständnis von Arbeit und Mitbestimmung als sozialer Grundrechte ist nur möglich, wenn man von der Tatsache ausgeht, daß die katholische Soziallehre *Laborismus* ist. Was damit gemeint ist, wird deutlich, wenn wir den Ausgangspunkt und das Fundament der kirchlichen Sozialverkündigung in den Blick nehmen. Papst Johannes XXIII. bezeichnet als ihren „obersten Grundsatz“ die Tatsache, daß „der Mensch der Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein muß“. Die Arbeit ist „zu innerst verknüpft mit der Entfaltung der Persönlichkeit“, sagt Pius XII. Denn der Mensch ist aufgerufen zur Mitwirkung an der Vollendung des Schöpfungswerkes, zum „Mitarbeiter“ und „Partner“ Gottes.

Dem *personalen* Charakter der Arbeit steht die nur *instrumentale* Funktion des Eigentums gegenüber. Dieses ist eine Komponente reiner Nutzhaftigkeit und Zweckmäßigkeit. Für den Aufbau der Wirtschaftsordnung ist die Arbeit maßgebend. Das Eigentum hat *Hilfsdienste* zu leisten und erhält nur von dem Maße seiner Eignung als Mittel im Dienste der *personalen* Entfaltung des Menschen seine Legimation. Es wird in seiner konkreten Gestalt wertlos, wenn es sich in dieser ordnungspolitischen Funktion als unbrauchbar erweist. Arbeit geht vor Eigentum, so lehrte Johannes XXIII.: „Die Arbeit ist unmittelbarer Ausfluß der menschlichen Person und hat deshalb den Vorrang vor dem Vermögen, dem seiner Natur nach nur der Wert eines Mittels zukommt.“ Diese überragende Stellung der Arbeit im Kosmos der Wirtschaft bringt auch die *Pastoralkonstitution* des II. Vatikanischen Konzils mehrfach zum Ausdruck. „Die menschliche Arbeit . . . überragt alle übrigen Elemente des wirtschaftlichen Lebens, die ja nur instrumentalen Charakter haben.“ Mit dieser Erklärung hat der schon durch Johannes XXIII. eingeleitete „Umbruch von der Pacelli-Linie zur Montini-Linie . . . seinen Abschluß erreicht, indem das Konzil statt des Eigentums nunmehr die *Arbeit* als den Eckpfeiler gesellschaftlicher Ordnung herausstellt“, so formuliert Oswald v. Nell-Breuning. Die Ordnung des Eigentums und der Wirtschaft muß also dem Anspruch des arbeitenden Menschen unterstellt werden. Nicht das Eigentum und nicht „die Wirtschaft“ bestimmen die Ordnung der Arbeit, sondern die arbeitenden Menschen sind die Norm der Wirtschaft und entscheiden über ihre Gestalt und ihre Abläufe. In der *Pastoralkonstitution* heißt es: „Die Ordnung der Dinge muß der Ordnung der

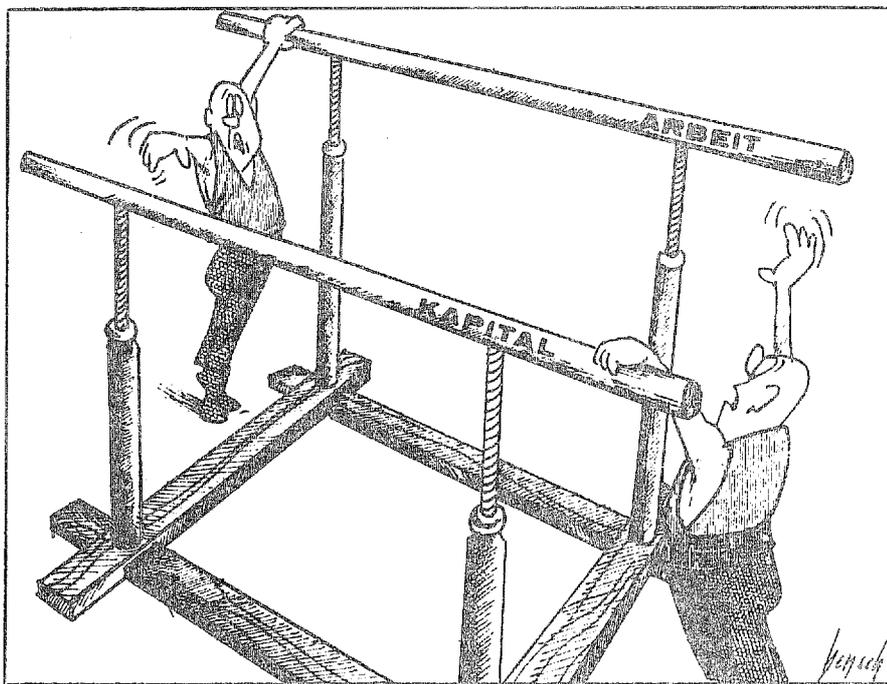
Personen dienstbar werden, und nicht umgekehrt, so wie der Herr es selbst andeutete, als er sagte, der Sabbat sei um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Sabbats willen.“

Aus dem Prinzip des Laborismus ergibt sich das *Recht auf Arbeit*, das vom kirchlichen Lehramt wiederholt ausgesprochen worden ist. Pius XII. bezeichnet dieses Recht auf Arbeit als ein „naturgegebenes persönliches Recht“. Johannes XXIII. erklärt, daß zu den wesentlichen Rechten der menschlichen Person in erster Linie das Recht auf Arbeit gehört, weshalb es im Wirtschaftsleben „einem jeden nicht nur möglich, sondern leicht gemacht werden muß, erwerbstätig zu sein“. Es ist ein fundamentales Menschenrecht und als solches schon in der „Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 genannt. Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky ist der Überzeugung, daß man die hohe Arbeitslosigkeit im Westen als Verletzung der Menschenrechte auslegen könne (*Publik-Forum*, 9/78). Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ist, sofern sie arbeitswilligen Menschen das Recht auf Arbeit nicht zu sichern vermag, verfassungsfeindlich strukturiert, da sie das Grundgesetz verletzt: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlich-

keit.“ Wer zur Arbeitslosigkeit verdammt ist, kann nicht seine Daseinsbestimmung verwirklichen und seine Persönlichkeit entfalten. Ein auf Aktivität angelegtes Wesen vervollkommt sich durch die Aktivierung seiner Kräfte. Verweigerung des Rechtes auf Arbeit bedeutet deshalb Verweigerung und Destruktion des Humanum und eines humanen Lebens. Ein Wirtschaftssystem, das eine solche Entwürdigung des Menschen

„Die bestehende Unternehmensordnung ist das wirtschaftliche Analogon zur politischen Diktatur und zum absolutistischen Polizeistaat, ein störender Block im Gefüge der rechtsstaatlichen Demokratie.“

zuläßt, ist ein Hohn auf Art. 1 des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen für unantastbar erklärt. Damit ist die Frage der von der katholischen Soziallehre seit *Quadragesimo anno*, zuletzt von Paul VI. in *Populorum progressio* mit stärkster Eindringlichkeit geforderten Systemveränderung aufgeworfen. Sie wird sich nicht mehr unterdrücken lassen, solange der Skandal der Arbeitslosigkeit nicht ausgeräumt ist. Aus dem *Laborismus* der katholischen Soziallehre folgt zwangsläufig auch der Anspruch des arbeitenden Menschen auf wirtschaftliche Mitbestimmung, auf die Demokratisierung der Wirtschaft, deren Verständnis sich aus der Analogie zur politischen Demokratie als Organisationsform des Staates ergibt: Das Volk entscheidet



Entweder — oder . . .

Handelsblatt

über die Zusammensetzung der staatlichen Führungsorgane, des Parlaments und der Regierung. Das „Volk“ ist im Falle der Unternehmensverfassung die Gesamtheit der an der Verwirklichung des Unternehmenszweckes beteiligten Personen, die aufgrund dieser ihrer Funktion das Recht haben, die Unternehmensleitung zu bestimmen (Das ist freilich in der gegenwärtigen Situation sinnvoll noch nicht möglich ohne die Mitwirkung betriebsunabhängiger Gewerkschaftsvertreter).

In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Form der Mitbestimmung fordern die Gewerkschaften und die führenden Vertreter der katholischen Sozialbewegung die *paritätische* Mitbestimmung. Hier muß aber mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das für die Ordnung der Wirtschaft und der Unternehmungen maßgebliche Prinzip der *Laborismus* ist: die *Überordnung* der Arbeit über das Kapital. Deshalb ist die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung keine Maximal-, sondern eine Minimalforderung. Aus der Höherwertigkeit und der Überordnung der Arbeit über die reine Zweckhaftigkeit des Kapitals ergibt sich für die Gestaltung der Betriebsstruktur das Übergewicht der Ordnungsfunktion der Arbeit über die des Kapitals. Soweit Interessen der Arbeit mit denen des Kapitals kollidieren, muß das Kapitalinteresse zurücktreten. Unter den gegenwärtigen Umständen und im Blick auf das politisch Mögliche wird man zwar die paritätische Mitbestimmung als eine der katholischen Soziallehre angemessene Regelung betrachten müssen. Das darf aber nicht zu dem Mißverständnis führen, die Parität sei eine in der natürlichen Ordnung begründete Leitregel der Bestimmung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital. Nicht die Parität, sondern die *Überordnung* der Arbeit über das Kapital ist ein Gesetz der ethischen Ordnung. Man wird also in den



gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen an der Parität als Minimalziel festhalten müssen; dem von der kirchlichen Sozialverkündigung eröffneten *Hochziel* der Gesellschaftspolitik entspricht sie nicht. Die Verwirklichung dieses Hochziels würde die Umkehrung der bestehenden Unternehmensordnung bedeuten und müßte dazu führen, daß der Arbeiterschaft bei der Bestellung der Unternehmensleitung das Übergewicht zugesprochen wird. Das II. Vatikanische Konzil hat hinsichtlich der Bestimmung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital „einen Durchbruch vollzogen, der die schlimmsten Befürchtungen der Mitbestimmungsgegner, wenn möglich, noch übertroffen hat“; von ihm sind aber auch „die höchsten Erwartungen der Freunde und Förderer der Mitbestimmung noch übertroffen“ worden (O. v. Nell-Breuning). Jene Denkweise, die das Land und seine Bewohner als Eigentum des Regenten auffaßte, ist für unsere Zeit unvorstellbar geworden. Der wirtschaftliche Bereich aber wird immer noch von patrimonialen Prin-

zipien beherrscht: Das Unternehmensrecht ist grundsätzlich abgestellt auf den Kapitaleigentümer und versteht das Unternehmen einschließlich der darin tätigen Menschen als Herrschaftsobjekt dieses Eigentümers. Die Leitungsgewalt des Unternehmens läßt sich aber nicht von dessen Sachausrüstung, sondern nur von den dem Unternehmensverband angehörenden Personen ableiten. Die Ablösung patrimonialer Vorstellungen durch die Prinzipien der Volkssouveränität und der Rechtsstaatlichkeit führte im *politischen* Bereich zur Demokratie. Das bedeutet für den *wirtschaftlichen* Raum die Ablösung des absolutistischen Herr-im-Hause-Standpunktes durch die Unternehmensverfassung der Wirtschaftsdemokratie. Deren Kerngedanken hat ein Manifest der flämischen katholischen Arbeiterbewegung eindrucksvoll formuliert: „Wir fordern eine Unternehmensverfassung, in der die Autorität von uns selbst kommt.“ Es geht also nicht um die Schwächung der Autorität im Betrieb, sondern um ihre Begründung. Die bisher in den Unternehmen ausgeübte Leitungsgewalt ist keine Autorität, sondern Usurpation von Macht, eine vom Stärkeren über den Schwächeren ausgeübte Gewalt, der das ethische Fundament und die rechtliche Legitimation fehlen. Die bestehende Unternehmensordnung ist das wirtschaftliche Analogon zur politischen Diktatur und zum absolutistischen Polizeistaat, ein störender Block im Gefüge der rechtsstaatlichen Demokratie. Das Ziel ist es, durch eine neue Unternehmensverfassung auch innerhalb des wirtschaftlichen Bereiches die Grundrechte der Art. 1 und 2 des Grundgesetzes zur Geltung zu bringen.

Der Autor dieses Beitrages, Dr. Franz Klüber, ist Professor für christliche Sozialwissenschaften an der Universität Regensburg.

in: Publik-Forum Nr. 12, 16. 6. 1978

COMMISSION FRANÇAISE JUSTICE ET PAIX

LE PRIX DU PARTAGE

Les chrétiens, la crise et le développement des peuples

S'IL Y A MARASME, D'OU VIENT-IL ?

Un million de demandeurs d'emploi en France. Davantage même, selon les centrales syndicales ouvrières.

Inquiétude des jeunes face à leur avenir.

Désespoir de ceux qui, la cinquantaine atteinte, voient leur usine fermer ses portes.

Retraite anticipée, non souhaitée, non préparée.

Autant, parmi d'autres, de questions douloureuses. Cette situation de chômage ne doit pas, pour autant, conduire à la recherche de responsables qui n'y seraient pour rien. Cette recherche ne conduirait qu'à des conséquences dommageables.

Les travailleurs immigrés ne sont pas responsables du chômage.

On lit et on entend dire que, si les travailleurs immigrés rentraient dans leur pays, le problème de l'emploi en France serait résolu. *C'est inexact.*

Un rapport établi pour le ministre de l'Economie et des Finances, le ministre du Travail et le secrétaire d'Etat chargé des travailleurs immigrés (1), montre qu'une diminution en cinq ans de 150 000 immigrés actifs dans notre pays, soit près de 10 % de leur effectif total, n'apporterait que 58 000 emplois supplémentaires aux nationaux. Ce nombre serait même

(1) « Immigration et développement économique et social », rapport général présenté par Anicet LE PORS et publié par la « Documentation française », mai 1976.

ramené à 13 000 si, les immigrés étant partis, les employeurs accélèrent le processus de remplacement d'hommes par des machines.

On peut affirmer qu'un départ massif de la main-d'œuvre immigrée désorganiserait complètement des secteurs entiers de l'économie française.

On mesure, par là, combien est tendancieuse l'affirmation qu'il suffirait de se passer des travailleurs étrangers pour résoudre le problème du chômage. Elle est aussi dangereuse car elle peut faire éclater, dans notre pays, d'inadmissibles comportements racistes.

Ce qui est exact, en revanche, c'est qu'une part du haut niveau de vie dont nous bénéficions est le fruit du travail des immigrés, nos frères en humanité, qui vivent dans des conditions précaires : travail pénible et dangereux, logement insalubre, conditions de vie précaires, insécurité, dispersion des familles.

Les pays du tiers monde ne sont guère responsables de la crise de l'industrie textile

Des usines textiles ferment, d'autres réduisent le nombre d'heures de travail (2).

On lit et on entend dire que cette situation est créée par les pays en voie de développement qui envahissent le marché français de tissus bon marché et de vêtements à bas prix.

Mais savez-vous que la France importe plus de vêtements de la Communauté économique européenne que de tous les pays en voie de développement ?

C'est vrai, Hong Kong, Taiwan et la Corée du Sud sont de grands exportateurs de chemises et de pantalons.

Mais savez-vous qu'à ces pays nous vendons plus que nous n'achetons ?

C'est vrai, il faut s'attendre à ce que se multiplient les produits manufacturés de toute sorte en provenance des pays du tiers monde s'étant dotés d'une industrie.

Mais savez-vous que la plus grosse part des exportations de produits finis par les pays en voie de développement sont le fait de firmes multinationales implantées dans ces pays pour y exploiter les avantages de coût de la main-d'œuvre ?

Savez-vous que, malgré le poids de ces firmes américaines, européennes et japonaises, les pays du tiers monde ne réalisent que 7 % de la production industrielle mondiale, alors qu'ils portent 70 % de la population totale ?

Savez-vous aussi que, parmi nos achats de produits manufacturés à l'étranger, 5 % seulement viennent d'Afrique, d'Asie et d'Amérique latine, et 95 % des pays riches ?

Edifier un monde nouveau plutôt que d'accuser les autres

Comme on le voit, il s'en faut de beaucoup que les pays en voie de développement soient la principale cause des difficultés de l'industrie textile française.

Pourtant, l'apparition de produits finis en provenance de ces pays sur les marchés occidentaux est un fait irréversible, normal. Il est nécessaire pour que progresse la justice dans le monde.

En fait, c'est l'ensemble des relations politiques, économiques et culturelles entre les pays riches et les pays en voie de développement qu'il faut reconsidérer. Au moment même où bon nombre de nos compatriotes se croient menacés dans leur emploi par les pays pauvres,

(2) Il n'y a pas que le textile... Nous ne retenons que cet exemple car il est significatif.



ceux-ci nous invitent à construire avec eux un monde plus juste.

Depuis 1973, inlassablement, ils demandent que soit instauré un nouvel ordre économique

international. C'est une remise en cause fondamentale des rapports existant entre riches et pauvres qui est ainsi faite.

A des rapports de domination doivent désormais se substituer des rapports de coopération véritable en vue d'un développement solidaire.

C'est le plus grand défi posé aux hommes d'aujourd'hui.

C'est sa solution que l'histoire retiendra. Le passage de rapports de domination aux rapports de coopération entre les peuples comme entre les hommes, pour un développement solidaire, s'inscrit dans la ligne du renouvellement de Pâques. Y travailler n'est donc pas facultatif pour les chrétiens.

D'UN DÉSORDRE INACCEPTABLE...

La marche du monde contemporain est marquée par le désordre. Désordre politique, économique et culturel.

Désordre politique

Désordre politique, quand des continents entiers sont la proie de conflits sanglants entre grandes puissances du monde développé, par pays pauvres interposés.

Désordre politique quand de nombreux régimes ne survivent qu'en violant ouvertement les droits les plus évidents des individus.

Désordre politique en Afrique australe où des minorités blanches confisquent à leur seul profit l'essentiel des richesses créées, arrêtent, condamnent, exilent et tuent parfois les militants noirs et blancs, même pacifistes, des mouvements de libération.

Désordre, voire scandale politique quand les pays développés consacrent plus de 200 milliards de dollars aux dépenses d'armement alors que l'aide publique au développement, la même année (en 1974), n'est que de 12 milliards de dollars (3).

Désordre économique aussi

Désordre économique quand l'instabilité des cours des matières premières rend impossible la planification de l'investissement dans les pays producteurs, faute de pouvoir escompter sûrement leurs recettes.

Désordre économique quand il faut vendre de plus en plus de produits pour acheter la même quantité d'objets. C'est ce que les économistes appellent la dégradation des termes de l'échange. Savez-vous par exemple que cette dégradation a été telle pour les producteurs de café qu'il a fallu attendre 1975 pour que le prix à la production atteigne son niveau de 1954 ?

Désordre économique quand les monnaies changent de cours au gré des politiques des nations riches et de la spéculation internationale. L'effondrement des cours du dollar a pour effet la diminution des ressources des pays pauvres exportateurs de matières premières.

Désordre économique quand 10 % au moins de la population mondiale (400 millions de personnes) souffrent de carences alimentaires graves et à peu près 50 % (soit 2 milliards) souffrent de malnutrition et de la famine.

Désordre économique scandaleux quand le blé est devenu une arme, « l'arme alimentaire »,

(3) Dans un rapport datant de février 1977, « Eléments constitutifs d'un nouvel ordre économique international », François PERRON cite les chiffres suivants pour les dépenses d'armements : le monde dépense 35 milliards de dollars par heure, ou 840 millions par jour, soit 300 milliards de dollars par an.

moyen de pression odieux pour réduire au silence les affamés et les mal nourris.

Désordre culturel enfin

Désordre culturel quand des peuples entiers sont contraints de renoncer à leur identité pour adopter les modèles tout faits imposés par les pays « développés ».

Désordre culturel quand des peuples voient leur culture traditionnelle réduite à l'état de folklore et disparaître.

Désordre culturel quand les modèles ont exclu tout « art de vivre », au seul profit de l'usage des biens matériels ou d'un nihilisme amer et désespéré, voie ouverte au terrorisme violent.

Ce désordre multiforme est engendré par la volonté de domination, ce que nous appelons le péché. On ne peut regarder l'autre en face si on a pour projet de le dominer. Pas davantage, on ne peut regarder Dieu en face si on se sert de lui, de quelque manière, pour justifier ou pour cautionner un projet de domination.

Dans sa prédication, Jésus, Fils de Dieu, ne cesse de dire pourtant l'humilité de Dieu.

... A UN NOUVEL ORDRE INTERNATIONAL

Remettre les hommes face à face comme des partenaires à part égale et non les uns contre les autres, c'est le projet d'un nouvel Ordre économique international.

Travailler à un nouvel ordre économique, c'est inscrire dans nos plans de développement et dans nos projets individuels ou familiaux les conséquences de la perte progressive de privilèges exorbitants : matières premières bon marché, échanges commerciaux inégaux, avantages monétaires, main-d'œuvre étrangère sous-payée, quasi monopole de la production des biens manufacturés. *Nous avons, pour une grande part, construit notre expansion sur ces privilèges.* Désormais, nous sommes amenés à explorer d'autres voies, en vue d'un nouvel ordre économique international, si du moins nous accordons du prix à la paix mondiale, c'est-à-dire, à la régression du désordre!... Qu'un nouvel ordre conduise, à long terme, à une nouvelle expansion, c'est possible.

Mais il serait insupportable que des travailleurs, des petits agriculteurs, des régions entières fassent seuls les frais de cette mutation. Des efforts budgétaires sont à fournir pour adapter notre économie aux conditions nouvelles. Ils sont à répartir entre tous, au prorata de leurs capacités contributives.

Les couches aisées de la population auront à participer de manière importante à l'effort collectif.

En aucun cas une plus grande justice entre les peuples ne doit signifier un élargissement des inégalités au sein même de notre pays, car la justice est une.

Dès aujourd'hui, tout doit être mis en œuvre pour que le développement nécessaire des peuples du tiers monde ne se traduise pas par du chômage et des baisses de pouvoir d'achat, l'éviction ou la faillite, dans la classe ouvrière, la paysannerie, les cadres et les entrepreneurs. *Un progrès dans la justice internationale et un progrès dans la justice nationale ne se conçoivent pas l'un sans l'autre.*

DIEU NOUS INVITE A LA PAQUE

Les mots qui viennent d'être employés, les situations qui viennent d'être décrites ne font pas partie du vocabulaire religieux habituel.

On ne les trouve pas dans l'Évangile. Car Jésus ne pouvait évoquer pour ses contemporains une situation historique — « accident de l'histoire » — qui devait se produire dix-neuf siècles plus tard : la croissance démesurée de la puissance économique.

Pourtant, on l'a relevé plusieurs fois, aujourd'hui comme hier, sévit le mal que Jésus n'a cessé de combattre : la domination de l'autre (4).

La tentation au désert est éloquente : qui de nous, s'il était le Fils de Dieu, ne voudrait dominer les royaumes de la terre ? Jésus s'y refuse, de même qu'au déploiement de la force pour se soustraire à ses juges.

La résurrection de Jésus, que nous célébrons, inaugure le Règne de justice et d'amour annoncé par lui. Elle est le signe et le point de départ d'un dynamisme nouveau dans le monde. Le Christ appelle et entraîne l'humanité à passer d'un agencement du monde autour de la *volonté de domination* à un nouvel agencement autour de la *volonté de communion*.

À travers la vie économique, notamment en raison de son importance considérable, nous sommes conviés à édifier une communion plus véritable. Tâche difficile, tant sont pressantes les forces de domination. Mais ce serait une forme de péché — par omission — que de laisser sans suite les appels de l'Esprit au travers des occasions qu'offre l'Histoire.

Déceler et anéantir les traces et les causes de domination, c'est le projet que l'Esprit-Saint nous propose pour actualiser, dans le temps et l'espace, notre participation à la Pâque du Christ.

Ce projet est un pari. Les sacrifices à

(4) Le mot « domination » peut désigner la maîtrise ou l'autorité. Cf. Gen. 1,28 : « Dieu les bénit et il leur dit : [...] remplissez la terre et soumettez-la, et dominez sur les poissons de la mer... », etc.

Ici et dans l'ensemble du présent document, le mot domination évoque plutôt le joug, l'oppression, la sujétion, voire la tyrannie.

(5) DC, 1977, n° 1730, p. 988 (NDLR).

consentir seront importants car le prix du partage est élevé. La croix fait partie de l'existence chrétienne.

Mais, par ailleurs, on pressent que les convulsions accompagnant la poursuite de rêves hégémoniques dans une terre limitée pourraient bien être mortelles.

Dès lors, la voie pascale, mort et résurrection, n'est-elle pas la seule qui s'impose à la foi et dont la raison, à son niveau, entrevoit la vérité ?

La fraternité et la coopération, se substituant à la volonté de puissance, deviennent, pour beaucoup d'hommes de notre temps, l'objectif prioritaire. Quoi qu'il en coûte, il fait partie de l'horizon de notre monde.

15 mars 1978.

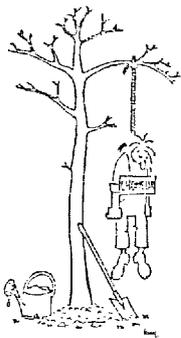
« Nous serons amenés à tenir de plus en plus un langage de vérité vis-à-vis d'une société fermée sur elle-même, qui ne pense qu'à s'enrichir. Les appels de l'Évangile n'ont-ils pas, de tout temps, invité au partage ? Nous ne sommes plus à une époque où le partage portait sur le seul superflu ; nous sommes dans un univers aux ressources limitées, et il nous faut mettre en commun tant les emplois que les matières premières. Mais même ce partage ne saurait suffire : il faut aller jusqu'à une nouvelle répartition des responsabilités, des idées et des projets. Un tel partage viendra bouleverser nos modes de vie et appellera des renoncements profonds. »

Mgr ROGER ETCHEGARAY,

président

de la Conférence épiscopale française,
Assemblée plénière de l'Épiscopat,
 Lourdes, novembre 1977 (5).

in: Documentation Catholique N° 1738



NICHT KLECKERN,

SONDERN KLOTZEN

Neues Rezept gegen Arbeitslosigkeit?

von Rudolf Herlt

Auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft ist kein Verlaß mehr. Auch wenn wir viel Geduld aufbrächten, würde sich die Vollbeschäftigung nicht mehr von selbst einstellen. (...)

So setzt sich langsam die Erkenntnis durch, daß der harte Kern unserer Arbeitslosigkeit ein Schaden ist, der zum großen Teil auf die Bevölkerungsentwicklung und auf die Zahl der Erwerbspersonen zurückgeführt werden muß. Die Bevölkerung nimmt der Zahl nach ab und verändert sich außerdem in ihrer Zusammensetzung. Da der Geburtenrückgang die Zahl der Erwerbspersonen zunächst nicht beeinflußt, wächst die Zahl der Erwerbspersonen bis zum Ende der achtziger Jahre noch. Erst danach wird sie zurückgehen.

Diese vorhersehbare Entwicklung veranlaßte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, den Arbeitsmarkt unter mittelfristigem Aspekt zu untersuchen. Die Ausgangslage: Die

Schere zwischen der Zahl der Personen, die einen Arbeitsplatz suchen, und der Nachfrage nach Arbeitskräften wird sich weiter öffnen. Wenn keine weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Belegung der Nachfrage ergriffen werden, „ist zu befürchten, daß wir 1985 2,6 Millionen Arbeitssuchende ohne einen Arbeitsplatz und damit kaum weniger als zwei Millionen Arbeitslose haben werden“.

Wenn diese Analyse stimmt, ist sie für die Regierung ein Alarmsignal. Sie sollte deshalb dringend über eine Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung nachdenken. Das Berliner Institut entwickelte ein Modell, mit dem es bis 1985 gelingen könnte, jedem Arbeitswilligen wieder einen Arbeitsplatz anzubieten. „Ohne die Erschließung neuer Nachfragebereiche“, folgern die Berliner Ökonomen, „kommen Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung nicht aus.“

Neue Programme müßten deshalb das fort-

setzen, was im Regierungsprogramm für Zukunftsinvestitionen begonnen wurde, für das 16 Milliarden Mark für vier Jahre zur Verfügung stehen. Diese Summe ist nach Ansicht der Wissenschaftler jedoch zu klein. Die Ziele müßten weiter gesteckt und Aufgaben in Angriff genommen werden, deren Umfang vergleichbar ist mit den Programmen zur Wiederherstellung einer angemessenen Wohnungsverorgung in den fünfziger und sechziger Jahren.

Zwei große Aufgaben bieten sich nach Meinung der Berliner Wissenschaftler an:

- Die Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität und

- der Ausbau der Lebensqualität unserer Städte.

Gleichrangige Aufgaben wären Maßnahmen, mit denen neue Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und die Nutzung alternativer Energie- und Rohstoffquellen durchgesetzt werden könnten. Schließlich halten die Wissenschaftler auch solche Maß-

nahmen für gleichwertig, die zur Integration und besseren Versorgung von benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft führen.

Das Programm will nicht kleckern, sondern klotzen. Als Initialzündung will es im Investitionsbereich und — mit geringerem Gewicht — beim öffentlichen Verbrauch ansetzen. Der private Verbrauch ist aus dem Programmpaket ausgeklammert. Aus dem Investitionsbereich haben die Berliner jene Aufgaben ausgewählt, deren Lösung bisher nicht oder nicht ausreichend versucht wurde.

Ob Umweltschutz und Stadtsanierung in privater oder in öffentlicher Regie in Angriff genommen werden, sei im Prinzip gleichgültig. Die Berliner haben unterstellt, daß die öffentlichen Haushalte entweder selbst als Investoren auftreten oder aber die Finanzierung übernehmen. Sie sagen jedoch klar, daß auch andere Wege denkbar sind.

Die Wissenschaftler haben errechnet, daß die Programme so dimensioniert werden müssen, daß im Jahr 1985 eine Nachfragerücke von 92 Milliarden Mark geschlossen wird. Damit können Arbeitsplätze für 1,9 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte geschaffen werden. Von diesen 92 Milliarden brauchten 1985 allerdings nur 30 Milliarden Mark in Form staatlicher Programmausgaben angesetzt zu werden. Weitere 25 Milliarden würden die privaten Verbraucher mehr ausgeben und weitere 35 Milliarden die Unternehmer für ihre Werke. Diese Sekundärwirkungen öffentlicher Investitionsprogramme für den privaten Verbrauch und für private Investitionen sind Erfahrungswerte.

Das wäre die Dimension des Programms für 1985. Um die gesamte Nachfragerücke von 1979 bis 1985 zu schließen, wäre ein staatliches Programmpaket in der Größenordnung von 130 Milliarden Mark — in Preisen von 1970 gerechnet — erforderlich. Davon können Sekundärwirkungen von 95 Milliarden Mark bei den privaten Verbrauchsausgaben und 146 Milliarden Mark für zusätzliche Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich erwartet werden.

Lassen sich 130 Milliarden Mark für einen Siebenjahreszeitraum inflationsfrei beschaffen? Das ist wohl die Kernfrage. Über die Finanzierung des Programmpakets sagen die Berliner nicht viel. Aber einige Überlegungen zeigen, daß die Aufgabe nicht unlösbar ist. Gar keine Finanzierungsprobleme würden entstehen, wenn die Notenbank den Geldhahn aufdreht. Doch wer die öffentlichen Haushalte mit neugeschaffenem Geld finanzieren wollte, würde einen gewaltigen neuen Inflationsstoß auslösen. Diese Möglichkeit muß deshalb ausscheiden.

Wie alle Märkte haben auch die Finanzmärkte zwei Seiten, die Nachfrage- und die Angebotsseite. Auf der Nachfrageseite stehen die Bereiche der Wirtschaft, die mehr ausgeben als sie einnehmen, und die das so entstehende Finanzierungsdefizit durch Kredite ausgleichen müssen. Das sind die privaten Unternehmer, die Mittel für ihre Investitionen brauchen, und der Staat, der seine Defizite decken muß.

Auf der Angebotsseite stehen die privaten Haushalte, die mehr einnehmen als sie ausgeben und den Überschuß sparen. Der größere Teil ihrer Ersparnisse wird über Banken und Sparkassen in die defizitären Bereiche Unternehmen und Staat geschleust.

Wenn also durch das Programmpaket der Konjunkturmotor wieder anspringt, werden die Menschen mehr ausgeben. Die Ersparnisse werden kleiner, das Angebot an Krediten geht zurück. Aber gleichzeitig wird auch die Nachfrage nach Krediten kleiner. Denn wenn weniger gespart wird, wird mehr verbraucht. Damit verbessern sich die Gewinne der Unternehmen, was die Selbstfinanzierung erleichtert und die Kreditnachfrage drosselt. Bei steigenden Einkommen und wachsendem Konsum kann der Staat mit höheren Steuern rechnen, so daß auch sein Kreditbedarf abnimmt. Der Kapitalmarkt setzt also keine unüberwindlichen Hindernisse.

Die Berliner kommen zum Ergebnis, daß im Jahr 1985 unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung 45 Milliarden Mark eingespart

werden, weil weniger Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialunterstützung bezahlt werden müssen. Darüber hinaus nähme der Staat an Steuern und Sozialbeiträgen etwa 55 Milliarden Mark mehr ein. Den Entlastungen und zusätzlichen Einnahmen des Staates (100 Milliarden) stünden bei voller Finanzierung durch den Staat Ausgaben für das Programmpaket von 65 Milliarden Mark gegenüber. Die Strategie zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führt also nicht zu einer Belastung, sondern im Gegenteil zu einer Entlastung des Staatshaushalts.

Die Berliner erheben nicht den Anspruch, das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Aber ihr Vorschlag verdient es, daß ihn die Parteien, die Fraktionen in den Landesparlamenten und im Bundestag, die Städte und Gemeinden, die Länderregierungen und die Bundesregierung zur Kenntnis nehmen, seinen Realitätsgehalt prüfen und zügig mit dem Ziel diskutieren, die Chancen seiner Realisierung zu ermitteln.

in: Die Zeit Nr. 20, 12.5.1978



Beicht um Feierowend

Mir zêcken nêt ze son
Datt mir um Feierowend
Keemol
Matt Schlappen un de Féiss
D'gemittlech Hêtzt vum Heem
Duerch d'Glidder lafelooss
Datt mir de ale Brauch
Eng gudd Fläsch opzestiechen
Den Ierger vum batteren Dag
Mam Owesbrout ze verdillechen
An d'Been an d'Stuff ze strecken
Nêt mattgemaach hun.

Mir zêcken nêt ze son
Datt mir um Feierowend
Schwaarzaarbecht geleesch
Eis d'Käpp zerbrach
Zêi bis an d'Nuecht geschafft hun
Fir erauszefannen
Wat ee misst ênerhuelen
Fir datt all Feierowend
E Fest vun deene gêt
Dêi nêt mêi u Friemer
Hir Schaffkraaft verkafen
Mee ômmen nees op den Neis
Matt hirer Aarbecht
Hir eege Welt
E klengt Stêck weiderbrêngen

Guy Rewenig
Schaarfe Wand laanscht den Owend
edition kontext, 1978

Verbrecherische Geiselnahme

Die Arbeitgeber
Nennen ihre Geiseln
Arbeitslose

Sozialpartnerschaft

Mit dem Mund
Der Gewerkschaften
Verteidigt die Regierung
Das Unternehmertum

Krisenjargon

Wir treten
Auf der Stelle
Sagt der Unternehmer
Sie treten
Auf meiner Stelle
Verbessert
Der Arbeitslose

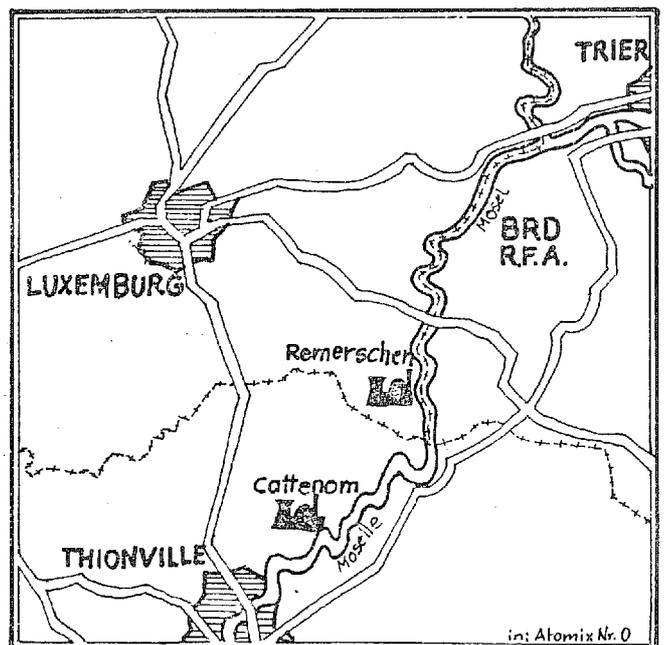
Atomfront : nächster Akt

Die Debatte um die Atomenergie treibt einem neuen Höhepunkt entgegen. Das Projekt Remerschen wurde zwar vor kurzem auf Eis gelegt - und die "forum"-Redaktion darf sich mit allen Bürgerinitiativen über diesen Erfolg freuen. Aber noch hat die DP nicht offiziell vom Reaktorvorhaben Abstand genommen. Noch besteht auch weiterhin die SENU und treibt ihre "Forschungen" und frisst Steuergelder. Vor allem aber wird es 5 km jenseits der französischen Grenze brenzlig. Trotz des Widerstandes der Mehrzahl der betroffenen Gemeinden steht zu befürchten, dass der "Conseil d'Etat" in Paris im Herbst definitiv grünes Licht gibt für den Reaktorbau in Cattenom. Das wird ihm umso leichter fallen, als der luxemburgische Staatsminister jüngst vertraglich Paris zugesichert hat, sein Land (!?) habe keine Bedenken gegen einen solchen Bau. (Kam diese Vorleistung als Entgelt für eine französische Zusage, Luxemburg dürfe getrost den europäischen "Raben" bauen?) Und die EDF ist an Ort und Stelle längst mit kaum wiedergutzumachenden Erdarbeiten beschäftigt.

Trotzdem scheint die luxemburgische Presse noch zu schlafen. Die Protestmanifestation von rund 2 500 - 3 000 Atomgegnern am 4. Juni 1978 in Cattenom wird eher als folkloristische Kundgebung dargestellt. "forum"-Redakteure, die in Cattenom anwesend waren, bedauern zwar auch, dass die älteren Generationen nur spärlich am Protest teilnahmen; dem Meeting das jedoch zum Vorwurf zu machen, wie man das zwischen den Zeilen des einen oder andern Journalisten lesen musste, scheint uns nur ein demagogischer Trick im Dienste der Atomlobby zu sein. Wenn vorwiegend Jugendliche gegen die Atomenergie protestieren, so doch wohl nur weil ältere Generationen anscheinend glauben, den nuklearen Gefahren sowieso nicht mehr ausgesetzt zu sein!

Auch das Protestmeeting, das der C.N.A.M. am 16.6.1978 im Hollericher "Centre Culturel" abhielt, wurde in der Presse nur sehr knapp angekündigt und in verschiedenen Zeitungen trotz seiner Wichtigkeit für die Relance der Anti-KKW-Bewegung fast noch knapper nachbehandelt. Es stimmt zwar leider, dass nur 200 Leute erschienen waren, aber nicht weniger als 20 Gruppierungen gaben eine mündliche Stellungnahme ab: vom C.N.A.M. über

die verschiedenen Bürgerinitiativen aus dem Grossraum Lothringen - Saar - Rheinland-Pfalz - Luxemburg bis zu drei luxemburgischen Parteien (CSV, LSAP, SdP - die KPL liess sich entschuldigen). Besonders freute uns das ethisch begründete Nein der Katholischen Männeraktion. Wann folgt der Rest der Kirche? Endlich wurde offensichtlich, dass sich zumindest in Luxemburg zum jetzigen Zeitpunkt - ob z.T. aus opportunistischen Gründen spielt im Augenblick nur eine unwesentliche



Rolle - im Parlament keine Mehrheit für ein Atomprojekt Remerschen finden lässt. Es ist also zu hoffen, dass die Bewusstseinsbildung nun auch verstärkt gegen das französische Vorhaben in Cattenom einsetzt und mit demselben Erfolg wie in Luxemburg abgeschlossen werden kann. Ohne das Zutun der Tagespresse dürfte das kaum gehen.

m.p.

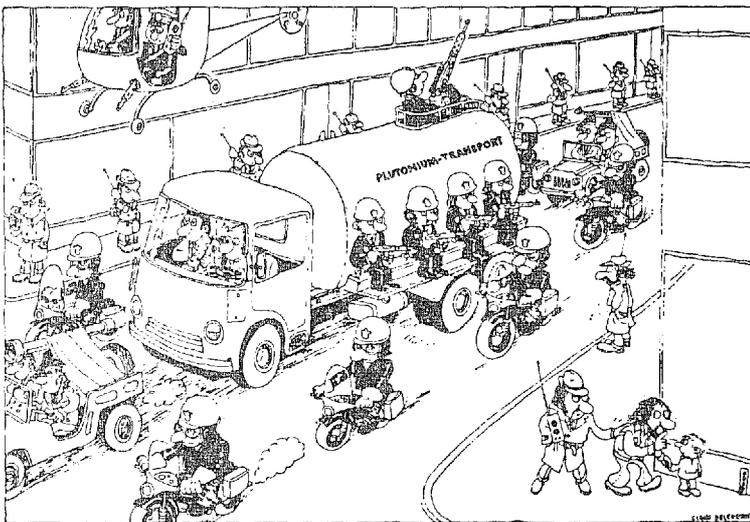
Beim Protestmeeting des CNAM am 16.6.1978 gegen das Atomprojekt Cattenom gab der Vertreter der "forum"-Redaktion folgende Stellungnahme ab:

Christen gegen die Atomenergie

Die "forum"-Redaktion fühlt sich durch ihren christlichen Glauben verpflichtet, dazu beizutragen, dass der Mensch glücklicher wird, dass der Mensch mehr Mensch wird. Dafür ist Christus, unser Herr, gestorben.

Nun scheint uns aber, dass ein "Fortschritt" wie die Atomenergie ihn angeblich darstellt, ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung ist.

In eine Richtung, in der *unser Leben in Gefahr ist*. Ich möchte hier nicht weiter auf die Sicherheitsfrage eingehen (1). Es sei mir trotzdem eine Zwischenbemerkung erlaubt: Warum setzen sich die vielen Menschen, die das ungeborene Leben gegen die Abtreibungsgefahr verteidigen, nicht genauso stark gegen die Atomenergie ein? Gerade das ungeborene Leben kommt durch sie in die grössten Gefahren! Man denke an die erheblichen genetischen Risiken, die mit der Atomenergie verbunden sind (2)! Und die schlimmsten Folgen sind bekanntlich ja erst in einigen Generationen spürbar! Deshalb wohl glauben ja auch einige Politiker heute skrupellos Atommeiler bauen zu können: die wirklich gefährdeten Wähler sind noch nicht geboren.



in: links 3/77

In eine Richtung, in der *unsere Freiheit und unsere Demokratie in Gefahr sind*. Die Einführung der Atomenergie vergrössert die auf uns lastenden Zwänge zu immer mehr Energiekonsum, immer sophistizierteren Apparaten. Die Atomtechnologie verlangt zudem unheimlich zentralisierte politische Entscheidungsstrukturen. Sie verlangt eine Technokratie im Dienst des Grosskapitals (3), während wir als Christen eine Vertiefung der Demokratie fordern (4). Die Sicherheitsmassnahmen im Lande müssen immer weiter verstärkt werden bis hin zum Polizeistaat (5): Brokdorf, Kalkar (6), Malville reden eine deutliche Sprache!

In eine Richtung, in der *unser Recht auf Arbeit in Gefahr ist*. Der französische Delegierte hat vorhin auf die diesbezüglichen Gefahren in bestehenden lothringischen Elektrizitätswerken hingewiesen. Eine immer stärker technisierte und kapitalintensive Wirtschaft wie die Atomenergie sie voraussetzt und nach sich zieht, wird zu einem noch grösseren Abbau der Arbeitsplätze führen. Hingegen könnte eine konsequente Politik des Energiesparens allein in Europa rund 300 000 neue Arbeitsplätze schaffen (7).

Falsch scheint uns die Richtung schliesslich, weil sie allein von den *Interessen* einer engen Oberschicht in den Industrieländern bestimmt wird. Je mehr Energie wir,

wusst, dass diese Definition äusserst dürftig und anfechtbar ist, aber ich finde, dass sie im Zusammenhang mit dem was ich in Bezug auf Arbeitslosigkeit sagen will, genügt.

Arbeitslos sein trifft jeden Menschen hart in seinem ganzen Lebensvollzug. Es ist nicht meine Aufgabe zu beschreiben wie entwürdigend sich Arbeitslosigkeit im Leben jedes betroffenen Menschen auswirken kann. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass einfache Arbeiter am härtesten davon betroffen werden, materiell und seelisch...

Will die Kirche etwas mit jenen zu tun haben, die man arbeitslos gemacht hat? Will sie sich in ihren Dienst stellen? Diese Frage ist überflüssig. Die Kirche sorgt sich um jeden Menschen, der in Not gerät, auch um die Arbeitslosen. Sie tritt für sie ein. Sie nimmt sie auf in ihr Gebet. Sie unterstützt verbal alle Versuche, die zur Verhütung oder zur Verringerung der Arbeitslosigkeit unternommen werden. Wenn nötig wird sie auch Kollekten ausrufen. Die Kirche nimmt ihre karitative Aufgabe gegenüber Arbeitslosen wahr. Mittlerweilen, gibt es aber, was unser Land angeht, eine Arbeitslosenunterstützung, die jene Hilfe der Kirche weitaus überflüssig macht. Bleibt für die Kirche das Gebet und der tröstende Zuspruch.

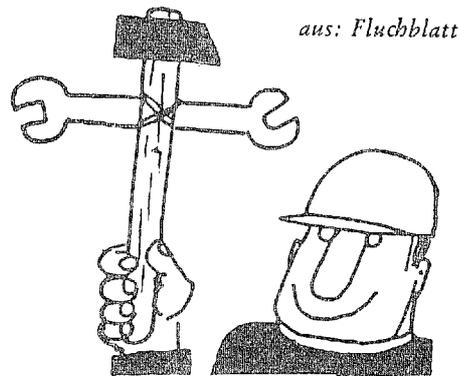
Aber stellen wir die Frage treffender: Wenn die Kirche für die Seele der Menschen Sorge tragen will, genügt dann die Erfüllung der karitativen Aufgabe, der Gebets- und der Anteilnahmepflicht? Und fragen wir uns: Ist kirchliche Hilfe überhaupt gefragt? Rechnen die Arbeitslosen eigentlich mit den Diensten der Kirche?

Folgendes Frage- und Antwortspiel, das die Situation der Kirche im Arbeitermilieu beschreibt, leitet, obwohl es an sich ziemlich pauschal ist, meine Frage gut ein.
1. Frage: Braucht der Arbeiter und seine Familie die Kirche?

Antwort: Ja. Denn von ihr erwartet auch er (wie die meisten Luxemburger) verschiedene fast allgemein gewünschte und auch meist hochgeschätzte sakrale Dienste.

2. Frage: Wie sieht ein Arbeiter die Kirche?

Antwort: Auch er sieht die Kirche als eine wichtige Institution, die ihre festen und traditionellen Formen hat (an denen nichts geändert werden soll). Diese Kirche hat eine ganz bestimmte Rolle in der Gesellschaft und in seinem Leben zu spielen: sie soll den familiären, gesellschaftlichen und nationalen Ereignissen festlicher oder betrüblicher Art eine feierliche erhebende Note verleihen. Die Kirche wird gesehen und auch akzeptiert als religiöser Rahmen der menschlichen Existenz. Die Wenigsten haben eine tiefere innere Beziehung zur Kirche als christliche Gemeinschaft, in der sie sich getragen wissen in den Nöten und Sorgen ihres Alltags (der zahlenmässig minime Besuch der Sonntagsmesse weist dies aus.) Die Meisten bleiben auf Distanz, denn sie zählen die Kirche zu jenen Institutionen und Gewalten, die ihr Leben bestimmen und ordnen: Politiker, Arbeitgeber, Gewerkschaftsfunktionäre, Bürokraten usw. Die Arbeiter treten all diesen Gewalten, denen sie sich ausgeliefert fühlen, misstrauisch entgegen. Auch der Kirche (=Hierarchie), die sie auf der Seite der Einflussreichen und Mächtigen sehen. Die Arbeiterschaft hat ein gutes Gedächtnis.



3. Frage: Hat die Kirche etwas mit dem Lebensvollzug eines Arbeiters zu tun?

Antwort: Ja! Insofern sie dem Arbeiter verschiedene sittliche Ansichten einprägt und auch den Grund für etliche, meistens vage, religiöse Anschauungen legt. Nein! Insofern es um den konkreten Bereich seiner Arbeit geht. Dort erwartet er keinerlei Hilfe von der Kirche. (Es sei denn er vertraut den guten Beziehungen eines Kirchenmannes, um sich Vergünstigungen oder eine bessere Stelle zu verschaffen).

wusst, dass diese Definition äusserst dürftig und anfechtbar ist, aber ich finde, dass sie im Zusammenhang mit dem was ich in Bezug auf Arbeitslosigkeit sagen will, genügt.

Arbeitslos sein trifft jeden Menschen hart in seinem ganzen Lebensvollzug. Es ist nicht meine Aufgabe zu beschreiben wie entwürdigend sich Arbeitslosigkeit im Leben jedes betroffenen Menschen auswirken kann. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass einfache Arbeiter am härtesten davon betroffen werden, materiell und seelisch...

Will die Kirche etwas mit jenen zu tun haben, die man arbeitslos gemacht hat? Will sie sich in ihren Dienst stellen? Diese Frage ist überflüssig. Die Kirche sorgt sich um jeden Menschen, der in Not gerät, auch um die Arbeitslosen. Sie tritt für sie ein. Sie nimmt sie auf in ihr Gebet. Sie unterstützt verbal alle Versuche, die zur Verhütung oder zur Verringerung der Arbeitslosigkeit unternommen werden. Wenn nötig wird sie auch Kollekten ausrufen. Die Kirche nimmt ihre karitative Aufgabe gegenüber Arbeitslosen wahr. Mittlerweilen, gibt es aber, was unser Land angeht, eine Arbeitslosenunterstützung, die jene Hilfe der Kirche weitaus überflüssig macht. Bleibt für die Kirche das Gebet und der tröstende Zuspruch.

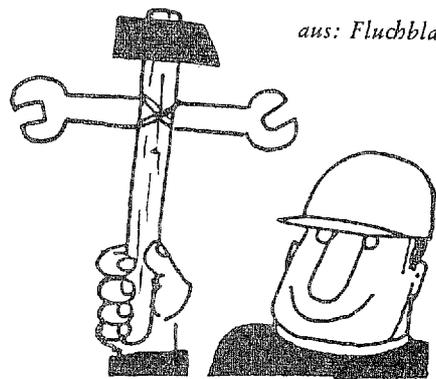
Aber stellen wir die Frage treffender: Wenn die Kirche für die Seele der Menschen Sorge tragen will, genügt dann die Erfüllung der karitativen Aufgabe, der Gebets- und der Anteilnahmepflicht? Und fragen wir uns: Ist kirchliche Hilfe überhaupt gefragt? Rechnen die Arbeitslosen eigentlich mit den Diensten der Kirche?

Folgendes Frage- und Antwortspiel, das die Situation der Kirche im Arbeitermilieu beschreibt, leitet, obwohl es an sich ziemlich pauschal ist, meine Frage gut ein.
1.Frage: Braucht der Arbeiter und seine Familie die Kirche?

Antwort: Ja. Denn von ihr erwartet auch er (wie die meisten Luxemburger) verschiedene fast allgemein gewünschte und auch meist hochgeschätzte sakrale Dienste.

2.Frage: Wie sieht ein Arbeiter die Kirche?

Antwort: Auch er sieht die Kirche als eine wichtige Institution, die ihre festen und traditionellen Formen hat (an denen nichts geändert werden soll). Diese Kirche hat eine ganz bestimmte Rolle in der Gesellschaft und in seinem Leben zu spielen: sie soll den familiären, gesellschaftlichen und nationalen Ereignissen festlicher oder betrüblicher Art eine feierliche erhebende Note verleihen. Die Kirche wird gesehen und auch akzeptiert als religiöser Rahmen der menschlichen Existenz. Die Wenigsten haben eine tiefere innere Beziehung zur Kirche als christliche Gemeinschaft, in der sie sich getragen wissen in den Nöten und Sorgen ihres Alltags (der zahlenmässig minime Besuch der Sonntagsmesse weist dies aus.) Die Meisten bleiben auf Distanz, denn sie zählen die Kirche zu jenen Institutionen und Gewalten, die ihr Leben bestimmen und ordnen: Politiker, Arbeitgeber, Gewerkschaftsfunktionäre, Bürokraten usw. Die Arbeiter treten all diesen Gewalten, denen sie sich ausgeliefert fühlen, misstrauisch entgegen. Auch der Kirche (=Hierarchie), die sie auf der Seite der Einflussreichen und Mächtigen sehen. Die Arbeiterschaft hat ein gutes Gedächtnis.



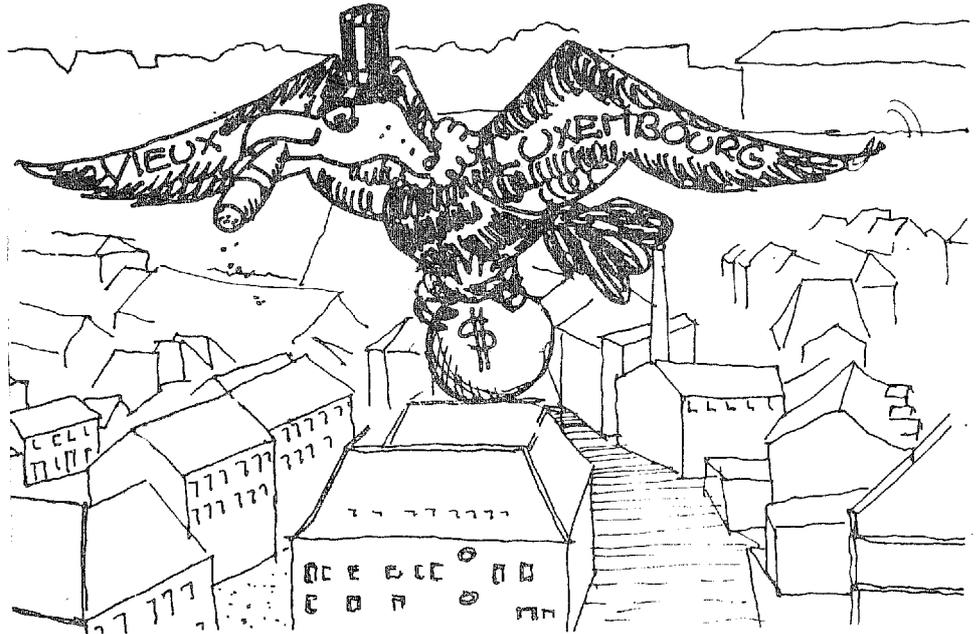
aus: Fluchblatt

3.Frage: Hat die Kirche etwas mit dem Lebensvollzug eines Arbeiters zu tun?

Antwort: Ja! Insofern sie dem Arbeiter verschiedene sittliche Ansichten einprägt und auch den Grund für etliche, meistens vage, religiöse Anschauungen legt. Nein! Insofern es um den konkreten Bereich seiner Arbeit geht. Dort erwartet er keinerlei Hilfe von der Kirche. (Es sei denn er vertraut den guten Beziehungen eines Kirchenmannes, um sich Vergünstigungen oder eine bessere Stelle zu verschaffen).

tant rentabiliser électoralement leur effort. La population actuelle ne saura reconnaître à sa juste valeur (électorale) l'effort, dommage, on en acheminera une autre. Les exilés qui avaient quitté le quartier sous la pression notamment des immigrés, et qui ont acquis ailleurs la respectabilité seront les bienvenus. Ils pourront rejoindre le Syndicat d'Initiative locale fâcheusement limité dans ses possibilités (comme les autres sociétés et associations du crû) puisqu'il exclue (de facto) les non-respectables que sont les vieux, les marginaux et bien sûr les immigrés. C'est à se demander qui est encore représenté par ce Syndicat d'Initiative interlocuteur des autorités. (Voir citations, p.38)

Le projet "Béinchen" pourrait pourtant assainir le quartier s'il était accessible aux habitants actuels du Pfaffenthal. Les maisons de la rue L. Menager continuent d'être surpeuplées de manière scandaleuse (par exemple le 39 où habitent 6 familles, c'est-à-dire une quarantaine de personnes). Il suffirait de rendre accessibles les



nouveaux logements aux habitants actuels. Ainsi un travail de promotion humaine et sociale pourrait s'effectuer sur place et profiter à toute la population sans distinction.

Grund

Autre faubourg, autre décor: au Grund c'est l'arrière fond historique et architecturale qui a éveillé les appétits. Quelle idée alléchante en effet que de revaloriser ce quartier aux rues et aux immeubles centenaires mouillés par l'Alzette! La société "Sauvez la Ville" n'a pas hésité à occuper le terrain délaissé par les autorités publiques. Cette société s'était acquis un renom dans la défense du patrimoine architecturale. Elle a franchi un pas en créant dès 1976 la société anonyme "Vieux Luxembourg". Les craintes que nous avons exprimées ici même (forum 13/1977) se sont vérifiées: La société ne s'est pas bornée à acheter, louer, conserver et restaurer des immeubles, mais elle a frappé fort tout de suite. Dès l'acquisition d'un immeuble les loyers ont été augmentés, voire doublés (d'avantage ceux des immigrés, sans doute censés ignorer leurs droits), des portes de valeur ont été enlevées et remplacées par des planches, des taudis continuent d'être loués par la vénérable société.

"Vieux Luxembourg" essaie d'imposer ses vues aux autorités publiques. La Ville et le Ministère des Affaires Culturelles sont représentés par des observateurs dans le conseil d'administration alors que le Ministère de la Famille refuse d'y siéger. La Ville a en outre conclu un accord avec "Vieux Luxembourg": elle concentre ses "efforts" d'assainissement sur la rive droite et laisse le champ libre à "Vieux Luxembourg" sur la rive gauche .

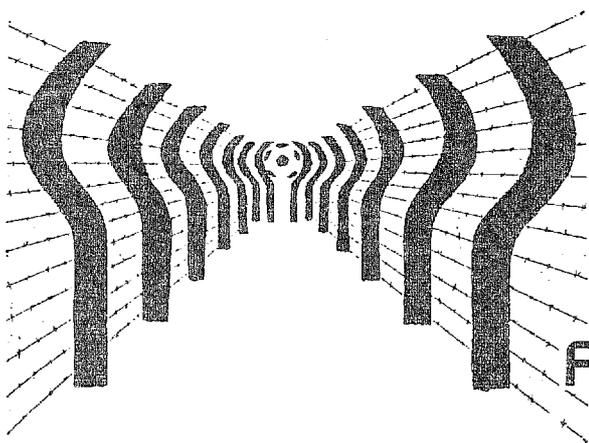
Nous estimons que les pouvoirs publics doivent retirer tout appui à "Vieux Luxembourg" qui a abusé de leur confiance. Ce n'est que par une pareille mesure qu'ils

peuvent se faire pardonner leur coresponsabilité dans la gestion actuelle de "Vieux Luxembourg". Ils leur restent à prendre leur responsabilité et à mettre en oeuvre une politique de rénovation avec et pour les habitants actuels. En continuant de soutenir "Vieux Luxembourg" la municipalité et le gouvernement donneraient la priorité à la conservation des pierres au détriment de la dignité et de l'avenir des habitants.

Seko

N.B. 1: C'est le "tageblatt" du 6 juin 1978 qui a dévoilé les agissements de "Vieux Luxembourg". Le soussigné peut témoigner que tous les faits dénoncés sont connus aussi du "Luxemburger Wort". Attendons-en la publication...

N.B. 2: Notre bilan "Pfaffenthal - un an après" dans "forum" 16/1977 reste, malheureusement, entièrement d'actualité (enquête du juge d'instruction toujours en cours organisation des secours etc).



Fußball-WM in Argentinien 2

Da der Beitrag in unserer letzten Nummer eine Reihe von Echos ausgelöst hat - z.B. stellte Amnesty International uns eine Broschüre ihrer französischen Sektion über Argentinien zu - und da es andererseits seither eine Reihe von Entwicklungen bzw. Nicht-Entwicklungen gegeben hat, möchte ich kurz auf einige Aspekte der Problematik zurückkommen.

1 Ich bin kein Fussballkenner. Ich habe mir aber von glaubhaften Zeugen^{sagen} lassen, das spielerische Niveau dieser Weltmeisterschaft sei nicht gerade hoch gewesen. Ich kann nur hoffen, dass dies die nötigen finanziellen Konsequenzen haben wird wie bei jedem Showbusiness. Denn allein darum ging es ja bei diesen Fussballspielen: professionelle Spieler erlauben gegen entsprechende Gage professionellen Massemedienspezialisten riesige Profite einzustecken. Dass Millionen von Fernsehzuschauern und Sportszeitungenlesern ihnen diese miese Show abkaufen, ist ihre Schuld. Moralischer wird das Geschäft dadurch nicht. (Einen ähnlichen Totaleinsatz aller Propagandamitteln zugunsten einer "humanitären Idee" hat man leider noch nie gesehen: kein Zufall!)

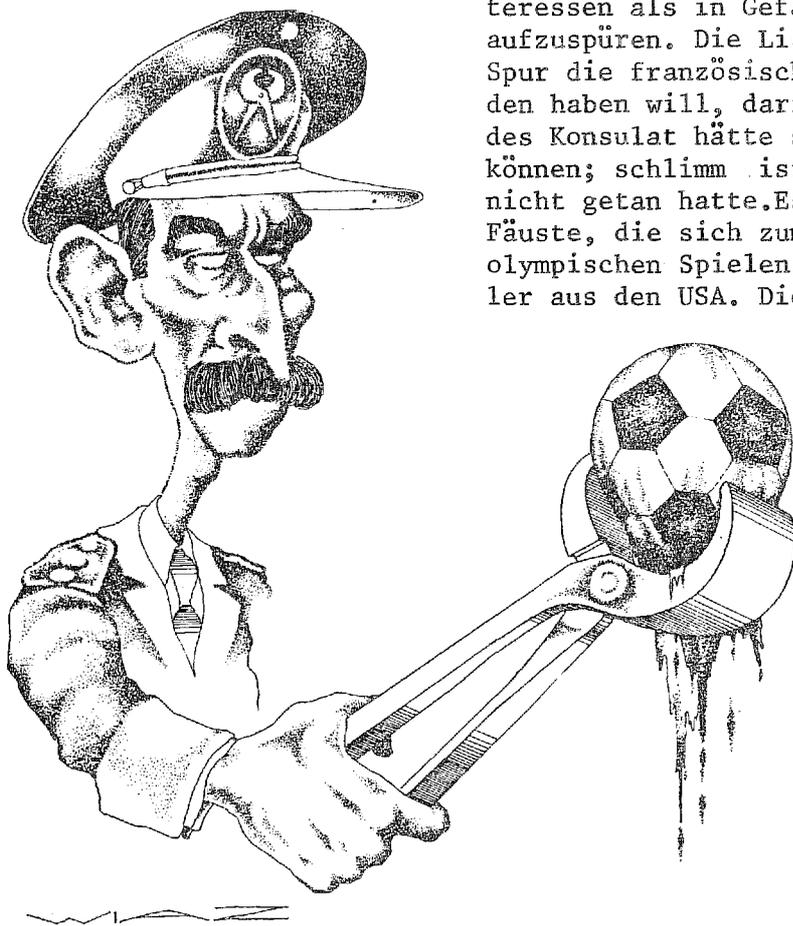
2 Das Geschäft wird umso unmoralischer als es auch noch politische Funktionen erfüllt. Die Fussball-WM erfüllt nicht nur im Veranstalterland den Zweck, den im alten Rom die Zirkusspiele mit ihren Gladiatorenwettkämpfen zu erfüllen hatten: das Volk ablenken von den Nöten des Tages. Dieses Regierungsmittel gibt es seit es unterdrückende Regierungen gibt - und welche ist das nicht, wenn auch nur ein bisschen? In Frankreich haben vor einiger Zeit einige Bischöfe aus genau diesem Grunde das sonntägliche "Tiercé"-Spiel angeklagt: Statt falschen Glücksvorstellungen nachzulaufen, sollten die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die katholische Kirche hat Erfahrung mit Gladiatorenkämpfen. Trotzdem liess sie kein Wort zur Fussball-WM in einem einst reichen, aber jetzt tief in wirtschaftlichen und sozialen Problemen steckenden Land der Dritten Welt von sich hören. Die Generäle der argentinischen Junta hatten aber, wie man merkt klare politische Ziele, als sie

trotz krasser Ungerechtigkeit in den Besitzverhältnissen und trotz fortschreitender Verarmungspolitik (Blockierung der Löhne; 13,5% Inflation allein im Januar 1978; ...) 700 Millionen Dollar für die Veranstaltung der Spiele bereitstellten. Und sie hatten Erfolg: im Jubel über den Sieg scheint das argentinische Volk wieder vereint hinter der Militärjunta zu stehen.

3 Oder gibt es vielleicht doch Ausnahmen? Zum Beispiel die 15 000 Menschen, die in den beiden letzten Jahren verschwunden sind (und deren Angehörigen), die 8 000 politischen Gefangenen (und deren Angehörigen), die Verwandten der 8 000 - 10 000 Ermordeten. Der wöchentliche Protestmarsch der Frauen auf der "plaza de Mayo" vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires fand jedenfalls auch noch während der WM statt (vgl. Beitrag aus "Le Monde", 10/6/1978).

(Diese Zahlen standen zwar schon in der letzten Nummer. Da sie aber nicht abgenommen haben und da der LW-Direktor nur von 4000 Gefangenen schreibt (3/6/78) - interessant ist, dass die Militärjunta selbst von 8500 "ausser Gefecht gesetzten" spricht -, wollte ich sie hier nochmals wiederholen. Für weitere Einzelheiten (über Folter, Gefängniszustände, Repressionsgesetze und ähnliches) wende man sich an Amnesty International: wer will, kann sich jedenfalls informieren.)

4 Genau das war die Hoffnung mancher Regimegegner in Argentinien gewesen. Da die Weltpresse wegen der Fussball-WM in Argentinien weile, würde sie die Weltöffentlichkeit auch über die dort herrschenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände aufklären. Diese Hoffnung war eine Illusion. Einerseits wusste die Militärjunta alle diesbezüglichen Versuche (z.B. das ARD, von Antenne 2 und "Le Monde") schnellstens zu vereiteln, andererseits unterliefen die meisten Vertreter der Weltpresse viel zu sehr den Gesetzen des Showbusiness, um wegen einiger Menschenrechtsverletzungen den Lesern und Zuschauern die Freude am "Sport" verderben zu wollen. Und auch die Spieler und ihre Begleitpersonen hatten andere Interessen als in Gefängnissen verschwundene Menschen aufzuspüren. Die Liste von einigen Franzosen, deren Spur die französische Nationalmannschaft wiedergefunden haben will, darf nicht darüber hinwegtäuschen: jedes Konsulat hätte sie mit wenig Mühe zusammenstellen können; schlimm ist nur, dass es dies bis dahin noch nicht getan hatte. Es gab demnach nicht einmal zwei Fäuste, die sich zum Protest erhoben, wie 1968 bei den olympischen Spielen von Seiten schwarzer Amateursportler aus den USA. Die argentinische Regierung hat also auch ihr offen eingestandenes politisches Ziel erreicht: ihr Image hat sich verbessert.

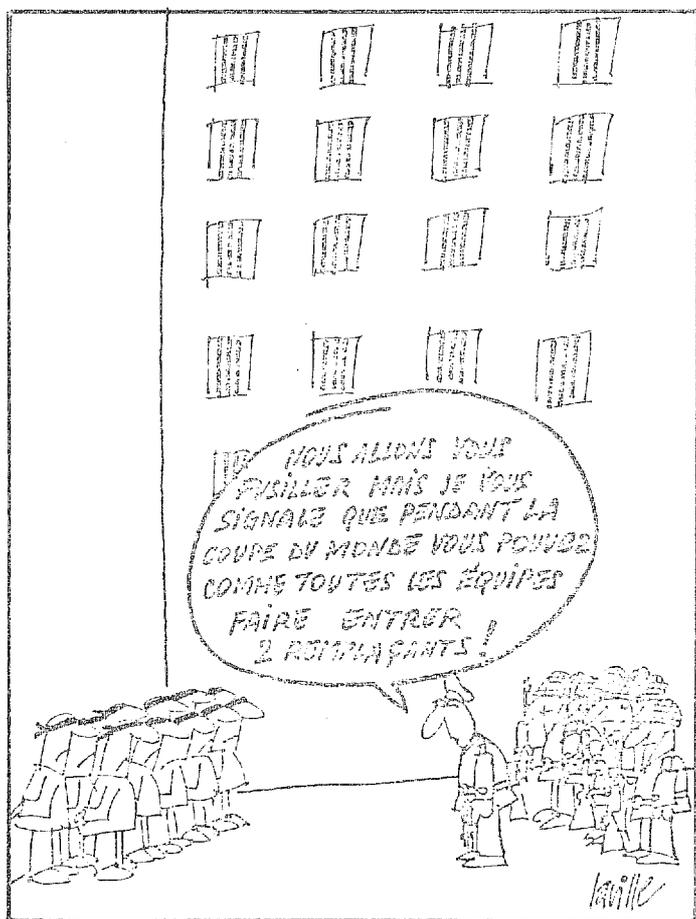


5 Das gilt ganz besonders für Luxemburgs grösste Tageszeitung. "Die Argentinier haben inzwischen viele Vorurteile ad absurdum geführt. (...) Staatspräsident Jorge Rafael Videla bekam bei seinem Erscheinen im River Plate Stadion tausenden Beifall. Viele Millionen Argentinier fühlen sich unter seinem Regime wieder sicher. (...) Sicherheit in der bisher demonstrierten Form ist zu ertragen." So hiess es dort schon nach der Eröffnungszeremonie (L.W., 2/6/78). Wie man diesen Beifall zu deuten

hat, dürfte aber doch wohl seit Hitlers Nürnberger Parteitag bekannt sein. (Allerdings haben LW-Redakteure damals auch die Wirklichkeit zu lange ignoriert, bis sie selbst davon erfasst wurden und mit dem Leben zahlen mussten.)

Und am 10.6.1978 hiess es in einem längeren historischen Bericht eines gewissen Robert Peter: " (...) wandten Militär und Polizei die Folter an, ohne die sie des Terrorismus nicht Herr geworden wären - allerdings benützten sie dieses fürchterliche Mittel auch ohne Notwendigkeit." Ein LW-Korrespondent kann also kommentarlos behaupten, es gebe manchmal Notwendigkeit zur Folter!! Unweigerlich fühlt man sich an einen andern LW-Korrespondenten erinnert, der vor Jahren die Folter ebenfalls verniedlichen durfte. Er meinte: "In Argentinien sterben immerhin noch mehr Menschen bei Verkehrsunfällen als durch die Folter." Als LW-Direktor A. Heiderscheid einmal darauf angesprochen wurde, vergass er gar seinen Anstand und nannte den Hinweis eine ungeheuerliche Frechheit. Il n'y a que la vérité qui blesse!

6 Der LW-Direktor war diesmal aber der einzige Schreiber, der sich im LW vom argentinischen Terrorregime distanzierte (3. und 5. Juni 1978). Leider klang sein Protest wenig glaubwürdig. Abgesehen davon, dass ausser dem oben erwähnten, die Wahrheit verfälschenden Bericht von R. Peter die Nachrichten über die politische Lage in Argentinien auf ein Nichts sanken, ging es ihm in besagten Leitartikeln leider weniger um einen Protest gegen die argentinische Diktatur als vielmehr um die



erneute Hetze gegen die luxemburgischen Linkskreise, die angeblich nur gegen Argentinien protestierten, ohne die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock zu erwähnen. Was im ersten Leitartikel eventuell noch als Schlussbemerkung erscheinen konnte, wurde im zweiten zum Zentralthema: Während andere die Fussball-WM zum Anlass nehmen, um über die "Menschenschindung" in Argentinien zu berichten, nimmt das LW diesen Protest zum Anlass, um über den angeblichen "Links-Opportunismus" und die "handfesten Interessen" christlicher Kreise herzufallen, deren Protest "eine besonders hinterhältige Art marxistischer Propaganda" sei. DDR-Gefangene werden gar mit falschen Zahlen gegen argentinische Diktaturopfer aufgerechnet. - Abgesehen von ihrer Unglaubwürdigkeit beruhen solche Leitartikel auf reinen Falschdarstellungen: in Luxemburg gibt es ausser der KP-"Zeitung" kein Blatt der sog. Links-Presse - vom LSAP-"tageblatt" bis zum LCR-"Klassenkampf" - das nicht regelmässig gegen die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock wie anderswo protestiert. Und in christlichen Kreisen scheint uns eher kein Protest, als

ein einseitiger Protest das Uebel zu sein.

7 Das LW bewist übrigens durch eine solche (Nicht-) Berichterstattung und Kommentierung, dass es die argentinische Situation einfach gar nicht kennt. Die moskauhörige KP-Presse in In- und Ausland ist nämlich nicht zufällig auch so diskret in Sachen Argentinien. Die Wirtschaftspolitik der Militärs forcierte nämlich in erster Linie die Entwicklung der agrarischen Exportproduktion zugunsten selbstverständlich

der Grossgrundbesitzer mit Wirtschaftsminister M. Martinez de Hoz an der Spitze. Dies hatte zur Folge, dass die UdSSR zum ersten Abnehmer Argentiniens wurde: argentinische Getreideexporte stellen für die UdSSR die einzige Alternative zu den US-Lieferungen dar. Zur Zeit der WM fand in Buenos Aires eine sowjetische Industriemesse statt. Die UdSSR will 3 Elektrozentralen und den grossen Staudamm von Salto Grande bauen. Anfang des Jahres lag der Handelsbilanzüberschuss mit der Sowjetunion bei 1 Mrd. Dollar. An zweiter Stelle der Handelspartnerliste rangiert Cuba. Selbstverständlich spielen geopolitische und strategische Interessen bei den Ueberlegungen der Kremlherren und ihrer Satelliten ihre eigene Rolle: insbesondere soll eine Südatlantik - "NATO" verhindert werden. Solche Tatsachen passen aber nicht ins Schwarz-Weiss-Bild der LW-Ideologie.

8 Nicht nur die Informationspolitik des LW hat uns aber gelegentlich der Fussball-WM in Argentinien enttäuscht. In der letzten Nummer hat die Redaktion ihren Lesern ihre Mitgliedschaft im luxemburgischen WM-Boycott-Komitee mitgeteilt. Von diesem Komitee hat sie aber seit ihrer Beitrittserklärung nichts mehr gehört. Im nachhinein erfuhren wir, dass es am 25.5.1978 ein Argentinien-Solidaritätsmeeting organisiert hatte. Warum war es nicht in der Tagespresse angekündigt? Hatten etwa Presseorgane eine diesbezügliche Anzeige abgelehnt? Wäre es dann nicht umso notwendiger gewesen zumindest die Mitgliedsorganisationen des Boycott-Komitees zu benachrichtigen? Warum diese Geheimnistuerei wenn es um die Verteidigung von Menschenrechten geht?



9 Bis dato griff noch niemand, weder von rechts noch von links, unsern Vorschlag auf, jetzt schon die Olympischen Spiele von 1980 in Moskau politisch vorzubereiten. Es könnte doch sein, dass dann das LW wieder das veranstaltende Regime so diskret behandeln will wie eben Argentinien...

10 Erstaunlicherweise hebt aber gerade das LW den wohl einzigen politisch positiven Aspekt hervor, den man dem argentinischen WM-Titel abgewinnen kann: "Die Massen sind, durch den Fussball motiviert, erstmals seit 27 Monaten wieder auf die Strassen gegangen. Sie könnten erspürt haben, welche Kraft und Macht von ihnen ausgehen kann," meint am 27.6.1978 ein unbekannter Schreiber im LW, und weist auf den wichtigen Mietertermin des 1. Juli hin, der das Militärregime ins Wanken bringen könnte. (Nahzielvorstellungen nennt er zwar, ohne Gründe anzugeben, unrealistisch, doch der Beitrag dieses Unbekannten nach der WM bringt erstmals konkrete Hinweise über die Lage des Volkes und seine politischen Chancen in Argentinien. Schade, dass er so in der Luft hängt und für Nur-LW-Leser wohl angesichts seiner bisherigen Informationslücken weitgehend unverständlich bleibt.)

Literatur für Informationswillige:
Argentine. Rapport d'Amnesty International - Section

Française, Mars 1978

Jean-Pierre Clerc, L'Argentine en état de choc, in: Le Monde, 2-6/6/1978

Argentine. Numéro Spécial de "Croissance des Jeunes Nations" (N° 196), Juin 1978

Ch. Margue, L'Argentine - ou à quoi mène la doctrine de la Sécurité Nationale, in: Brennpunkt 3. Welt, N° 25, pp. 3-7

m.p.

Au rendez-vous des « folles de la place de Mai »

Buenos-Aires. — L'horloge de la cathédrale qui domine la place de Mai indique 15 heures, jeudi 8 juin. A l'autre extrémité de la place, deux gardes sont à l'entrée de la Casa Rosada, cette fade copie rose de la Maison Blanche, siège du gouvernement argentin. Sur les terrasses du toit, trois militaires en armes surveillent les abords immédiats. Sur la place, quelques personnes profitent du pâle soleil hivernal pour occuper les bancs. Quelques minutes plus tard arrivent sept ou huit jeunes gens blonds, vêtus du même blouson jaune et bleu. Ce sont des footballeurs de l'équipe nationale suédoise. Il y a là Bjorn Norqvist, qui vient de battre un record du monde en disputant son cent dixième match international, Ronnie Hellstrom, le talentueux gardien de but, Ralf Edstrom, l'avant-centre, Staffan Tapper, etc. Des caméras à la main et appareils photo en bandoulière, ils ont l'air de parfaits touristes.

Et puis, petit à petit, le terrain central s'anime. Il y a des journalistes et surtout des femmes, beaucoup de femmes, qui discutent en petits groupes. L'une d'elles s'approche de nous et nous glisse discrètement : « Méfiez-vous quand vous parlez. Il y a beaucoup de policiers en civil. » L'horloge marque maintenant 15 h. 30. En quelques secondes trois cents à quatre cents femmes sortent un foulard ou un simple mouchoir blanc et se le mettent sur la tête en signe de ralliement. Une procession silencieuse commence vers l'extrémité de la place où se trouve la Casa Rosada.

Deux policiers non armés, accourus à la hâte, bloquent maintenant l'allée. Les photographes se précipitent. Les footballeurs suédois filment la scène. Le défilé des « folles de la place de Mai », comme on les surnomme

ici, forme maintenant un large cercle autour de la colonne qui commémore la révolution du 25 mai 1810, qui a forcé l'autorité espagnole à accorder l'indépendance à l'Argentine.

Un rassemblement s'est opéré autour d'elles. Les discussions s'engagent avec certains passants. Animées.

« C'est un scandale, tonne l'un d'eux. Voilà l'image que vous allez donner de l'Argentine. Regardez ces journalistes, ils n'attendent que ça pour pouvoir nous critiquer en France. »

— Le scandale, ce sont les disparitions, répond l'une des femmes.

— Je n'ai pas revu mon fils depuis deux ans, monsieur. Je ne sais pas où il est ni même s'il est encore vivant. Nous sommes aussi des Argentins. Vous trouvez ça normal ?

— Evidemment, si c'était un révolutionnaire !

— Non, monsieur. C'était un militant chrétien. Il aidait les déshérités de la paroisse.

— Alors, il passera en justice.

— Quelle justice ? Seule la main de Dieu a le droit de faire justice. »

La femme a maintenant des sanglots dans la voix. Un policier intervient et entraîne l'homme à l'écart.

Plus loin, une équipe de la télévision suédoise opère. Les femmes se pressent autour du micro pour raconter leurs histoires. Toutes en même temps. Certaines crient, d'autres pleurent. Quatre ou cinq policiers non armés sont arrivés en renfort.

« S'il vous plaît, messieurs, dames. Circulez ! »

Personne ne les écoute. Des femmes vont même leur parler de leur fils, de leur mari disparu. Eux n'osent pas répondre. Ils les

supplient de circuler. Plusieurs fois les manifestantes ont été dispersées sans ménagement.

L'horloge indique maintenant 15 h. 55. Profitant de la présence des journalistes, les « folles de la place de Mai » s'enhardissent.

Toujours en cortège, elles se dirigent maintenant vers la rue Florida, la rue piétonne élégante de Buenos-Aires. En ce milieu d'après-midi, la rue est très animée. Le cortège atteint 200 ou 300 mètres de long. Il suscite la curiosité générale. Chacune raconte pour la énième fois son histoire à des passants scandalisés ou compatissants. Une scène difficilement imaginable dans un autre contexte que celui de la Coupe du monde.

Arrivées au bout de la rue Florida, les femmes se dispersent. Chacune reploie son foulard ou son mouchoir blanc. Quelques-unes reviennent vers nous, les sanglots dans la voix. « Merci. Il faut parler de nous. Nous voulons revoir nos fils. »

Jeudi prochain, elles se retrouveront peut-être place de Mai. Comme tous les jeudis. Jusqu'au jour où elles auront, enfin, des nouvelles de leur fils, de leur fille, de leur mari, d'un proche disparu.

Quelques heures plus tard, on apprend que la police avait profité de la dispersion générale pour opérer des arrestations.

GÉRARD ALBOUY.

in: Le Monde, 10/6/1978

Fussballweltmeisterschaft

Schuss auf Schuss
Wird auf den Feldern
Argentiens
Der linke Flügel
Ausgetrickst

Un témoignage

« [...] Dès le premier moment, ils m'avaient mis du coton sur les yeux avec du ruban adhésif pour que je ne puisse pas voir leurs visages. Mais, comme le coton fut vite mouillé, en inclinant fortement la tête en arrière, je pouvais voir. Je me rendis compte que nous étions dans une maison, pas dans une caserne comme ils voulaient me le faire croire. Je pus voir aussi un jeune homme qui pleurerait désespérément. Je m'approchai de lui pour lui parler quand les bourreaux nous laissèrent seuls un moment et j'appris qu'à l'École de Mécanique de la Marine ils avaient torturé sa femme d'une manière effrayante, lui coupant les deux mains avec une scie égoïne à la hauteur des poignets, et provoquant une hémorragie si énorme qu'elle était morte en quelques minutes. Il les avait vus aussi scier une femme en deux, du vagin à la tête. Et parce qu'il avait vu cela, ils allaient le tuer lui aussi. Je fus si effrayée que je me trainai loin de lui et ne voulus plus lui parler car ces récits n'épouvantaient.

Je suis restée là plusieurs jours; on y entendait en permanence, nuit et jour, les cris des torturés. Enfin, je fus remise en liberté. Ils m'amènèrent en auto, encapsonnée, en m'insultant et en criant que la prochaine fois ils me traiteraient avec moins de douceur et qu'ils me feraient crever tout de suite. Puis il m'abandonnèrent dans la capitale. »

Témoignage d'Ena Parafiorita, recueilli par la Commission argentine des Droits de l'Homme.

(Le Nouvel Observateur 29/5/78) in: tageblatt 1/6/78



Joseph Kardinal Ratzinger, Erzbischof von München und Freising, hat in einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks darauf hingewiesen, daß „aus dem Neuen Testament zwingend auf die Existenz des Teufels als einem personalen Wesen geschlossen werden“ kann. Die Kirche tue aber gut daran, den Teufel nicht zu einem Hauptthema der Verkündigung zu machen.

Herbert Haag, katholischer Theologe in Tübingen: „Ich protestiere dagegen, daß Christen im Namen der Heiligen Schrift verpflichtet werden, an den Teufel zu

glauben“. Eine Kirche, die ihre vordringlichste Aufgabe darin sehe, die Menschen von heute auf den Teufelsglauben zu verpflichten, sei nicht mehr glaubwürdig. Haag, gegen den wegen seines 1969 erschienenen Buches „Abschied vom Teufel“ ein Lehrprüfungsverfahren der Glaubenskongregation in Rom eingeleitet worden war, wies außerdem darauf hin, daß in den kirchlichen Büchern in den letzten Jahren der Teufelsglaube stark zurückgedrängt worden sei. Die heute von den Bischöfen herausgegebenen Glaubensbücher seien „praktisch völlig entteufelt“.

in: Publik-Forum Nr. 10/78

Libération des peuples et libération des matières premières

LES ROUGES ET LES NOIRS

L'affaire du Zaïre semble avoir convaincu l'opinion que le malheur de l'Afrique résulte moins de sa pauvreté que de sa richesse, que l'enjeu des conflits qui la déchirent n'est pas la libération de ses peuples, mais la mainmise sur ses matières premières. La hausse spectaculaire du cobalt, après le raid sur Kolwezi, et celle du cuivre, moins importante mais surprenante tout de même, dans un marché mondial déprimé, paraissent le confirmer. Et aussi l'attitude soviétique : les humeurs de la *Pravda* relèvent davantage habituellement de la géopolitique que du sentimentalisme bourgeois ; or, à l'en croire, ce sont les paras français et belges, et pourquoi pas derrière eux toute l'OTAN, qui ont terrorisé le Shaba.

Il y a beaucoup à dire, également, sur les indignations occidentales, passablement sélectives comme à l'ordinaire. A l'émotion engendrée par les massacres de Kolwezi répond l'indifférence avec laquelle l'Européen moyen a accueilli l'atroce opération menée par les Sud-Africains, le 4 mai, sur le village angolais de Kassinga, occupé par des réfugiés namibiens. Cette fois les responsables n'étaient pas des Noirs sortis de la brousse avec leurs coupe-coupe et leurs Kalachnikov, mais des centaines de parachutistes blancs, dotés des moyens les plus sophistiqués et largués d'avions géants *made in U.S.A.* et d'hélicoptères achetés à la France. Or le bilan était à peine moins lourd qu'au Zaïre : au moins six cents morts, dont des femmes et des enfants, tués délibérément, des viols, des destructions systématiques. S'il s'agissait de terroriser pour décourager les Namibiens de venir libérer leur pays, le but a peut-être été atteint. Mais au nom de quoi condamner Kolwezi si l'on ne condamne pas aussi Kassinga ? Et l'Afrique du Sud marquerait-elle tant d'acharnement à garder la Namibie sous sa coupe, qu'elle n'occupe qu'au nom d'un mandat maintenant révoqué de l'ONU, si ce pays n'arbitrait, entre autres, la plus grande mine d'uranium du monde ?

Tant de richesses

M. Giscard d'Estaing continuerait-il de son côté de soutenir à bout de bras le régime garré du général Mobutu, mar-

querait-il autant d'estime à un personnage comme l'actuel président du Gabon, s'engagerait-il comme il l'a fait dans l'affaire du Sahara occidental si ces pays ne recélaient dans leurs entrailles, suivant le cas, tant de cuivre, de diamant, de cobalt, d'uranium, de fer, de pétrole ou de phosphates ?

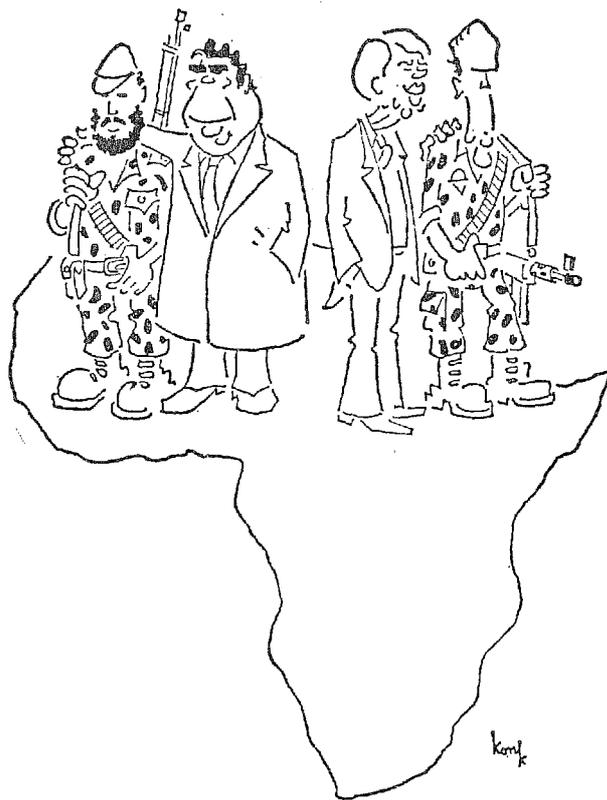
On dira évidemment que le président de la République peut difficilement être accusé, dans le cas du Tchad, de nourrir des arrière-pensées impérialistes et qu'ailleurs il ne fait guère que tirer la leçon du comportement des Soviétiques. Alors qu'ils n'avaient joué qu'un rôle modeste dans la décolonisation de l'Afrique, les voilà engagés à fond en Angola et en Ethiopie, avec le concours des Cubains, dont il faudra bien se demander un jour pourquoi ils ont choisi d'intervenir massivement dans des guerres civiles africaines plutôt que d'aller prêter main-forte, comme les y incitait jadis le « Che », aux millions de Latino-Américains qui rongent leur frein, dans l'indifférence quasi générale, sous l'oppression conjointe des pouvoirs militaires et du grand capitalisme yankee.

Les Cubains ne sont pas d'ailleurs les seuls, et non plus les Sud-Yéménites, présents dans la lutte pour la corne de l'Afrique. D'un tropique à l'autre, on rencontre de plus en plus de militaires est-allemands. Que ne dirait-on pas si la République fédérale envoyait ses soldats combattre dans les rangs adverses ! Il est vrai que la présence dans le nord du Shaba d'une base de fabrication et d'essai de fusées ouest-allemandes peut agacer des esprits aussi naturellement méfiants que ceux des maréchaux soviétiques.

Les deux régimes qui font l'objet de la sollicitude de ce qu'on appelle parfois le camp socialiste sont certes l'un et l'autre « progressistes », encore que l'on ne vote pas très bien ce que le « progrès » a à faire à Addis-Abeba, où règne la terreur pure et simple, mais ils ont aussi en commun de se trouver à proximité des plus grandes réserves mondiales, dans un cas de platine, de vanadium, d'or, de manganèse, dans l'autre de pétrole. Cet empressement de l'U.R.S.S. est à rapprocher de la neutralité qu'elle observe dans l'affaire du Sahara occidental,

bien que le Polisario ne se présente pas comme moins progressiste que les gouvernements de M. Neto ou du colonel Mengistu. Non seulement M. Brejnev a refusé au président Boumedienne les fusées SAM-7 qui auraient permis à ses amis sahraouis de neutraliser l'intervention des Jaguar français, mais encore il a conclu avec Rabat un accord de pêche qui semble bien consacrer en fait le partage de l'ex-colonie espagnole. Est-ce parce qu'entre-temps Moscou avait signé avec le Maroc, premier producteur mondial de phosphates, un énorme contrat d'exploitation et d'approvisionnement ? A l'inverse, les Katangais qui ont pris Kolwezi et dont les militaires français ont souligné l'entraînement et l'efficacité, auraient-ils reçu un tel soutien logistique de la part de l'Angola et de l'U.R.S.S. — toutes leurs armes étaient soviétiques — si le sous-sol du Zaïre ne contenait tant de richesses ?

De là à croire que, puisque les politiques des grandes puissances sont bien souvent motivées, quelle que soit leur coloration idéologique, par des considérations économiques, les luttes populaires sont toujours télécommandées, il n'y a qu'un pas, trop aisément franchi. Certes, il est tentant d'adapter au temps présent la fameuse parole de Jaurès : « On croit mourir pour la patrie, on meurt pour les capitalistes », en disant : on croit lutter pour sa libération, on lutte pour celle des matières premières ». Mais on ne saurait oublier, lorsqu'il s'agit, par exemple, du Zaïre, dont le président, au dire de l'*Economist*, est « presque indéfendable », que la gabegie, l'inflation — 75 % en un an — y sont réines. Que l'endettement du pays le met au bord de la faillite. Qu'une partie de l'armée vit de pillage, faute de toucher ses soldes. Et qu'enfin la population de Kolwezi est en train de subir les pires représailles pour avoir un peu trop clairement



(Dessin de KONEJ.)

manifesté sa sympathie envers des envahisseurs que leur race aidait à se présenter en libérateurs.

Il existe malheureusement bien d'autres pays d'Afrique, et pas seulement d'Afrique, où la situation est tout aussi intolérable. Il n'y aurait pas tant de guérilleros sur le continent noir, et de si résolus, si n'y subsistaient tant d'oppressions coloniales, néo-coloniales, ethniques ou simplement policières. Pour faire du feu, il faut certes des allumettes, et celles-ci sont fournies par les grandes et moyennes puissances avec un empressement d'autant plus suspect que leur vente se traduit toujours en fin de compte, qu'elles viennent de l'Est ou de l'Ouest, par d'appréciables rentrées de devises. Mais il ne prendrait pas si le terrain n'était pas favorable.

Existe-t-il une chance de mettre un terme à ces affrontements, qui font de plus en plus de victimes innocentes ? Des actions du type de l'intervention française à Kolwezi ne sauraient se répéter bien souvent. (...) Aussi bien, a-t-on jugé opportun d'évacuer Kolwezi bien que les rebelles soient toujours à quelques kilomètres, et que l'armée zaïroise, plutôt que de se préparer à leur résister, s'emploie à terroriser la population.

On ne saurait non plus beaucoup s'illusionner sur les chances et l'efficacité du corps de « pompiers africains. Il en va encore de même de toute tentative d'instituer un contrôle des ventes d'armes. Ce qui existe déjà en la matière n'aboutit qu'à pénaliser certains, comme les Somaliens, qui ne sont pas plus coupables que d'autres.

Sauf à se résigner à une extension des conflits, avec le risque que la chute de quelque Eldorado ne confère à l'U.R.S.S. un quasi-monopole de la possession de telle ou telle matière première, ce qui mettrait le reste de l'univers à sa merci bien plus sûrement que la menace de ses armes nucléaires ou le rayonnement d'une idéologie sclérosée, il faut donc chercher une solution qui tienne compte de toutes les données de la situation pour l'Afrique. Or, celle-ci tiennent en peu de mots : en grande partie par la faute du colonisateur, qui n'avait pas assez préparé son inévitable succession, il n'existe pas, dans la plupart des pays du continent noir — sous-peuplés du fait de la traite et des maladies, — non seulement de structures étatiques suffisantes, mais même ce véritable conscience nationale. Au-delà des frontières parfaitement artificielles qu'a tracées la domination blanche, la réalité profonde demeure ethnique, pour ne pas dire tout simplement tribale.

L'Europe serait mal avisée d'en éprouver un complexe de supériorité, elle qui n'arrive pas à venir à bout des drames de l'Irlande et de Chypre. En vérité,

du Canada au Proche-Orient, pour ne pas parler de la persistance à l'intérieur de l'U.R.S.S. du problème des nationalités, tout montre que l'Etat-nation tel que le dix-neuvième siècle l'avait imaginé est encore bien loin, si tant est qu'il doive jamais le devenir, de constituer un modèle universel. L'hégémonie d'une grande puissance, relayée par ses proconsuls, ses clients et ses compradores, appuyée par la présence de ses troupes, demeure, dans bien des cas, le seul moyen qu'on ait trouvé pour maintenir un minimum d'ordre. Aussi bien voit-on se manifester avec plus ou moins d'intensité, en Afrique, après l'échec de toutes les tentatives de regroupement, continentales ou régionales, des tendances hégémoniques que ne peut évidemment que stimuler l'importance des enjeux économiques.

Pour sortir de cette situation, certains préconisent à mots plus ou moins couverts un nouveau partage du tiers-monde en zones d'influence prenant en compte les besoins des uns et des autres en matières premières. C'est ainsi que M. David Rockefeller, président de la Chase Manhattan, aurait parlé récemment, au cours d'un voyage en Israël, d'un « *Yalta pétrolier* ». Allant au-devant des inquiétudes légitimes de l'U.R.S.S. présentement exportatrice de pétrole, mais qui commence à connaître des difficultés d'approvisionnement et devra progressivement se résoudre à importer, on lui garantirait un accès privilégié aux réserves irakiennes et libyennes, à charge pour elle de ne pas toucher au naphte d'Iran et du golfe Persique. Pourquoi ne pas en faire autant en Afrique ? A l'un l'uranium du Niger, à l'autre celui de la Namibie ? A Leonid le pétrole d'Angola, à Valéry celui du Gabon et à Jimmy celui du Nigéria ? Le Kremlin après tout s'est plus d'une fois prêté à ce genre de marchandages, qui suppose évidemment que les gouvernements en place partagent les options « idéologiques » de leur protecteur.

Dans *l'Impérialisme, stade suprême du capitalisme*, livre qui, pour avoir été écrit en 1916, n'a pas perdu grand-chose de son actualité, Lénine a réfuté de manière décisive l'idée qu'un partage de cette nature puisse être durable : « On ne saurait voir en régime capitaliste d'autres bases pour le partage des zones d'influence (...) que la force des participants du partage, force économique, financière, militaire, etc. (...) Est-il concevable que dans une vingtaine d'années le rapport des forces demeure inchangé ? » L'observation s'applique a fortiori aux relations entre l'Est et l'Ouest. Le comportement de l'U.R.S.S. ne se différenciant guère, en l'occurrence, de celui des autres pays impérialistes, un tel partage au-

rait toutes chances de ne durer que le temps du sommeil du boa rassasié. On dira que l'Europe est partagée depuis trente-trois ans ; mais il y a fallu l'équilibre de la terreur : l'Occident devrait-il un jour menacer de recourir aux armes nucléaires pour conserver ses sources d'approvisionnement ?

Le vrai partage auquel il faudra bien se résoudre, si l'on veut éviter le naufrage, relèverait de l'esprit que définissait, il y a vingt ans déjà, François Perroux, dans le titre du troisième volume de sa monumentale étude sur la coexistence pacifique : *Guerre ou partage du pain* (1).

En un temps où l'humanité redécouvre le spectre des pénuries, tout en s'abandonnant à de fantastiques gaspillages de ressources, est-il impensable que des experts ayant la confiance des gouvernements de l'Est, de l'Ouest et du tiers-monde, s'attachent à dresser une évaluation des besoins et des possibilités des pays riches et des pays pauvres pour les vingt ans à venir, pour un certain nombre de produits de base, allant du pétrole aux métaux rares ? Qu'ils présentent un plan des investissements nécessaires, en proposent les modalités de financement — une ponction massive sur les budgets d'armement et sur les

revenus pétroliers étant l'une de celles qui viennent tout naturellement à l'esprit ? Enfin qu'ils suggèrent un barème de prix stables pour un temps indéterminé ? Libérer les matières premières de la loi de la jungle, ce pourrait bien être, en définitive, la seule chance d'en libérer les peuples.

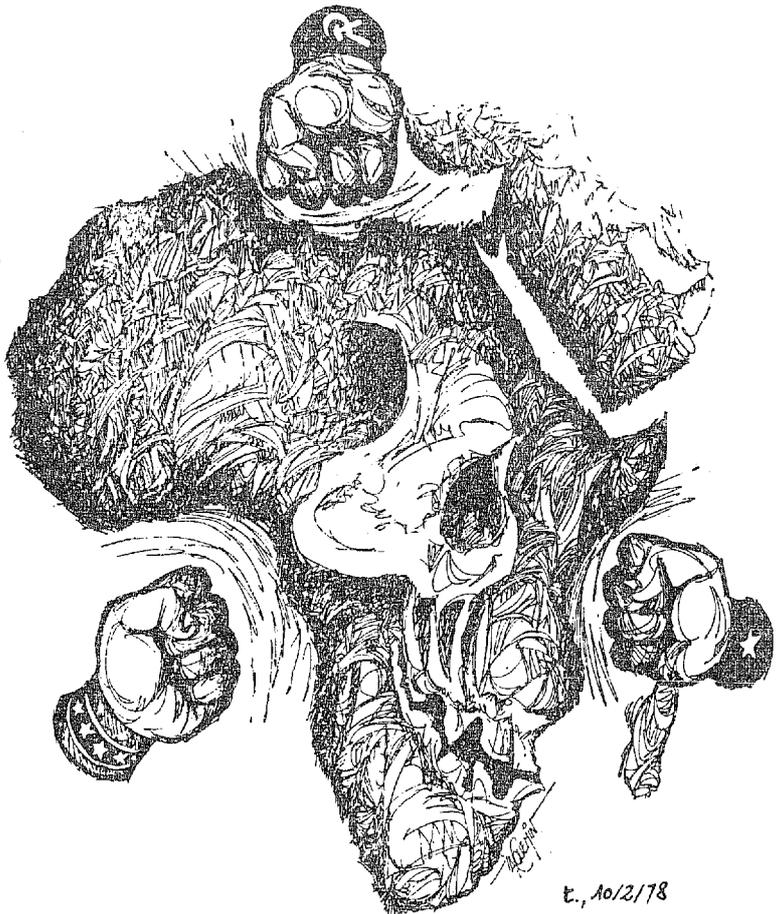
A partir du moment où la lutte pour l'appropriation des richesses nationales perdrait de sa virulence et où la communauté mondiale participerait largement aux plans de mise en valeur, il devrait tout de même être singulièrement plus facile de regrouper autour d'un pôle de développement, et dans un cadre fédéral ou confédéral, des Etats auxquels leurs dimensions actuelles ou l'éloignement de tout centre de communication ne laissent que bien peu de chances.

Bien entendu ceux qui n'ont en tête que le profit, la domination, trouveront toutes les raisons de s'opposer à une entreprise de cette nature. Mais qui ne voit à quelle catastrophe à toutes chances de conduire la poursuite de l'anarchie présente ? (...)

ANDRÉ FONTAINE.

(1) François Perroux, *la Coexistence pacifique*, 3 vol. aux P.U.F., 1968.

in: *Le Monde*



t., Ao/2/78

Timor : Toujours la guerre

PEU de nouvelles filtres de Timor, l'ancienne petite colonie portugaise de l'archipel de la Sonde (15 000 kilomètres carrés et environ 600 000 habitants) que l'immense voisin indonésien est en train de s'approprier par la force. Tout au plus sait-on officiellement que les combats continuent entre les forces indonésiennes et les commandos de guérilleros animés par le Fretilin (Front révolutionnaire pour l'indépendance de Timor oriental), le mouvement nationaliste qui avait proclamé l'indépendance de Timor oriental (ou portugais) le 28 novembre 1975. Les forces nationalistes timoriennes, servies par une bonne connaissance du terrain, s'accrochent, retardent l'avance de l'adversaire, le stoppent parfois et lui infligent aussi des défaites. M. José Ramos Horta, représentant du Fretilin, de passage à Paris à la fin avril, déclarait alors que les combats continuaient et que même les troupes nationalistes avaient à plusieurs reprises harcelé le nord de la partie occidentale de Timor, qui appartient à l'Indonésie.

Ce qui est certain, c'est que l'Indonésie, malgré son grand désir, n'a jamais pu annoncer l'annexion définitive et pacifique de Timor oriental à son immense empire. Pourtant, Djakarta ne semble lésiner ni sur les moyens en hommes (40 000 soldats) et en matériel, ni sur les méthodes employées, c'est-à-dire la terreur, la dévastation et même le génocide. Les exécutions sommaires d'otages sont monnaie courante, de même que

la pratique de la « terre brûlée » à l'aide de défoliants et autres produits autrefois largement utilisés au Vietnam.

Quant à la liquidation physique de la population de Timor, certains rapports font état du massacre de 100 000 personnes, soit environ 15 % de la population. Ce chiffre ne peut vraiment étonner que ceux qui ignorent la mentalité de l'armée indonésienne et les moyens « énergiques » que Djakarta a l'habitude d'employer pour réduire les opposants : que l'on se rappelle la féroce répression anticommuniste de 1965, qui fit des milliers de victimes et des dizaines de milliers de prisonniers, dont peut-être encore 100 000 crouissent toujours sans jugement au fond des prisons ; or c'était l'armée qui avait conduit cette sauvage répression pour le compte du général Suharto, actuel président de la République.

La guerre donc continue à Timor oriental, dans l'indifférence quasi générale de la planète que n'arrivent pas à briser quelques appels au secours en provenance de la petite île de la Sonde.

On connaît l'enchaînement des événements : appliquant les principes de la décolonisation proclamés par la révolution du 25 avril 1974, le Portugal abandonne sa colonie au début d'août 1975. Lisbonne n'aura guère marqué ce petit morceau de terre — à cette exception près que le catholicisme s'est solidement implanté, rassemblant environ le tiers de la population. Une espèce de

guerre civile éclate entre les mouvements timoriens nationalistes et ceux favorables à l'Indonésie, mais le 28 novembre 1975, le Fretilin proclame l'indépendance ; le 7 décembre, les premières troupes indonésiennes débarquent pour favoriser le rattachement de Timor oriental à l'Indonésie, rattachement qui devait être proclamé le 17 août 1976, jour de la fête nationale indonésienne.

L'agression indonésienne fut condamnée par plusieurs pays — notamment par la Chine — et le 11 décembre 1975 la Commission de l'Assemblée générale de l'ONU adoptait une résolution demandant à tous les pays de respecter le droit du peuple de Timor oriental à l'autodétermination, la liberté et l'indépendance. Le 22 décembre 1975, le Conseil de sécurité des Nations Unies adoptait une résolution condamnant l'agression indonésienne et demandant le retrait des troupes de Djakarta. Résolution requise et adoptée à nouveau le 22 avril 1976.

Mais, quoi que la République démocratique de Timor oriental ait reçu l'appui de nombreux pays du tiers monde, la guerre continue. Plus exactement, l'Indonésie n'entend pas lâcher le morceau. En fait, la guerre que livre l'Indonésie n'est pas une simple guerre d'annexion territoriale. D'abord, un Timor oriental indépendant pourrait être un exemple à imiter et le signal de revendications autonomistes ou indépendantistes pour les nombreuses ethnies que Djakarta rassemble tant bien que mal. Il

ne faut pas oublier, par exemple, qu'en Irian occidentale (partie occidentale de la Papouasie qui fait partie de l'Indonésie) des groupes de guérilleros luttent depuis bientôt une dizaine d'années contre l'occupant indonésien.

C'est, d'autre part pour l'Indonésie, la manière d'affirmer le rôle que les USA semblent bien lui avoir reconnu de « gendarme » de cette partie du monde.

Enfin, il y a le pétrole : au large de Timor des gisements de pétrole et de gaz ont été localisés qui seraient prometteurs. Djakarta ne voudrait pas laisser échapper ces richesses.

C'est dire que les Indonésiens n'ont pas baissé les bras. Certains misent sur une lassitude et même une révolte des troupes indonésiennes engagées, qui piétinent, ne pouvant se prévaloir d'aucun succès véritable et n'ont d'autres perspectives militaires qu'une longue guerre d'usure qui, par la seule loi du nombre, tournerait à son avantage : mais c'est un bien faible espoir. Quant à une nouvelle condamnation de l'agression par les Nations Unies, lors de la prochaine Assemblée générale, elle risque fort de n'avoir pas plus d'effets que les précédentes. Reste la dernière solution, presque désespérée, et qui coûterait sans doute beaucoup de pertes et de destructions aux habitants de Timor, l'intervention armée de puissances extérieures contre l'envahisseur...

Christian RUDEL

in: La Croix, 24/5/1978

Bruno Kreisky, Österreichs Bundeskanzler, erklärte, die hohe Arbeitslosigkeit im Westen könnte als Verletzung der Menschenrechte ausgelegt werden. „Auf die Gefahr hin, gewissen Menschen auf die Nerven zu fallen, könnte behauptet werden, daß der Westen mit 17 Millionen Arbeitslosen für seinen Teil Menschenrechte nicht respektiert.“ Der Westen sei nicht in der Lage, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Das sei ein „mächtiges politisches Argument“. Habe nicht die Vergangenheit gezeigt, daß

Arbeitslosigkeit mit der Zeit zu Diktaturen führe, „welche eben die Freiheiten aufheben, über die wir so leidenschaftlich wachen“?

in: Publik-Forum Nr. 9/78 ↑, Nr. 11/78 ↓

Andrew Young, US-Botschafter bei der UNO, erklärte, die Menschenrechte würden in Südafrika stärker unterdrückt als in der Sowjetunion. Es gäbe „kein einziges Land, nicht einmal die Sowjetunion, das seiner Bevölkerung jede Chance einer Teilnahme am

gesellschaftlichen und politischen System verweigert, wie dies Südafrika tut“. Die Lage in Uganda sei „vielleicht genauso schrecklich“, doch unterhielten die USA dort keine Botschaft. „Wenn wir unsere Beziehungen zu Südafrika genauso reduzieren, wie wir es mit Uganda getan haben, würde sich Südafrika wirklich in einer schwierigen Lage befinden.“ Seine Regierung bemühe sich jedoch weiterhin darum, mit Südafrika „zusammenzuarbeiten, um gewaltlos wirkliche Veränderungen zu erreichen“.



Dass diese Nummer dicker ausgefallen ist als üblich, fühlte ja auch ein Blinder. Wir brachten es aber nicht fertig auf einen der gedruckten Beiträge zu verzichten. Und viele andere mussten wir weglassen. Diese Ausgabe zählt daher als Doppelnummer und muss aus finanziellen Gründen als solche im Abonnement verrechnet werden. Wir hoffen, dass unsere Leser in den Ferien Zeit für ein gründliches Lesen finden werden.

*

Das Gedicht S.10 stellte René Welter uns freundlicherweise zur Verfügung. Die Aphorismen SS.13,16,34 + 44 stammen aus "Auf dem Leben steht Todesstrafe" von Guy Ren-
wenig, Edition Kontext, 1978.

*

Zusammen mit "d'Alternativ, Atomix, de Jocist, de Kéisécker, Klassenkampf, Lénks-
ofensiv, A Nossa Voz, Publik, u.a." macht "forum" seit einigen Wochen mit in einem
Koordinationskomitee, das sich darum bemüht auch den alternativen, nicht-berufli-
chen Presseorganen ein Recht auf offizielle Informationen zu sichern. Kontakte
mit dem Journalistenverband und dem "Service Information et Presse" blieben bisher
bei höflichen, nichtssagenden Antwortsschreiben. Affaire à suivre.

*

Unser in Nr. 24 angekündigter Beitrag zu den "Journées Internationales pour une
Société dépassant les Dominations" über die Pressefreiheit in Luxemburg ist inzwi-
schen erschienen. Interessenten erhalten kostenlos ein Exemplar auf Anfrage bei der
Redaktion.

d'Peffermillen

Alle Jahre wieder ... De Koschter bewonnert dem CSV-Deputéierte L.Bollendorff
séng Ausdauer, all Joer neess dem Staats- an Ausseminister d'Fro ze stellen,
wéi et mam Gesetzprojet iwert e Statut fier Entwécklungshelfer steet. Bis
elo huet den Här Thorn (säit 1968! - vgl. "forum" Nr. 9/76 und 11,16,18/77).
d'Froesteller ëmmer op "ganz geschwënn" verträischt. Dës Kéier (17.5.1978)
wor e méi éierlech: " ... il n'y a pas lieu d'intervenir auprès du Conseil
d'Etat pour que l'urgence soit reconnue à la proposition de loi ..."
Bis d'next Joer dann.

m.p.

Vor der Genehmigung des Antrags Otto von Habsburg auf Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit machte der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestags, Axel Wernitz (SPD), auf die Einbürgerungsrichtlinien aufmerksam. Nach seiner Ansicht erfüllt Habsburg die Voraussetzungen nicht. Nach den zwischen dem Bundesinnenminister und den Länderinnenministern abgestimmten Richtlinien werde unter anderem gefordert, der Einbürgerungsbewerber „muß nach seinem Verhalten in Vergangenheit und Gegenwart Gewähr dafür bieten, daß er sich zur freiheitlichen de-

mokratischen Grundordnung bekennt und für ihre Erhaltung eintreten wird. Personen, die in innerer Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, ist die Einbürgerung zu versagen.“ Wernitz bezieht sich auf Äußerungen Habsburgs, bei Bedarf die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik befristet außer Kraft zu setzen und zu einer Ein-Mann-Diktatur auf Zeit zu deformieren. Auch der Innenminister von Baden-Württemberg habe betont, die Auffassung Habsburgs sei mit dem Verfassungsverständnis der Bundesrepublik unvereinbar.

Bemerkenswert an diesem Auszug aus der Süddeutschen Zeitung (10./11.6.78) ist vor allem der letzte Satz. Wie kann ein CDU-Minister so garstig über

einen Gesinnungsfreund urteilen. Schön, dass wenigstens das L.W. tapfer zu seinem Starkkommentator steht. Es sieht ganz so aus, als ob unserer katholischen Zeitung die "geistige Grösse" (rn dixit, L.W., 3.7.78) des CSU-Freundes und Möchtegern-Europarlementariers mit k.u.k - Vergangenheit unproblematischer erscheint als der CDU. Ihr hat er genug Porzellan zerschlagen. Im L.W. darf er weiterhämmern. csst

De Koschter wor de läschte 15.6.1978 an enger séier interessanter Konferenz di de Lëtzebuenger Journalisteverband mat hierem däitsche Kollég Fritz Raff organiséiert hat iwert Thema: "Der Einfluss der neuen Satztechniken auf den Beruf des Journalisten." Eng Saach as an där Konferenz jiddefalls kloer gin: Wann an där nexter Zäit och an de lëtzb. Zeitungen dat groust Sand-an-d' Ae stréen ufänkt iwert di grouss Vierdeeler vun där fantastescher Moderniséierung vun hierem Betrieb - eng Zeitung as jo scho seit Méint am gaang -, da soll de Lieser sech nët täusche loossen: ausser enger - laangfristeg gesinliicht verbesserter Aktualitéit kënt dem Lieser kee Virdeel derbäi zegudd. Och de Journalist huet keen Avantage, e muss heechstens ënnert nach méi Zäitdrock nach méi Aarbecht leeschten. Dat technescht Personal kennt nëmme No-deeler: no a no verléiert et séng Aarbechtsplatz. Di eenzeg also di e Vierdeel bei där Modernisatioun hun, sin d'Verleger, d'Aktionäre: sie spuere vill Geld.

Anerersäits gouf bei där Konferenz vun engem Auslänner ee Vierdeel vun der politescher Situatioun um Lëtzebuenger Pressemaart däitlech: Well ons Dageszeitungen all politesch fest orientéiert sin, also a politescher Konkurrenz stin, sin se och drop ugewisen sech um Gebidd vun der journalistescher Qualität Konkurrenz ze man. Nodém de Koschter su oft an ëmmer nach di politesch Eesäitegkeet vun onsen Zeitungen bedauert a kritiséiert huet, well doduerch hier Objektivitéit a Vollstännegkeet verluer gin an de Lieser sech muss e puer Zeitungen uschafen fier eng komplett Informatioun ze hun, as e gär bereet deen Avantage unzeerkennen. m.p.

JOURNEES INTERNATIONALES POUR UNE SOCIETE DEPASSANT LES DOMINATIONS:
Texte de discussion d11

LES DOMINATIONS DANS LE MILIEU PALESTINIEN AU IER SIECLE DE NOTRE ERE

Comment Jésus s'est-il situé face aux dominations de la société de son temps? Voilà qui n'est pas simplement d'un intérêt historique ou académique. On prend aujourd'hui de plus en plus conscience de la nécessité d'une telle démarche pour comprendre en profondeur la signification des dires et des pratiques de Jésus et comme source d'inspiration pour la foi et l'action des chrétiens. Il ne s'agit pas d'utiliser des passages isolés de l'évangile en guise d'arguments, mais d'adopter une perspective globale, qui permette de restituer Jésus et son message transcendant dans toutes les dimensions de leur réalité.

I. INTRODUCTION

L'Asie a connu une féodalité de type particulier. Celui-ci est caractérisé par le fait que les paysans vivent en communautés très organisées, centrées sur les rapports de parenté et ayant une cohésion interne fort grande, alors que l'Etat, dirigé par des princes ou des rois, s'approprie le surplus en jouant sur la production par le biais de l'organisation de l'irrigation. Cela est un modèle qui a prévalu dans les régions de culture rizière, à peu près dans tous les cas (1).

Par contre, en Asie Occidentale, (le Moyen Orient), là où l'irrigation n'était pas nécessaire, c'est une organisation quelque peu différente qui se développa. Ces régions sont caractérisées par des guerres perpétuelles, car elles sont les lieux des grandes voies de communication entre l'Orient et l'Occident et entre les grands empires (Babylone, Egypte) et par conséquent il s'est agi la plupart du temps de royaumes à aristocraties guerrières. Cela a amené l'Etat à prélever également une grande part du surplus produit par les activités des gens (à la fois sur le plan de la production agricole et des échanges), afin, notamment, de pouvoir

financer les guerres.

L'empire romain s'est développé selon un autre type social, le mode de production esclavagiste, dû au développement intensif du commerce maritime. A cause de ce dernier, la société avait besoin d'un très grand nombre d'agents producteurs, afin de pouvoir multiplier les échanges. C'est ce qui a provoqué la naissance de l'esclavage, qui caractérisa notamment un certain nombre des empires bordant la Méditerranée. C'est d'ailleurs là, en grande partie, l'origine de la notion de propriété privée, développée par la suite dans le droit romain.

La Palestine, après l'exil de la population d'Israël à Babylone, fut toujours soumise aux empires voisins (Perse, Rome, etc.) en même temps qu'elle était dominée intérieurement par la classe des riches propriétaires terriens. Au II^e siècle avant notre ère, lors du processus d'hellénisation, la région connut la révolte des Macchabées. C'est l'empire romain, sous le commandement de Pompée, qui en 63 avant notre ère établit un maître sur toute la région et intégra la production économique de la Palestine dans le commerce de l'empire.

La Palestine elle-même à cette époque est divisée en deux régions géographiques bien distinctes. Il y a d'abord la Judée, région située autour de Jérusalem et de son Temple, région montagneuse et caractérisée économiquement par un mode de production sub-asiatique. Les terres sont arides et sèches. On y cultive des olives, des fruits et l'élevage des moutons et des chèvres y est assez répandu. Il y a également des forêts.

Par contre, la Galilée, est traversée par deux grandes voies commerciales, l'une conduisant de Damas à la mer et l'autre de Damas à Jérusalem. C'est un pays très fertile, caractérisé par de grandes propriétés, où l'on cultive le blé et où l'on dispose aussi de grands élevages de bétail. Il y a des pêcheurs le long de la mer et des lacs. Les marchands étrangers y ont une influence très grande, ce qui est à l'origine d'une des caractéristiques de la Galilée, celle d'être une terre de sang mêlé et par conséquent tombant dans la catégorie de l'impureté par rapport à la race juive (Mathieu 4-13 : territoire de gentils, peuple qui vit dans les ténèbres). La Galilée fut aussi le lieu d'origine de très nombreuses révoltes de paysans et notamment celle des Zélotes.

Sur le plan de la géographie sociale, il y avait une différence importante entre les villages, qui vivaient en entités autarciques et selon un modèle social de type clanique et d'autre part les villes particulièrement développées en Judée, notamment Jérusalem, aux sociétés stratifiées.

II. LE CADRE HISTORIQUE DE LA PALESTINE DU PREMIER SIECLE

1. L'EMPIRE ROMAIN

L'empire romain a établi sa dénomination, et celle-ci prend plusieurs aspects.

Elle est d'abord de type économique et s'exerce par les exactions qui ont pour but de drainer le surplus produit en Palestine vers le centre romain. Ce drainage se fait tout d'abord officiellement, par les diverses formes d'impôts : environ 6.000.000 de deniers (un denier = un jour de travail pour un ouvrier) sont ainsi transférés chaque année, par le biais du *tributum* (impôt personnel, s'élevant à un quart de la récolte); de l'*annona* (impôt en nature ou en travail pour l'armée) et de *publicum* (taxes et accises). Cependant, il y a également un prélèvement inofficiel, exercé par les fonctionnaires romains ou leurs alliés palestiniens.

La domination est également politique et elle s'exerce par le biais d'intermédiaires, recrutés

dans les classes dominantes d'Israël et dans les fonctionnaires "romanisés". C'est ainsi que l'on peut distinguer la pyramide suivante :

Sur le plan politique il y a d'abord le Procurateur de Judée, qui est romain, réside à Césarée (probablement pour ne pas être trop visible à Jérusalem), mais qui vient dans cette ville au moment des grandes fêtes. C'est lui qui nomme le grand prêtre, le choisissant dans l'une des quatre familles dominantes de la société de l'époque. Sur la Galilée, c'est le Légat romain de Syrie qui exerce le pouvoir, mais par l'intermédiaire du roi Hérode Antipas.

Le pouvoir romain contrôle indirectement les grands propriétaires et l'aristocratie, par le fait qu'il s'arroge la possibilité d'une destitution arbitraire de leurs droits de propriété. L'intérêt donc de cette classe est de collaborer avec le pouvoir romain.

"Les ouvriers urbains et même la petite bourgeoisie souffrent également des conséquences économiques de la double exploitation romaine et locale. Celle-ci se manifeste notamment par un taux d'inflation important, du chômage, la naissance de bandes armées dans les régions rurales, etc..."

Enfin viennent une série de fonctionnaires intermédiaires, directement appointés par le pouvoir romain et généralement recrutés parmi les anciens du *Sanhedrin* (Conseil supérieur) et dans les grandes familles. Quant aux publicains, ils sont recrutés dans des milieux moins élevés et sont chargés de percevoir les taxes.

La domination militaire s'effectue par une présence de l'armée romaine en Palestine, recrutés généralement en Syrie et parmi les non-juifs de Palestine. Cette armée est cantonnée le long des côtes.

2. LA HIERARCHIE SOCIALE LOCALE

Il y a une conjonction d'intérêts entre l'exploitation romaine et l'exploitation locale. Cette dernière s'exerce notamment par de très nombreuses contributions à donner au Temple. La conjonction des deux phénomènes a pour effet une grande pauvreté parmi les petits paysans.

Les ouvriers urbains et même la petite bourgeoisie souffrent également des conséquences économiques de la double exploitation romaine et locale. Celle-ci se manifeste notamment par un taux d'inflation important, du chômage, la naissance de bandes armées dans les régions rurales, etc... Par contre, les propriétaires terriens bénéficient de la montée des prix agricoles, tandis que la grande bourgeoisie urbaine tire ses profits de la fonction de Jérusalem comme centre de consommation. Ainsi donc, l'opposition entre les trois groupes sociaux, classe populaire, grande et petite bourgeoisie est objectivement et parfois subjectivement très forte.

III. UNE ANALYSE SYSTEMIQUE

L'analyse que nous allons faire maintenant de la société palestinienne au moment où Jésus s'y situe comme acteur envisagera l'ensemble social comme une série de systèmes en interaction, qu'il faut à la fois décrire et expliquer.

1. LE SYSTEME ECONOMIQUE

Une grande différence existe entre les régions rurales et urbaines et c'est pour cela que nous divisons cette partie de l'exposé en deux.

a) Les Régions rurales.

Dans les villages, la production est généralement organisée sur la base de petites propriétés terriennes, combinées avec une partie de terres communales, possédées par les communautés villageoises. Ces dernières sont généralement auto-suffisantes sur le plan de la production agricole. Il y a également des petits artisans et généralement les échanges s'établissent sur la base du troc. On ne peut donc parler d'une société de classes dans la vie villageoise. Cependant, depuis l'établissement de la domination de l'empire romain, une paupérisation progressive s'est établie. En effet, non seulement l'Etat palestinien (Le Temple) canalise une partie du surplus : le didrachme pour le Temple, la dîme pour le clergé, les dépenses faites par les familles et les individus pour les fêtes à Jérusalem, mais le colonisateur romain y a superposé également son absorption de surplus.

Par ailleurs, les grandes propriétés, dont la production en Galilée est le blé ou l'élevage de bétail et en Judée les olives, les fruits, les élevages de moutons et de chèvres, sont gérées indirectement par les grands propriétaires, qui habitent généralement en ville où ils font le lien avec l'économie urbaine et avec les grands marchands internationaux. Ces propriétés terriennes vivent dans le circuit d'économie monétaire et même les ouvriers agricoles sont au moins partiellement payés en argent.

b) Le milieu urbain.

Nous pouvons distinguer dans le milieu urbain trois secteurs de l'activité économique : la production, la circulation et la consommation. Sur le plan de la production, les artisans travaillent dans le textile, la production alimentaire, la construction, les parfums, l'orfèvrerie, etc. Un certain nombre de ces secteurs sont très importants pour les pèlerins qui viennent à Jérusalem chaque année. Il y a ensuite les ouvriers, qui essentiellement travaillent dans le secteur de la construction. Il ne faut pas oublier que le Temple a été reconstruit entre 20 avant J.C. et 62 après J.C. et que aussi bien rois et aristocrates locaux que fonctionnaires romains se font construire des palais. On estime qu'en l'an 60, il y avait environ 10.000 ouvriers, rien qu'à Jérusalem.

"Le Temple remplit à la fois la fonction de ce qu'on peut appeler aujourd'hui la Banque Nationale, la Bourse de Commerce et l'Etat dans ses fonctions fiscales."

Sur le plan de la circulation des biens, il y a d'une part les grands marchands, qui possèdent des esclaves et qui font le commerce des matières premières et des produits agricoles. Ils s'inscrivent dans les courants commerciaux passant par ces régions et reliant les grands empires. Par contre, les petits marchands sont souvent artisans eux-mêmes ou appartiennent au même groupe social.

Enfin, sur le plan de la consommation, on peut dire que le Temple est le centre de cette fonction économique. En effet, y affluent d'une part les dons des juifs de la diaspora, les taxes, les revenus du commerce des victimes pour les sacrifices (monopolisés par une des quatre familles où se recrute le grand prêtre) et les revenus des propriétés terriennes. Par ailleurs, le Temple est aussi le pôle de la circulation économique, étant donné

qu'il possède le trésor. En fait, le Temple remplit à la fois la fonction de ce qu'on peut appeler aujourd'hui la Banque Nationale, la Bourse de Commerce et l'Etat dans ses fonctions fiscales.

2. LE SYSTEME SOCIAL

Le système social de la Palestine est assez complexe, car il ne correspond pas uniquement à une société de classes, divisée par des facteurs économiques, mais il est également traversé par d'autres formes de stratification sociale, héritées de situations précédentes et notamment de sociétés claniques.

Le système économique dont nous avons parlé permettait de faire une distinction entre la société rurale et la société urbaine et cela se manifeste également sur le plan du système social, c'est-à-dire, de la position que les groupes sociaux occupent dans les rapports sociaux de production et dans l'échelle des statuts. Du côté rural, il y a les groupes suivants : les grands propriétaires (généralement absents), les petits propriétaires, les artisans, les ouvriers agricoles et les esclaves.

Du côté urbain, on peut dénoter dans la grande bourgeoisie, une triple classification : l'aristocratie sacerdotale, composée des quatre familles dans lesquelles le procurateur romain choisit le grand prêtre; les grands marchands et les hauts fonctionnaires. Ces deux dernières catégories forment l'aristocratie laïque. Il y a ensuite une petite bourgeoisie, composée d'artisans, de petits marchands, de fonctionnaires moyens, laïques ou prêtres et lévites. Enfin il y a des ouvriers, généralement attachés au Temple et un certain nombre d'esclaves. Finalement, il faut signaler un prolétariat marginal, non-intégré dans le circuit économique et souvent composé de personnes exclues de l'ensemble social organique pour des raisons autres qu'économiques.

Et c'est ici que nous devons aborder deux autres aspects de la stratification sociale. Le premier est un facteur ethnique. Il y a des juifs purs et impurs, le caractère de légitimité étant notamment assuré par l'appartenance ethnique. C'est ainsi que trois catégories existaient : les légitimes, ceux marqués d'une légère illégitimité et ceux marqués d'une forte illégitimité. Ces derniers étaient exclus de toute participation sociale. Il faut dire que le nombre de juifs non légitimes était plus grand en Galilée, ce qui était à l'origine de la mauvaise réputation de cette province.

Par ailleurs, il y avait également des tabous d'origine religieuse. Etaient considérés comme pécheurs ceux qui avaient d'une manière ou d'une autre transgressé la loi : cette qualification était généralement transitoire, mais manifestait une sanction de type religieux legaliste. Etaient ensuite considérées comme impurs, les personnes atteintes de certaines maladies, notamment les maladies mentales (considérées comme possédées par le démon) et les lépreux. C'est la raison pour laquelle ces personnes vivaient en marge de la vie sociale et culturelle palestinienne.

3. LE SYSTEME POLITIQUE

Une fois de plus, nous allons distinguer la société rurale de la société urbaine.

Dans la société rurale, l'autorité est liée à la "maison" ou au lignage. C'est ainsi que le chef de famille était le représentant mâle le plus âgé du lignage et que ce dernier faisait partie du conseil des anciens du village, exerçant collectivement l'autorité dans la micro-société rurale. Cependant, pour pouvoir faire partie du conseil des anciens, il fallait être juif ou de race pure. Il y avait également dans chaque conseil un prêtre. Il n'y a donc pas là une division de classes, mais une hiérarchie de statuts, très proche de la société de type clanique.

Sur le plan urbain, la société est évidemment plus complexe. Il y a d'abord dans la plupart des villes des conseils d'anciens, auxquels n'appartiennent que les familles aristocratiques, les grands propriétaires, etc. Ces conseils monopolisent le pouvoir politique et économique et manifestent donc déjà l'établissement d'une société de classes (même si le concept de classe ne s'applique pas encore totalement à ce genre de stratification). Sur le plan de l'Etat, c'est-à-dire de Jérusalem, la situation du système politique est encore plus élaborée.

"Les liens politiques avec l'empire romain colonisateur s'établissaient par le biais de la hiérarchie politique existante."

L'Etat est composé de deux organes principaux : le Sanhedrin et le grand prêtre.

- *Le Sanhedrin* a des fonctions différentes sur la Judée, la Galilée et la Diaspora. En Judée, il constitue le pouvoir politique suprême et global. Par contre, en Galilée, le roi Hérode gouverne sous le contrôle romain et les juifs de la Diaspora appartiennent à des Etats divers. Dans ces deux derniers cas, le Sanhedrin joue le rôle de Tribunal Suprême et de pouvoir idéologique. Par conséquent, la superstructure que représente l'Etat se trouve située dans le Temple. Le Sanhedrin est composé de 71 membres, appartenant essentiellement à deux partis, celui des sadducéens (les familles des grands prêtres et les anciens des familles aristocratiques) et le groupe de la petite bourgeoisie, composé des scribes, des pharisiens, des prêtres.

- *Le grand prêtre* a remplacé le roi depuis l'exil de Babylone. La fonction était héréditaire, mais depuis l'établissement de la colonisation romaine, le titulaire est appointé par le procureur romain. Alors que le Sanhedrin représente une autorité qui s'exerce occasionnellement, le grand prêtre représente l'autorité suprême permanente, s'exerçant au départ du Temple, à la fois sur le plan politique, administratif et économique.

Autour du Temple se trouve la communauté sacerdotale, qui est chargée de l'organisation du culte et de la police, exerçant cette dernière fonction par l'intermédiaire des lévites. C'est un prêtre qui est le trésorier et qui exerce la fonction financière. Il y a ensuite une série de fonctionnaires, à la fois prêtres, lévites et laïques.

On ne peut pas parler du système politique, sans faire allusion à la stratification politique des groupes. En voici une nomenclature, qui cependant ne tient compte que de l'aspect politique. Il est évident que nous retrouverons ces groupes dans le système religieux, car nous ne pouvons oublier que celui-ci est dominant dans la société palestinienne.

Les *sadducéens* constituent l'aristocratie juive et ils sont liés par leurs intérêts économiques avec le pouvoir colonial.

Les *pharisiens* sont des membres de la petite bourgeoisie urbaine : artisans, petits marchands, scribes, etc... : leur pouvoir politique s'est nettement accru depuis les Macchabées.

Les *zélotes* sont un groupe ayant opté pour une solution de guérilla contre les romains, mais également contre les exactions de certains grands propriétaires. Leur groupe semble avoir diverses sources d'inspiration : Judas le Galiléen; un certain Saddoq, pharisien, mais aussi des courants d'origine hellénique. L'idéologie qui l'oriente est assez typique de celle des pharisiens, car elle envisage la restauration de l'Etat juif dans sa dimension théocratique, dans la ligne d'un messia-

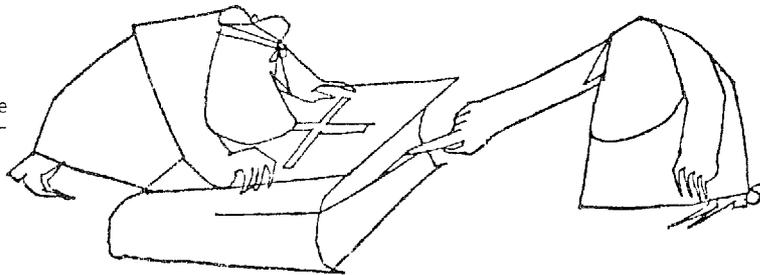
nisme davidien. Le recrutement des combattants semble cependant effectué dans la classe des petits paysans, qui précisément souffrent tout particulièrement de la double exaction coloniale et locale. Déjà avant le temps de Jésus, la répression romaine contre des mouvements semblables avait été particulièrement brutale. C'est ainsi que Varius, le légat romain de Syrie, avait fait crucifier 2.000 personnes. Les zélotes, animés par l'idéologie politico-religieuse décrite plus haut, arriveront au pouvoir en l'an 68, après avoir tué le grand-prêtre en exercice. Ils établirent un nouveau grand prêtre, qu'ils choisirent dans une des familles traditionnelles et lorsque les Romains intervinrent contre leur prise de pouvoir, en 70, ils défendirent le Temple, comme siège de toute la symbolique religieuse, jusqu'au dernier homme. C'est cela qui provoqua la chute de Jérusalem. Le mouvement des zélotes, qui est parfois présenté comme un mouvement de guérilla destiné à établir une société où la division de classes serait abolie, n'avait donc guère ce caractère. Les petits paysans entraînés dans la lutte armée, y étaient présents en raison de leur situation désespérée, mais non sur la base d'une idéologie représentant leurs intérêts objectifs.

Il faut enfin ajouter que les liens politiques avec l'empire romain colonisateur s'établissaient par le biais de la hiérarchie politique existante. C'est ainsi que le grand prêtre était nommé par le procureur romain, que les membres de l'administration romaine supérieure étaient recrutés dans l'aristocratie ou en Galilée parmi les Hérodiens, que les publicains, d'origine juive, étaient chargés de la collecte des taxes. L'ensemble de ce réseau permettait donc une articulation entre les deux modes de production, celui de l'empire romain et celui de la société de la Palestine.

4. LE SYTEME IDEOLOGIQUE ET RELIGIEUX

Nous traiterons du système idéologique et religieux comme d'un tout, parce que dans les sociétés du type que nous connaissons en Palestine, il n'y a guère de différence entre les deux. En effet, l'idéologie que nous définissons comme l'explication et la justification des rapports sociaux et politiques, est essentiellement religieuse. Nous avons vu que les actes religieux et le symbole religieux que représente le Temple jouaient un rôle très important sur le plan économique, social et politique. La raison et la médiation de cette action se situent sur le plan idéologique.

Il est évidemment difficile de décrire en quelques lignes le fond même de l'idéologie socio-religieuse d'Israël au 1er siècle.



En résumé, on peut dire que la croyance en un Dieu unique, c'est-à-dire le monothéisme du peuple d'Israël, lui-même fruit d'une longue évolution, est à la base de tout le système idéologique. Dieu conduit son peuple et Israël doit lui être fidèle. Cela s'inscrit dans un développement de pensée très fondamental, qui situe en Dieu l'origine du monde et de l'homme et exprime la relation entre les deux notamment par le mythe de la chute et l'introduction du mal dans le monde. Elle y joint aussi une interprétation de l'origine du peuple d'Israël, lié autour de ses ancêtres Abraham, Isaac et Jacob. L'histoire d'Israël apparaît comme la

formation d'un peuple, qui est celui de Jahvé, le Dieu devenu unique.

La conquête de Canaan est interprétée comme l'accomplissement et la continuation de la bénédiction de Dieu à son peuple pour l'avenir, à condition qu'il obéisse à la loi.

De sociétés tribales on est passé à la monarchie, qui est devenue dans la littérature prophétique un des symboles du mal, de l'exploitation et de ce

"L'interprétation de l'Évangile ne peut se faire qu'en tenant compte de la connaissance anthropologique et sociologique de la société dans laquelle l'acteur Jésus a vécu et du type de dominations existant à cette époque et contre lesquelles il a pris parti."

qu'on pourrait appeler en langage moderne de l'apparition d'une société de classes. D'où la réaction des prophètes, manifestant un espoir messianique, l'idée d'une nouvelle alliance entre Dieu et son peuple, celle d'une nouvelle Jérusalem, incluant une destinée collective du peuple, mais à l'intérieur même de l'histoire.

Ce qui est intéressant de relever, c'est la relation qui existe entre l'idéologie religieuse et les différents groupes dont nous avons déjà parlé. Ainsi, les sadducéens, représentant le groupe le plus conservateur, s'appuient surtout sur la thora, la loi originelle d'Israël et s'opposent aux courants eschatologique et apocalyptique, de même qu'à l'idée de la résurrection des morts.

Par contre, les pharisiens forment le centre même de la production religieuse eschatologique et apocalyptique. Certains développent une certaine idée pessimiste sur l'homme, débouchant sur l'importance de l'autre monde, qui doit être obtenu par une stricte observance de la loi. Leur idéologie est assez typique d'une classe urbaine, qui centre sa conviction religieuse sur le salut individuel.

Les scribes étant les spécialistes de la législation religieuse et du code pénal ont quasiment le monopole de la connaissance de l'hébreu et par conséquent ils disposent d'un contrôle idéologique assez important sur les masses : ce sont eux souvent qui opèrent dans les synagogues le jour du sabbat. Ils partagent dans une grande mesure également le courant eschatologique et en fonction de cela ils s'opposent au groupe des prêtres.

Les prêtres, faisant partie d'un groupe ethnique, les 24 lignages de la tribu d'Aaron, sont divisés en haut clergé et bas clergé et ont le monopole du langage rituel, c'est-à-dire du culte. Ils sont aidés, comme on l'a déjà dit, par les lévites, appartenant également à une tribu.

Les Esséniens forment un groupe de type monacal, qui résout le problème par une vie recluse du monde et un retrait de la société.

Les zélotes enfin formaient un groupe essentiellement politique, pratiquant la guérilla, mais idéologiquement centrés sur la restauration du messianisme davidique.

Comme on le voit, ces quelques traits, qui devraient être approfondis, montrent que les divers groupes sociaux s'approprièrent de manière différente l'idéologie religieuse.

Il faut se rappeler enfin que Dieu réside dans le Temple, faisant de ce dernier le signe et la réalité de la garantie divine donnée à l'ensemble de la société d'Israël.

IV, QUELQUES CONCLUSIONS

Cette analyse rapide de la société palestinienne permet de se rendre compte que dans une société comme celle de la Palestine de cette époque, la fonction du religieux dépasse évidemment ce que nous appelons aujourd'hui la réalité

religieuse. En effet, le surnaturel est présent partout et le Temple, symbole et lieu de la présence divine, est également le centre du pouvoir politique et du pouvoir économique. Par conséquent, il faut se replacer dans cette situation pour comprendre les événements du temps. Nous ne pouvons juger de la société palestinienne et des acteurs sociaux et religieux qui y ont rempli un rôle, sans avoir cela en mémoire. Il n'y est pas possible d'agir sur le plan religieux, sans agir également sur les autres plans. Les distinctions que nous connaissons entre les plans temporels et spirituel, entre le politique et le religieux, entre les institutions spécialisées dans les différents domaines des activités humaines, n'existaient pas de la même façon dans les sociétés de type pré-capitaliste. Interpréter l'action d'un acteur, tel que Jésus en fonction d'une référence purement religieuse, dans le sens dont nous l'entendons aujourd'hui, serait par conséquent erroné.

Cela ne veut pas dire qu'il faille chercher dans les paroles et les actes de Jésus des justifications immédiates pour une action de type politique dans les sociétés contemporaines. Mais, cela signifie que l'interprétation de l'Évangile ne peut se faire qu'en tenant compte de la connaissance anthropologique et sociologique de la société dans laquelle l'acteur Jésus a vécu et du type de dominations existant à cette époque et contre lesquelles il a pris parti.

Ainsi par exemple, lorsqu'il prend position en faveur des pauvres, est-il nécessaire de savoir qui étaient les pauvres dans la Palestine du temps. Une interprétation purement spirituelle de leur position serait bien dangereuse. L'opposition au groupe des sadducéens et des pharisiens, a plus qu'une signification purement religieuse. Le choix des Apôtres est également symboliquement signifiant, par rapport à la société du temps. Le fait d'annoncer un messianisme, qui n'est pas celui de la restauration du davidisme, est évidemment plein de signification sociale. La condamnation radicale du pouvoir religieux a également des dimensions de type politique et économique.

La subversion du système symbolique et idéologique est aussi importante. Il s'agit notamment du renversement des codes idéologiques fondamentaux, du pur et de l'impur, du riche et du pauvre, de la foule et du puissant. Tout cela replacé dans une société traditionnelle de type pré-capitaliste revêt une dimension sociale et politique précise. Le fait de lire les impératifs religieux d'en bas plutôt que d'en haut de l'échelle socio-religieuse, comme c'est le cas de l'attitude de Jésus vis-à-vis du Sabbat, vis-à-vis du jeûne, vis-à-vis du nouveau vin que l'on ne peut pas mettre dans les vieilles outres, doit aussi être remis dans son contexte général.

L'idée exprimée de la destruction du Temple ne peut passer sous silence sa signification comme symbole fondamental de toute la société et pas seulement comme symbole religieux.

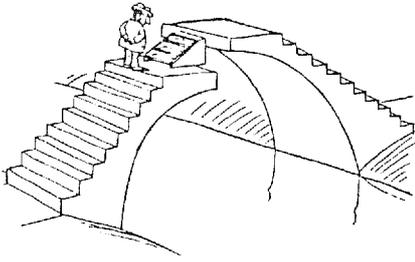
Il est évident que le Christ s'est situé fondamentalement dans le champ religieux, mais ce champ religieux dans la société palestinienne avait une résonance bien autre que celle du champ religieux dans nos sociétés contemporaines.

Il faut enfin noter que la mort de Jésus a été le résultat d'une coalition entre les forces de l'empire romain, l'élite sociale juive (grand prêtre, sadducéens), les pharisiens et même la foule qui choisit Barrabas. Il semble donc bien que le message de Jésus ait été au-delà de tous les projets que pouvaient avoir ces différents groupes sociaux et que la subversion de l'ordre social que signifiait son message et sa pratique, bien comprise par les différents groupes qui l'ont mis à mort, allait plus loin, non seulement qu'une référence à des croyances religieuses mais même qu'une réorganisation de l'ordre existant. Ne pourrait-on dire à ce sujet que le projet fondamental du Christ allait dans le sens d'une utopie, que l'on peut exprimer, en langage moderne, par la création d'une société sans classes ?

(1) Ce texte s'est inspiré de plusieurs sources, mais particulièrement d'un chapitre de l'ouvrage de Fernando Belo, "Lecture matérialiste de l'Évangile de Marc", Le Cerf, Paris 1974. Une étude plus poussée a été produite par le Centre de Recherches socio-religieuses de l'U.C.L.

Pour toute diffusion, prière de mentionner : Textes de discussions pour la préparation des "Journées Internationales pour une Société dépassant les Dominations".

SECRETARIAT D'APPUI DES JOURNÉES INTERNATIONALES, 14, RUE SAINT-BENOIT - 75006 PARIS, FRANCE.



denkanstöße

Die Entfremdung ist ein "Phänomen" das sich bei dem einzelnen Menschen ebenso wie in der menschlichen Gesellschaft zeigt und nicht nur diese oder jene Seite des menschlichen Lebens, sondern den ganzen Menschen betrifft. Deshalb kann der Weg zur Aufhebung der Entfremdung weder nur über die Umgestaltung der äusseren Bedingungen der menschlichen Existenz noch nur über die Veränderung seiner "Innerlichkeit" führen. Die Aufhebung der Entfremdung in der Sphäre der gesellschaftlichen Verhältnisse ist die Vorbedingung für eine volle Entwicklung der nicht-entfremdeten, freien menschlichen Persönlichkeiten, und freie Persönlichkeiten sind die Vorbedingung für die Aufhebung der Entfremdung der menschlichen Verhältnisse. Aus diesem theoretischen Zirkel gibt es keinen theoretischen Ausweg. Der einzige Weg hinaus ist die revolutionäre gesellschaftliche Praxis, durch die die Menschen, indem sie ihre gesellschaftlichen Verhältnisse umgestalten, zugleich ihre eigene Natur verändern. (S.137)

Ich glaube, dass die Unterscheidung zwischen einer konstruktiven und einer nichtkonstruktiven (bzw. destruktiven) Kritik zweifelhaft ist (...). Nichts kann konstruiert werden, ohne zugleich etwas zu destruieren, so dass jede Kritik zugleich konstruktiv und destruktiv ist.(...) Die wesentliche Frage ist, ob eine Kritik wahr oder unwahr, adäquat oder nicht adäquat, berechtigt oder unberechtigt ist, d.i. ob sie wirklich die kritisierte Erscheinung trifft oder nicht. (S.249)

Gajo Petrovic, Philosophie und Revolution.

Il est difficile de dire si l'homme a besoin de plus de sécurité ou de plus d'aventure, à quel point il y a antinomie entre la prose et la poésie qui tissent nécessairement sa vie; on sait en tout cas que l'homme a besoin non seulement de plus d'intelligence, mais aussi de plus de communication, de plus de participation, de plus d'amitié, de plus d'amour.

L'amour (et je ne cherche pas ici à en interroger les sources, les composantes, les formes diversifiées) est l'expérience fondamentalement positive de l'être humain. Elle est la seule riposte (non réponse) à l'angoisse; elle est la seule riposte (non réponse) à la mort. L'amour s'il ne s'enferme pas dans la possessivité et s'il ne se fixe pas dans le fétiche, s'il épanouit son caractère oblatif (et si de quelque façon le don, l'échange, dépassent ou dominant la possession), est ressenti comme communication et authenticité, poésie et vérité. L'amour porte en lui une fantastique vertu qui demande à sortir de ses entraves, à déborder la sphère de la vie privée dans laquelle il est actuellement limité et intensifié, à s'étendre à l'espace et au monde.

Le christianisme n'est certes pas avant tout la "religion d'amour" qu'il prétend; il exprime l'aspiration éperdue au salut individuel. Mais le christianisme originel sécrète un amour religieux, riche, diffus, un jaillissement, vers les choses créées, vers l'autre, l'innombrable, le prochain. D'autre part, le christianisme, s'il porta quelquefois à l'incandescence l'amour religieux n'en détient pas le monopole. Il y eut la tendresse de bouddah Gutama; il y eut l'injonction mosaïque "aime l'étranger, car tu as été étranger au pays d'Egypte...". Mais le christianisme nous pose avec plus de violence que toute autre religion le problème de l'amour. Cette religion à la fois pétrifiée, conserve, entretient, nourrit et tue la sève d'amour.

Edgar Morin

Athéisme et idolâtrie

par HENRI FESQUET

L'ENNEMI héréditaire de la foi chrétienne n'est pas l'athéisme mais l'idolâtrie. A l'oublier, on risque de fausser non seulement la nature du christianisme mais celle de l'athéisme.

Dès ses débuts, le judéo-christianisme eut à s'affirmer contre les mythologies païennes plutôt que contre les philosophies athées dont le rayonnement n'atteignait guère les masses.

Mais ce n'est pas seulement pour des raisons historiques et donc contingentes que l'athéisme ne constitue pas un obstacle de plein fouet. Le Dieu de Jésus-Christ n'est pas le Dieu des philosophes : il atteint le « cœur » au sens pascalien du terme, tandis que la négation de Dieu s'adresse à la seule raison.

L'Evangile ne se préoccupe nullement de démontrer l'existence de Dieu mais d'en vivre et de la rendre désirable. Jésus n'est pas un maître de philosophie ; sa mission n'est pas idéologique, ni même doctrinale, elle est existentielle. Jésus exprime sa foi ; il communique un message, monnaie un amour, prêche une conversion personnelle et un retournement social.

Un aimant

En Jésus, il n'y a aucune distance entre ce qu'il propose, ce qu'il vit et ce qu'il est. Sa vérité, c'est LA vérité, et la vérité c'est LUI. Par surcroît, il se présente comme le médiateur, le sauveur, unique, irremplaçable. On peut se scandaliser de son assertion : « Je suis le chemin, la vérité et la vie », y voir une déraison prétentieuse ou même une paranoïa. Mais c'est ainsi. Des millions d'hommes ont trouvé dans la Bonne Nouvelle des raisons de vivre — et de mourir, — une sagesse supérieure, un levier pour soulever le monde. Le Dieu des chrétiens agit comme un aimant.

Les mystiques, quant à eux, demeurent des phares pour l'humanité. Leur rayonnement surpasse celui des maîtres à penser.

Un athée convaincu, pour lequel l'univers est auto-suffisant et la transcendance une illusion, ne saurait suivre les chrétiens dans leurs motivations : en ce sens — limité, — l'athéisme conspire contre le christianisme. C'est pure acrobatie que d'inventer un christianisme sans Dieu et de tenter

d'escamoter la constante et centrale référence de Jésus à son Père, dont il ne veut être que l'image.

Mais cela n'empêche pas que les athées se retrouvent aux côtés des chrétiens sur les mêmes fronts. Celui qui croit au ciel et celui qui n'y croit pas — ou y croit différemment — peuvent militer ensemble. Leur estime mutuelle ne pâtit pas de leurs divergences. Leur amour pour la justice « s'origine » différemment, voilà tout. Il n'est pas besoin d'être chrétien ou de croire en Dieu pour pratiquer une morale exigeante et lutter pour le respect des droits de l'homme. L'éthique évangélique est capable de séduire les athées. On ne perd pas la foi à cause de l'idéal proposé par Jésus, mais parce que trop de chrétiens s'en détournent.

Le christianisme est au-delà de toutes les philosophies et peut les faire ployer. A la limite, il s'accommode de n'importe quel système de pensée, à condition qu'il ne soit pas clos.

Le christianisme a la prétention d'être valable pour tous les hommes. En fait, des athées et des agnostiques peuvent être convaincus par l'Evangile. Jésus peut renverser leurs barrières idéologiques sans que leur conversion leur apparaisse comme une défaite. Car la foi est d'un autre ordre : elle ouvre des vannes à la manière d'un amour qui assume sans détruire.

Les hommes les plus imperméables à la grâce sont ceux qui se complaisent dans les idoles si souvent évoquées dans la Bible. Plus l'idole est vulgaire et plus elle fait écran. Le jeune homme riche de l'Evangile préfère son argent, ses biens et son confort à Jésus. Le culte du veau d'or constitue le défi le plus grand et le plus permanent qui soit au christianisme. Ce n'est pas pour rien que la première des Béatitudes célèbre l'esprit de pauvreté, dont le corollaire immédiat est l'appétit de puissance.

Mais il est des formes d'idolâtrie plus subtiles et non moins pernicieuses. Hitler, par exemple, a « divinisé le sperme » pour reprendre l'expression d'un philosophe dominicain. Bien sûr, au-delà de l'idolâtrie du sexe — qui n'atteint que les

individus, — le Führer a fait de la « race » un absolu. Redoutable mythologie — scientifiquement absurde au demeurant — qui l'a conduit à exterminer les juifs par millions.

Le mouvement de l'idolâtrie est simple : faire de ce qui est relatif et subordonné un absolu. Il s'agit d'un détournement, d'une usurpation. Succomber au culte de la personnalité, c'est-à-dire préférer obéir aux hommes qu'à Dieu (ou à sa conscience), est une forme d'idolâtrie. Donner aux impératifs d'une morale bourgeoise, aux convenances d'un milieu ou aux coutumes d'une société une importance qu'elles n'ont pas abouti à saccager les personnes. L'Eglise a souvent succombé à ces tentations. Elle a, par exemple, fait passer l'ordre avant la justice (Inquisition, Saint-Office). Elle a déifié l'autorité ecclésiastique, prétendu à l'infailibilité, sacrifié l'honneur, parfois la vie, des réformateurs à des institutions périssables. Aujourd'hui encore elle appelle « sacrées » des instances qui ne le sont en rien et « saint » le pape qui ne peut prétendre à ce titre de son vivant (1). En se prenant pour une fin alors qu'elle n'est qu'un moyen, en se substituant à Dieu qu'elle est censée servir, l'Eglise catholique contribue à se saborder. L'idolâtrie n'est pas seulement un mal en soi, elle a le triste privilège de détourner de Dieu des hommes de bonne volonté.

La doctrine ne sauve pas

Chaque fois qu'un homme d'Eglise confère à la doctrine ou à la théologie homologuées une autorité abusive, elle en fait une idole. Toute théologie est caduque ; le dogme lui-même est l'expression contingente d'une vérité qui n'a de valeur que par le mystère auquel elle se réfère. Confondre le dogme avec la foi, c'est une imposture. La foi sauve, la doctrine, elle, n'a jamais sauvé personne.

L'Ancien Testament est féroce pour les idoles représentant Yahweh. Car Dieu peut être lui aussi idolâtré lorsqu'il est confondu avec les symboles qui le représentent. Pascal a ce mot terrible : « On se fait une idole de la vérité même. » La vérité de Dieu, commente-t-il, est insé-

parable de la charité et c'est dénaturer Dieu que de le vider de l'amour qui le définit (Saint-Jean). Le « Dieu tout-puissant » lui-même peut devenir une idole dans la mesure où il est disjoint du Christ crucifié. Dieu n'est jamais ivre de sa puissance, mais seulement les hommes irrespectueux de la liberté de leurs frères. La notion de Dieu est une des plus piégées qui soient. Chaque fois que des croyants s'en servent comme d'une caution de leur naïveté, de leurs préjugés ou de leur mesquinerie, ils dénaturent la foi chrétienne.

Des saints sans Dieu

Les premiers chrétiens passaient pour être des athées puisqu'ils refusaient de se prosterner devant les dieux du Panthéon. Aujourd'hui, l'athéisme rend de grands services aux chrétiens en les aidant à purifier leur foi et à ne pas « tricher ». Jean Lacroix en a fait le thème d'un de ses meilleurs ouvrages (2).

Comment ne pas remarquer une certaine fraternité entre les chrétiens et les athées, une manière d'ascèse intellectuelle commune ? La foi assume le doute, elle ne le supprime pas ; elle se nourrit du clair-obscur des mystères qui révèlent en même temps qu'ils cachent.

« Savoir si l'on peut être un saint sans Dieu, c'est pour moi le seul problème concret que je connaisse aujourd'hui », s'écriait Albert Camus. Poser cette question, c'était en quelque sorte y répondre. Le chrétien en tout cas a une réponse. Il sait que l'Esprit de Dieu est au travail dans le monde depuis l'aube de l'histoire et qu'il « souffle où il veut » sans se préoccuper des opinions de quiconque. Dieu n'a que faire de nos compartimentages confessionnels et philosophiques ; il n'est pas plus catholique que marxiste. Il se contente d'être à l'affût de sa créature et de prendre la place qu'elle veut bien lui laisser.

Silencieusement.

(1) Il s'agit en fait d'un archaïsme. Les premiers chrétiens étaient désignés ainsi indistinctement. L'usage extensif du mot « saint » entretient pour le moins aujourd'hui une équivoque (autre exemple : Saint-Siège).

(2) *Sens de l'athéisme moderne*, par Jean Lacroix, Ed. Casterman, 1958.

in: *Le Monde*, 45-46/1/1978

"Man liebt die Menschheit im allgemeinen, um nicht die Menschen im einzelnen lieben zu müssen."

Albert Camus

Betriebsunfall . . . na und

Auf der letzten
Zeitungsseite
abseits
vom Besten
von der Schlagzeile
lesen wir
- Langeweile -
von einem
Arbeitsunfall
ein Anonymer
fällt
unter einen Zug
behält
ein lahmes Bein
verliert
seinen Mut
Rentensorgen
Frau geht
borgen
Angst
vor morgen
der Stromrechnung
Umschulung

dahinvegetieren auf Kredit
bis er verschied

Auf der ersten
Zeitungsseite
lesen wir
in der Schlagzeile
Bankier gestorben!
Einer aus unseren Reihen
urplötzlich verschieden
Es sind zum Glück seine
Millionen geblieben
weiterblättern
nach 3 Seiten
die Todesanzeigen
Einer aus unseren Reihen
verschieden
Frau Kinder und Sorgen
hinterblieben

Der Bankier
starb
an Fettsucht
der Arbeiter
Anonym
auf der Flucht
vor
Rechnungen
Mahnungen
Entlassungen
Enttäuschungen

Auf der letzten
Zeitungsseite
abseits
vom Besten
von der Schlagzeile
lesen wir
- Langeweile -

...
von einem
Aufregung -
Verkehrsunfall
totale
Verstümmelung
Sensationseffekt
hat unser
Interesse
erweckt -
und die
Presse
versteckt
etwas tiefer
einen Betriebsunfall
der im
Nachrichtengewimmel
untergeht
und verlassen
AUF DER LETZTEN SEITE
steht

roland fritsch

in: Zeitung, 13.5.78

forum, 6, rue de l'Ordre-de-la-Couronne-de-Chêne, Luxembourg / Collaborateurs réguliers: Hubert Hausemer, Serge Kollwelter, Michel Pauly, Christiane et Charles Staudt / Abonnements: 8 numéros (#1 an): 150 F minimum, 4 numéros: 80 F minimum, pouvant être versés au CCP 443 70-41 de Simone Schoetttert, 40, rue de la Semois, Luxembourg, avec la mention "forum" / Les articles signés ne reflètent que l'opinion de leur auteur / La reproduction d'articles de "forum" est souhaitée, sous condition d'indiquer la source et avec prière de nous envoyer un exemplaire / "forum" paraît au moins 8 fois par an.